

Germ.g.

186

2

Germ. g. 186ⁱ

Heidenhain

Xerokopieren aus konservato-
rischen Gründen nicht erlaubt
Nur im Lesesaal benutzbar

90

<36617764820011



<36617764820011

Bayer. Staatsbibliothek

Die
Unionspolitik Landgraf Philipp des Grossmüthigen von Hessen und
die Unterstützung der Hugenotten im ersten Religionskriege.

Inaugural-Dissertation

welche

nebst beigefügten Thesen

mit Genehmigung der

Philosophischen Facultät der Universität Breslau

Mittwoch, den 9. Juni 1886, Mittags 12 Uhr,

in der grossen Aula der Universität

gegen die Herren Opponenten:

Cand. phil. **Paul Habel**

Dr. phil. **Richard Schottky**

öffentlich vertheidigen wird

Arthur Heidenhain

aus Breslau.

Bayerische
Staatsbibliothek
München

Bayerische
Staatsbibliothek
München

Breslau 1886.

Wilhelm Koebner.

B

Die vorliegende Abhandlung ist einer umfassenderen Darstellung der Unionspolitik Landgraf Philipp des Grossmüthigen in den Jahren 1558 bis 1563 entnommen, welche ich bald zu veröffentlichen hoffe. Zur Einleitung in das Gegebene habe ich den Haupt-Inhalt der vorhergehenden Abschnitte kurz zusammen gefasst. Auf die Belege aus Literatur und handschriftlichem Material musste ich für diese Introduction verzichten, da sich bei so gedrängter Kürze nur sehr allgemeine Hinweise hätten geben lassen; ich muss also für diesen Theil auf die demnächst erscheinende grössere Arbeit verweisen. Die handschriftlichen Materialien der Arbeit stammen sämmtlich aus dem königlich preussischen Staatsarchiv zu Marburg in Hessen.

Die vorliegende Abhandlung ist einer umfassenderen Darstellung
der Unionpolitik Ludwig Philipp des Grossmüthigen in den Jahren
1558 bis 1563 entnommen, welche ich bald zu veröffentlichen hoffe.
Zur Kenntniss in das Gegebene habe ich den Haupt-Inhalt der vor-
herrschenden Abschnitte kurz zusammen gefasst. Auf die Bände aus
Literatur und handschriftlichen Material musste ich für diese In-
troduction verzichten, da sich bei so gedrängter Kürze nur sehr allge-
meine Hinweise hätten geben lassen; ich muss also für diesen Theil
auf die demnächst erscheinende grössere Arbeit verweisen. Die hand-
schriftlichen Materialien der Arbeit stammen sämmtlich aus dem
königlich preussischen Staatsarchiv zu Marburg in Hessen.

Es ist bekannt und oft erörtert worden, dass der augsburgische Religionsfriede von vornherein der wichtigsten Bedingungen dauernden Bestehens entbehrte, materiell und formell unzulänglich war. Seine Entstehung wurde zum grössten Theil durch den Druck äusserer Nothwendigkeit, zum allergeringsten durch innerliche Friedensmotive bestimmt. Es kam daher wohl zum Vertrag, nicht aber zur Versöhnung der Parteien; dieselben hielten nach wie vor innerlich eine jede sich allein für berechtigt; die Erhaltung des damaligen Zustandes, welche nach dem Wortlaut der Friedens-Constitution im Grossen und Ganzen hätte eintreten müssen, konnten sie in der Mehrzahl ihrer Mitglieder weder wünschen noch billigen. Darum hatten sie sich schon bei den Verhandlungen beiderseits nicht durch unzweideutige Sätze in bestimmte Rechtsschranken weisen lassen; klar war nach der Friedensurkunde nur die Verpflichtung, den andersgläubigen Reichsstand nicht um des Bekenntnisses willen anzugreifen oder in den vom Friedensdocumente zuertheilten Rechten zu kränken; diese Rechte selbst aber: die Rechte der Reichsstände auf Reformation und Gegenreformation, die Rechte der mittelbaren Stände auf öffentliches Bekenntniss und Gottesdienst, waren durch zweideutige Formeln umschrieben worden, welche beiderseits der illoyalen Ausbeutung weitesten Spielraum boten; eine so wichtige Materie wie die gegenseitigen Befugnisse von Reichsständen verschiedener Confession in Gebieten, deren Obrigkeit ihnen gemeinsam oder in Theilung zustand, war ganz umgangen; bekannt ist endlich, dass der Vertrag zwei klaffende Lücken aufwies in Gegenständen, über welche man nicht einmal zu einer Scheinverständigung hatte kommen können, und dass die einseitigen Entscheidungen, durch welche König Ferdinand diese Lücken zu füllen suchte: die Satzung vom geistlichen Vorbehalt und die Ferdinandische Declaration, nie

beiderseitige Anerkennung zu erringen vermochten: jene blieb mit dem Protest der Evangelischen, diese mit dem der Altgläubigen behaftet.

Da die Feindschaft der Parteien nicht beigelegt und der Vertrag selbst äusserlich so schwach begründet war, konnten auch Misstrauen und Spannung nicht aussterben. Kaum war der Friede geschlossen, so träumten schon wieder die Altgläubigen von einem neuen markgräflichen Kriege, die Protestanten von katholischen Reaktionsplänen im Reiche. Die Ereignisse der folgenden Jahre waren dem Entstehen einer ruhigeren Stimmung nicht günstig, denn es kam weder zu einer nachmaligen Beschwichtigung der unveröhnten Gegensätze, noch zu einer Ergänzung der mangelhaften Friedensbestimmungen. Im augsburgischen Frieden hatte man pflichtmässig auch die Vereinbarung der Confessionen wieder in Aussicht genommen; dieselbe scheiterte aber auf dem Colloquium zu Worms im Jahr 1557. Auf dem nächsten Reichstag, zu Worms im Jahr 1559, sollten neue Wege zur Hebung des Schisma bestimmt werden; hier aber stellten die Parteien sich von vornherein auf gänzlich unvergleichbare Standpunkte: während die Altgläubigen ein öcumenisches Concil in den alten Formen verlangten, forderten die Protestanten, wenn anders sie theilnehmen sollten, Loslösung des Concils von den hierarchischen Principien der römischen Kirche, eine ganze Reihe von Bürgschaften für die Unparteilichkeit oder vielmehr reformatorische Tendenz desselben und für sich Schutz gegen Ueberstimmung durch die Gegner: Bedingungen, welche kein Katholik annehmen konnte. Der Reichstag trennte sich, ohne dass man weitere Mittel zur Versöhnung auch nur in Aussicht hätte nehmen können: je klarer aber durch diese Reihe von Misserfolgen die Unmöglichkeit des Ausgleichs wurde, um so freieres Spiel erhielten das unbegrabene Misstrauen der Parteien und die anderen Kräfte, welche die Spannung allmählich wieder höher trieben.

Hierher gehören die Streitigkeiten, welche aus der controversen Natur des Friedens flossen. Schon in den Jahren 1556 bis 1558 begannen die Reibungen, welche sich um die Ausführung des Friedens im Kleinen und Einzelnen drehten; auf dem Reichstage zu Augsburg im Jahre 1559 beginnt die endlose Reihe der gravamina wegen Bruchs und Umgehung des Religionsfriedens, welche sich von da an durch alle Reichstage bis zum dreissigjährigen Kriege ziehen; schon mit dem Reichstag zu Regensburg in den Jahren 1556 und 1557 beginnt auch der vergebliche Sturm der Protestanten gegen den geist-

lichen Vorbehalt, den sie zu Augsburg nicht bewilligt hatten; derselbe musste dauernd das Bewusstsein wachhalten, es gebe einen unverglichenen Streitpunkt, aus welchem, sobald er einmal praktische Bedeutung erlangte, mit Leichtigkeit neuer Krieg entstehen könne. Zur Verschärfung der Besorgnisse trugen auf beiden Seiten nicht wenig die grumbachischen Händel bei. In diesem Rechtsstreit um Geld und Gut, der jeden Augenblick in den Schwertkampf überzugehen drohte, stand im Grossen und Ganzen eine katholische einer protestantischen Partei gegenüber: es lag die Befürchtung nahe, dass, wenn man einmal zu den Waffen gegriffen, die religiösen Tendenzen sich des Kampfes bemächtigen würden. Auf protestantischer Seite wurde man in dieser Furcht namentlich durch die fast ganz katholische Schutzeinigung der von Grumbach und seinem Anhang bedrohten Stände, den landsbergischen Bund, bestärkt; man fasste denselben von vornherein als einen „Papisten- und Pfaffenbund“ zur Bekämpfung der Protestanten auf.

Die Erhaltung des Friedens unter solchen Umständen schien vor Allem auf dem Gleichgewicht der Parteien zu beruhen; aber auch dieses erblickte man in steter Gefährdung. Die Katholiken sahen sich der protestantischen Partei an Machtmitteln nicht gewachsen, zumal da der König, später Kaiser Ferdinand, meist durch die Türkengefahr gefesselt wurde, und die katholischen Mächte des Auslands meist viel zu beschäftigt waren, um den Altgläubigen in Deutschland ihren Arm leihen zu können: bei solcher Lage konnte der deutsche Katholicismus vornehmlich nur auf die Fortdauer der Zwietracht in jener Partei speculiren. Die Protestanten wiederum wurden gequält durch das Bewusstsein ihrer Zerrissenheit, welche die grosse Macht der Partei zur Ohnmacht herabzudrücken schien. Die dogmatischen Kämpfe in der deutsch-protestantischen Kirche jener Zeit wurden bekanntlich veranlasst durch die Entstehung einer sehr streitbaren Partei strenger Lutheraner unter den deutschen Theologen, deren Hauptmerkmal neben dem Fanatismus ihrer Polemik völlige Exklusivität gegenüber allen auch nur im Mindesten abweichenden Meinungen war. Dieselbe herrschte fast überall in Niedersachsen und an einigen Punkten in Mitteldeutschland, namentlich in den Landen der streng lutherischen Herzoge von Sachsen-Weimar, welche ihr Schutz und Pflege angedeihen liessen. Im Süden, wo das Interim geherrscht, hatte sie nur wenig Boden. Nach den Anschauungen der Zeit war es unerlaubt, mit dem Häretiker auch nur politisch Hand in Hand zu gehen; konnte man erwarten, dass

fanatische Lutheraner, wie Herzog Johann Friedrich von Sachsen-Weimar, der einem grossen Theil der deutschen Protestanten die Rechtgläubigkeit abstritt, die vermeintlichen Häretiker in der Stunde der Gefahr kurz entschlossen mit den Waffen unterstützen würden? Dieser Zustand musste nicht nur die Gegner zum Angriff ermuthigen, sondern drohte die Protestanten auch rechtlich zur schwächeren Partei zu machen. Das Schlimme war, dass die lutherische Kampfpartei eine öffentliche Censur über alle protestantischen Lehren beanspruchte und die Vertreter jeder abweichenden Richtung als Abtrünnige von der augsburgischen Confession und dem reinen Lutherthum zu kennzeichnen suchte: der augsburgische Religionsfriede gestand nur den Katholiken und den Bekennern der augsburgischen Confession Rechtsschutz zu; durch jene Streitigkeiten wurde also das Recht auf den Friedensstand für einen Theil der deutschen Protestanten zweifelhaft gemacht. Unerträglich wurde das Bewusstsein dieser Lage, seitdem der protestantische Zwiespalt auf dem schon erwähnten Colloquium zu Worms gewissermaassen officiell vor den Augen der Gegner aufgedeckt war. Es fragte sich: würden nunmehr die Katholiken, wenn sie sich einmal in der Lage fühlten, anzugreifen, den Religionsfrieden noch für alle Protestanten als gültig anerkennen? Die Lage aber, welche die katholischen Stände zum Angriff befähigte, schien manchmal nicht fern: es kam nur auf eine Conjunctur der auswärtigen Verhältnisse an, welche die Coalition der katholischen Interessen im In- und Ausland ermöglichte. So oft eine solche drohte, richteten die Protestanten ihren Blick mit gleicher Besorgniss auf die katholischen Mächte im Ausland und die im Reich: oft meinten sie schon zu sehen, wie Letztere Jenen die Hand reichten. Bemerkenswerth ist hier, dass noch immer, wie in den Zeiten vor dem schmalkaldischen Kriege, der Kampf zwischen Frankreich und Spanien als die beste Sicherung der Protestanten betrachtet wurde. Wie damals die Friedensschlüsse von Barcellona und Cambray, später der Friede von Crespy sofort die Lage der Protestanten als gefährdet darstellten, so erhob sich nach dem Waffenstillstand von Vaucelles im Jahr 1556 die Meinung, dass die vertragenen Potentaten sich untereinander und mit dem Papst verbunden hätten, um Deutschland wieder katholisch zu machen; auch meinten damals deutsche Protestanten sogleich, die geistlichen Kurfürsten untereinander und den Kaiser mit dem Papst zu diesem Zweck conspiriren zu sehen. Als dann der spanisch-französische Krieg wieder begonnen hatte, begleitete man mit ängstlicher Spannung die zeitweiligen Friedens-

verhandlungen, z. B. im Herbst des Jahres 1558. Um dieselbe Zeit erregte der Streit Ferdinands mit dem Papst um seine Anerkennung im Kaiserthum grosse Besorgniss, weil er ganz angethan schien, den Kaiser wieder vom Religionsfrieden abwendig zu machen. Eben damals cursirte auch das Gerücht, die katholischen Monarchen würden nach dem Frieden die lothringischen Erben des entthronten Christiern von Dänemark wieder einsetzen; mit noch grösserer Bestimmtheit trat dasselbe wieder auf während der Friedensverhandlungen im Frühjahr 1559, welche dem Abschluss zu Cateau-Cambrésis vorausgingen. Seine Bedeutung ist, dass man fürchtete, die katholischen Mächte würden Dänemark und Schweden der römischen Kirche wieder unterwerfen wollen, um einen Anfang zur allgemeinen Vernichtung des Protestantismus zu machen. Als der Friede geschlossen war, erregte der Vertragsartikel, in dem die pactirenden Monarchen sich verpflichteten, mit allen Kräften auf ein öcumenisches Concil hinzuwirken, grosse Bestürzung. Man zerbrach sich den Kopf, ob nicht etwa in geheimen Paragraphen schon ausgemacht sei, dass an das Concil sich sofort die Execution desselben gegen die Protestanten anschliessen solle; man glaubte auch zu sehen, dass der Kaiser und die katholischen Stände auf dem gleichzeitigen Augsburger Reichstag durch den Friedensschluss zu immer trotzigerer Haltung in den fruchtlosen Verhandlungen über die Hebung des Schisma ermuthigt würden; man erzählte auf dem Reichstag, dass der Kaiser, um vom Papst anerkannt zu werden, sich demselben gänzlich zur Verfügung gestellt habe und liess ein Schriftstück circuliren, welches die Forderungen des Papstes und die Zugeständnisse des Kaisers ausführlich aufzählte; dieselben liefen denn auf nichts Geringeres, als den Bruch des Religionsfriedens und die Unterdrückung der deutschen Protestanten hinaus. Diese Zeitung, obwohl allem Anschein nach gefälscht oder wenigstens entstellt, fand doch vielfach Glauben.

Die vorliegende Arbeit hat es mit der Politik zu thun, welche protestantischerseits aus dem steten Gefühl der Unsicherheit entsprang. Zunächst ist hier zu beachten, dass diese politische Triebfeder nicht überall gleiche Macht besass. Am heftigsten waren die Besorgnisse im Süden und Westen, in den Gegenden, welche zu Frankreich, Spanien, der Schweiz und Italien die nächsten Beziehungen hatten; in den nördlichen und östlichen Gebieten, welche weniger auf die Beobachtung der Verhältnisse in den romanischen Reichen hingewiesen waren und weit genug von den Grenzen derselben lagen, um bei einem Angriff aus dieser Gegend nicht in erster

Reihe bedroht zu sein, war die Stimmung kühler und gelassener; zwar möchte ich glauben, dass auch dort Niemand den deutschen Protestantismus ausser Gefahr erblicken konnte; doch war der Unterschied gross genug, um eine grosse Abweichung in den politischen Richtungen zu ermöglichen: der Norden und Osten ist das Land, wo man sich nicht scheut, durch theologische Polemik die Macht der Partei zu unterwühlen, über territorialen Interessen und Feindschaften die Sicherung des Protestantismus zu vernachlässigen; im Süden und Westen hingegen entsteht eine Action, welche Schutz und Sicherheit des Protestantismus zum Ziel hat. Zwar wird auch diese durch die mannigfachsten Hemnisse gelähmt und die erreichten Resultate stehen schliesslich in keinem Verhältniss zu der aufgewandten Zeit und Mühe, doch läuft sie nicht völlig fruchtlos für den Protestantismus ab.

Es waren bei jener ängstlichen Stimmung natürliche Gedanken, für den Austrag der religiösen Zwistigkeiten innerhalb des deutschen Protestantismus zu sorgen, ein höheres Gemeingefühl zwischen dem deutschen und auswärtigen Protestantismus zu erwecken und die Glaubensgemeinschaft der augsburgischen Confession durch politischen Anschluss an das protestantische Ausland und eine defensive Organisation im Innern wehrhaft zu machen. Der kirchliche Theil dieser Aufgabe erschien grossen Theils als Vorarbeit zu dem politischen, denn es war mindestens sehr unwahrscheinlich, dass es gelingen würde, den politischen Zusammenschluss der deutschen Protestanten in weiterem Umfang herbeizuführen, ohne ein religiöses Uebereinkommen als Vorstufe der politischen Einigung, dem Ausland die Hand zu reichen, ohne wenigstens in ein ausdrückliches Verhältniss gegenseitiger Anerkennung mit den auswärtigen Protestanten getreten zu sein. Den ganzen Umfang dieser Erfordernisse hat kein deutscher Fürst jener Zeit mit gleicher Vollständigkeit erfasst, ihrer Durchführung hat sich keiner so unermüdlich und hingebend gewidmet, als Landgraf Philipp von Hessen. In noch höherem Maasse als er es schon durch seine Politik vor dem schmalkaldischen Kriege ist, wird er durch diese Thätigkeit nach dem Religionsfrieden zum geistigen Urheber der späteren kurpfälzischen Unionsbestrebungen.

Landgraf Philipp war zum Vertreter der religiösen und politischen Unionsgedanken vor Andern disponirt, weil in seinem Geist die Ueberzeugung vom baldigen Hereinbrechen einer grossen katholischen Reaction besonders lebhaft war und weil seine religiösen Meinungen ihm nicht nur mehr als Andern freie Hand

liessen, sondern ihn geradezu auf den Weg der Vermittelung hinwiesen.

Die kommende grosse Reaction des Katholicismus schwebte dem Landgrafen vor wie eine natürliche Tendenz der Verhältnisse, wie das selbstverständliche Ziel der katholischen Politik, welchem dieselbe bei der nächsten günstigen Conjunction der Umstände Folge leisten würde. Der Papst, der den Religionsfrieden nicht anerkannte und das Kaiserthum Ferdinands bestritt, vornehmlich doch wohl, weil er sich zum Frieden mit den Protestanten bequemt hatte, würde, das war zweifellos, nicht aufhören, die weltlichen Mächte zur Restauration des römischen Kirchenthums aufzurufen. König Philipp von Spanien fasste der Landgraf ganz richtig als den Erben der Politik seines Vaters auf, diese hatte bei ihm das schlimmste Andenken hinterlassen; die ganze schlechte Meinung aber, welche er von Karl dem Fünften und dessen Ministern seit dem schmalkaldischen Krieg und seiner Gefangenschaft gefasst, übertrug er in vollem Maass auf König Philipp und dessen Politik, die zum Theil noch von denselben Räthen geleitet wurde: Herrschsucht und blutiger Ketzerhass, verbunden mit Perfidie, waren ihm die Haupt-Characterzüge dieses Systems, das Ziel desselben nichts Geringeres, als, die Gegenreformation, wie in der ganzen Welt, auch in Deutschland mit Feuer und Schwert durchzuführen. Der Weg hierzu schien dem Spanier durch den Religionsfrieden keineswegs verschlossen. König Philipp war auch nach dem Religionsfrieden, obwohl die Reichsstände ihm zu Augsburg im Jahr 1555 und später zu Regensburg neue Bedingungen gestellt, Mitglied des Reichs auf Grund des burgundischen Vertrags vom Jahre 1548 geblieben; er steifte sich darauf, dass dieser Vertrag ihn vom Gehorsam gegen die Reichsgesetze und von der Jurisdiction des Reichs eximirte, um dem Religionsfrieden seine Anerkennung zu versagen; es erschien natürlich, dass er die Befugniss zur Theilnahme an der Landfriedensexecution, welche ihm die Reichsstandschaft gab, gegen die Protestanten verwenden würde. Kaiser Ferdinand vornehmlich war es, der dem Könige durch seine Parteinahme die Wahrung dieser widerspruchsvollen Reichsstandschaft ermöglichte; es erhob sich eine Opposition, in der Landgraf Philipp sich besonders hervorthat; sie wurde nicht beachtet. Dies sah nun völlig so aus, als wollte der Kaiser selbst der katholischen Reaction den Weg ins Reich offen halten. Landgraf Philipp betrachtete ohnedies den Bruder Kaiser Karls mit grundsätzlichem Misstrauen und war stets bereit, allen Betheuerungen Ferdinands und seiner Freunde

gegenüber an Conspirationen desselben mit dem Ausland zur Vernichtung des deutschen Protestantismus zu glauben. Unter den katholischen Ständen waren es namentlich die Freunde und Helfer Philipps von Spanien, die Herzoge Heinrich von Wolfenbüttel und Erich von Calenberg, von denen er verrätherische Angriffspläne fürchtete; doch erfreute sich die grosse Masse der altgläubigen Stände bei ihm nicht eben viel besserer Meinung. Der Landgraf nahm nicht etwa die fliegenden Gerüchte des Tages, welche in kurzen Zwischenräumen immer wieder den Ausbruch des Religionskrieges prophezeiten, ohne Weiteres gläubig auf oder schöpfte aus ihnen seine politische Anschauung; der einzelnen Nachricht suchte er stets mit Kritik entgegenzutreten, wie dies sehr nothwendig war, denn an der Entstehung der alarmirenden Erzählungen, welche oft die ganze Luft erfüllten, hatte die Erfindungskunst politischer Abenteurer, kriegs-süchtiger Soldaten oder anderer tendenziösen Politiker grossen Antheil; gleichwohl verlor er die gefürchteten Möglichkeiten nie aus dem Auge und sein letztes Wort blieb: gingen die Practiken gegen das Evangelium nicht bald an — was ihm selbst oft unwahrscheinlich war — so würden sie doch im Lauf der Jahre sicher nicht ausbleiben. Dabei entwickelt er einen weit umfassenden Gesichtskreis. Als im Frühjahr 1559 die Rede davon war, dass nach dem Friedensschluss Frankreich und Spanien vermuthlich die Erben Christierns wieder in Dänemark und Schweden einsetzen würden, schrieb er: «Sollte auch die Practik angehen, dass die Königreiche Schweden und Dänemark in andere Hände kämen, so wäre es ein richtiger Weg gegen Die, welche der augsburgischen Confession sind, denn wenn die beiden Königreiche verändert und dann ein Concil vorgenommen würde, gingen den augsburgischen Confessionsverwandten zu Beistand und Trost, wäre es nun im Concil oder wenn mit der That gegen sie gehandelt werden sollte, diese beiden Königreiche ab. Wenn dann auf der andern Seite in den Schweizerlanden die evangelischen Orte unter dem Vorwand, einen Theil des Herzogthums Savoyen wiederzuerobern, den die Berner inne haben, auch gedämpft würden, so würde da abermals den Religionsverwandten nicht geringer Nachtheil erwachsen, und der papistischen Partei desto mehr Ursache gegeben und Muth gemacht, an die augsburgischen Confessionsverwandten zu setzen; denn sie dürften nicht besorgen, dass ihnen der Sund gesperrt würde, um die Zufuhr nach den Niederlanden zu wehren, oder dass die beiden Könige die Niederlande zu Schiff angriffen, oder dass die Eidgenossen in die benachbarten Gebiete der Gegner einfielen.»

Manche Erklärung mag man für die oft über das Ziel hinaus-schiessende Schwarzsichtigkeit des Landgrafen finden. Vor Allem sind wohl die herben Erfahrungen seiner Mannesjahre und das bittere Gefühl der erlittenen Misshandlung in Rechnung zu ziehen. Von grossem Einfluss mochte auch sein, dass aus denselben Quellen wie für den deutschen Protestantismus vornehmlich auch für seinen eigenen Besitz und Stand grosse Gefahr zu fliessen schien. Die erbittertsten Feinde des deutschen Protestantismus, König Philipp und die braunschweigischen Herzoge, betrachtete er auch als seine persönlichen Gegner von früherer Zeit her: er neigte zu dem trüben Gedanken, die katholische Reaction möge wohl die Braunschweiger als Werkzeuge benutzen, um mit ihm selbst den Anfang zu machen. Man hat darum seine Bestrebungen nicht als blosser Sorge für die eigene Sicherheit aufzufassen, denn oft genug sehen wir ihn dieser Politik zu Liebe Gefahren auf sich nehmen, vor denen seine Freunde sich scheuen; doch mögen jene Befürchtungen mitgewirkt haben, ihn schwarzsichtiger zu stimmen, als die Lage rechtfertigte. Es kam hierzu das drückende Bewusstsein, dass, während Niemand mit gleicher Entschiedenheit die Bedürfnisse des Protestantismus ins Auge fasste und nach Abhilfe suchte, er doch durchaus nicht den Einfluss genoss, den die Weite seiner Gesichtspunkte und die Ehrlichkeit seines Strebens beanspruchen durften: sei es, dass die Vergehen früherer Zeit den Landgrafen in der Achtung seiner Zeitgenossen zu sehr herabgesetzt, oder dass der unglückliche Ausgang des schmalkaldischen Krieges — mit oder ohne Verdienst — das Vertrauen in seine Fähigkeiten und die Richtigkeit seiner Politik zu sehr erschüttert, oder dass nur die veränderte Stimmung jener Jahre schuld war; er bekam bitter zu empfinden, dass er egoistischen oder nebensächlichen Rücksichten mit besserer Einsicht und besserem Wollen oft machtlos gegenüberstand. Endlich zeigt der Landgraf noch immer ein phantasie-reiches, sanguinisches Temperament: wie in Besorgnissen, so sehen wir auch in Hoffnungen und Zukunftsplänen ihn oft das Maass kühler Berechnung überschreiten. So ist es fast räthselhaft, wie er in Erinnerung an vergangene Dinge, so lange Heinrich der Zweite lebte und selbst noch in den ersten Monaten seines Nachfolgers, der französischen Regierung ein wirkliches Zutrauen entgegenbringen konnte, als hätte dieselbe in der That ein sympathisches Interesse an dem Fortbestehen der deutschen Reichsfürsten, auch der evangelischen, in der Fülle ihrer «Libertät»; während dieser Zeit empfahl er allen Ernstes seinen politischen Freunden, bei Frankreich Anlehnung

gegenüber Spanien, dem Papst, dem Kaiser und den katholischen Ständen zu suchen. Erst allmählich überzeugten ihn die Ausschreitungen des guisischen Regiments, dass von Frankreich Nichts für den deutschen Protestantismus zu hoffen sei, seit es seinen Frieden mit Spanien gemacht und die Hilfe der deutschen Protestanten nicht mehr brauchte. Eine ähnliche Neigung zu Illusionen zeigt sich in seinen Hoffnungen auf die Aussöhnung des confessionellen Zwistes unter den Protestanten. Dieses sanguinische oder phantastische Element seines Wesens ist nicht zu vergessen, wenn wir ihn auch im Schwarzsehen oft die Andern übertreffen sehen. Wie dem sei, so übertrieben seine Stimmung oft erscheint, die Gesamtanschauung, welche derselben zu Grunde liegt, hat Recht behalten: nicht so schnell als der Landgraf wähnte, aber endlich doch ist die katholische Reaction gekommen, und ihre letzten Wurzeln hat der Landgraf schon damals richtig erkannt. Hierdurch empfängt auch jene Politik ihre Rechtfertigung, welche darauf gerichtet war, der kommenden Gefahr vorzubeugen, oder, wenn dies nicht gelang, den Protestantismus wehrhaft zu machen, um sie bestehen zu können.

Das Ziel dieser Politik war nun, einen engen politischen Zusammenschluss der deutschen Protestanten und ihren Anschluss an das protestantische Ausland herzustellen. Es ist schon erwähnt, dass, wollte man diesen Zweck in umfassendem Maasse verwirklichen, eine grosse Vorarbeit auf kirchlichem Gebiet nothwendig schien, und, kann man hinzusetzen, wohl auch wirklich war. Es war aber unabsehbar, ob und wann man dieselbe beenden würde, und die Lage des deutschen Protestantismus schien nicht zu gestatten, dass man bis dahin alle Maassregeln zur Vertheidigung aufschöbe. Der Landgraf betrieb daher, während er für die Beilegung der Lehrstreitigkeiten in Deutschland und die Annäherung zwischen den deutschen und auswärtigen Kirchen lebhaft agitirte, zugleich die Errichtung eines protestantischen Schutzbundes in einem engeren Kreis deutscher Fürsten, zwischen denen keine Zerwürfnisse obwalteten. Er richtete sein Augenmerk zunächst auf Diejenigen, welche durch die Unterzeichnung des „frankfurtischen Abschiedes“ oder „Recesses“ im Jahr 1558 ihre religiöse Uebereinstimmung erklärt hatten. Es waren dies neben ihm selbst die drei weltlichen Kurfürsten, Herzog Christoph von Württemberg, die Pfalzgrafen Friedrich von Simmern und Wolfgang von Zweibrücken, endlich Markgraf Karl von Baden-Durlach. Aus diesem Kreis schied zu Anfang des Jahres 1559 Kurfürst Otto Heinrich von Pfalz durch den Tod aus; sein Nachfolger war Pfalzgraf Friedrich

von Simmern. Unter diesen Fürsten sollte der Bund anfänglich gegründet werden, alsdann sich mit der Zeit über mehr und mehr Fürsten und Stände ausdehnen und wenn möglich mit dem Ausland in Allianz treten. Dazu waren aber ausser jenen religiösen Antipathien noch viele Schwierigkeiten zu überwinden. Bei der allgemeinen Trägheit und Zaghaftigkeit, den vielen territorialen Rücksichten in der Politik der deutschen Stände, der häufigen finanziellen Leistungsunfähigkeit, war das einzige treibende Moment die Furcht; diese war aber doch, wie wir erwähnt haben, nicht überall gleich stark. Es waren ferner die Nachwirkungen des schmalkaldischen Krieges einer Bündnisspolitik, wie sie der Landgraf anstrebte, eher zuwider als günstig. Auf die Städte, welche im schmalkaldischen Kriege schwer mit Ausgaben belastet und zum Dank am Ende wehrlos dem kaiserlichen Heer preisgegeben worden, war vor der Hand gar nicht zu rechnen; bei den Fürsten und ihren Rathgebern aber waren unter dem Eindruck, den die schlechte Führung und der unglückliche Ausgang des Krieges gemacht, bei Einzelnen vielleicht auch unter dem Einfluss der verhältnissmässigen Sicherheit, die sie nunmehr eine Zeit lang genossen, vielfach wieder Anschauungen aufgekommen, welche dem Abschluss solcher Bündnisse grundsätzlich zuwiderliefen. Es begegnen uns in dieser Hinsicht Aeusserungen, welche die jüngste Geschichte des Protestantismus ganz verschoben und in falschem Lichte darstellen. Man denkt nicht mehr daran, dass ohne den schmalkaldischen Bund die deutsche Reformation schon in den dreissiger Jahren hätte unterdrückt werden müssen, geschweige daran, dass der Fürstenbund vom Jahr 1551 trotz seiner zwieträchtigen Leitung den Protestantismus gerettet, den Passauer Vertrag und den Religionsfrieden erkämpft hatte; vielmehr wird die Entstehung des schmalkaldischen Krieges und somit auch alles Unglück, das derselbe mit sich gebracht, allein dem schmalkaldischen Bund schuld gegeben, als hätte erst diese Vereinigung die Gefahr über die Evangelischen heraufbeschworen, weil sie die Gegner zur Stiftung eines Gegenbündnisses veranlasst; als hätte der deutsche Protestant seine Tage in Ruhe und Frieden hinleben können, wäre nur der Bund nicht gewesen, ja als wären alle Uebel, die der Krieg mit sich gebracht, anzusehen wie eine göttliche Strafe dafür, dass man der göttlichen Vorsehung durch Bündnisse und Appell an die Waffen freventlich in's Amt gegriffen. Von den geistlichen Rathgebern der Fürsten redet Melancthon, als müsse ein deutsches Fürstenbündniss nothwendiger Weise zum Unheil führen, als würde der schmalkaldische Krieg noch viel

schlimmer geendet haben, wenn der evangelische Bund gesiegt hätte; er empfahl an Stelle der Bündnisse Gottvertrauen nach der Regel: was aus Gott ist, wird nicht vertilgt. Brenz widerrieth Bündnisse zur Vertheidigung der Religion, weil sie wider die Intentionen des Kaisers liefen, der die gottgeordnete Obrigkeit der Fürsten sei. Herzog Christoph war in diesem Punkt unabhängig von seinem geistlichen Berather, hielt aber doch, wohl in Rücksicht auf die Verbreitung solcher Anschauungen, auf dem Fürstenconvent zu Naumburg im Jahr 1561 für nöthig, die Frage zur Discussion zu stellen, ob man mit Gott Bündniss machen möge, ob man sich wehren dürfe, und wie weit die Defension erlaubt sei; gerade als ob diese Fragen nicht schon dreissig Jahre früher von Theologen und Juristen zu Gunsten der Bündniss- und Vertheidigungspolitik entschieden worden wären.

Von den Recessfürsten, die Landgraf Philipp in erster Reihe für seinen Bündnissplan ansehen hatte, zeigen sich die südwestlich, nach den Grenzen Frankreichs und der Schweiz hin Gesessenen sämmtlich erfüllt von Ahnungen des kommenden Religionskrieges; dennoch steht auch von Diesen Einer gänzlich auf dem Boden jener conservativen Theorien: Pfalzgraf Friedrich von Simmern, der Nachfolger Otto Heinrichs in der pfälzischen Kur. Dieser Fürst, der sich nicht scheute, den Katholicismus durch rücksichtslose Säcularisationen und Reformationen, deren Recht nach dem Wortlaut des Religionsfriedens sehr anfechtbar war, auf den Reichstagen durch die extremsten Forderungen im Namen des Protestantismus zu provociren, stand doch der Anschauung noch gänzlich fern, dass, wer nicht nachgeben wolle, auch zur Vertheidigung bereit sein müsse. Wie Markgraf Karl von Baden über die Frage dachte, sind wir nicht unterrichtet; Pfalzgraf Wolfgang von Zweibrücken folgte, wie es scheint, in diesem Punkt wie in vielen andern der Autorität seines Freundes Christoph von Württemberg. Dieser stimmte, soweit es die Verbindung der deutsch-evangelischen Stände betraf, völlig mit Landgraf Philipp überein; anders dachte er über Allianzen mit dem Ausland; politische Bedenklichkeiten und Abneigung gegen das reformirte Bekenntniss mochten hier zusammen wirken.

In diesem südwestlichen Kreis der Recessfürsten hatte also Landgraf Philipp wenigstens zwei Helfer; die nordöstlichen Theilnehmer des Recesses hingegen, Joachim von Brandenburg und August von Sachsen, befürworteten beide die Politik der vollkommenen Unthätigkeit. Dass nun der Erstere, wie es seiner ganzen Vergangenheit

entsprach, sich von jeder energischen Parteihandlung der evangelischen Stände möglichst ausschloss, war trotz seiner Kurwürde nicht sehr von Bedeutung; man kannte ihn nur als einen lauen Protestanten und mass ihm daher wenig Autorität bei. Dagegen besass Kurfürst August soviel Macht und Einfluss, dass seine Theilnahme zu jedem bedeutenden Schritt der Partei fast unentbehrlich war. An ihm aber prallten alle Bündnissvorschläge ab: er trat, wenn von Vertheidigungsmaassregeln die Rede war, seinen Freunden mit einem ganzen System conservativer Sätze entgegen, die freilich nur eine interessirte Territorialpolitik verdecken. Wir werden darauf zurückkommen. Wie dem sei, an dem Widerstand Kurfürst August's scheiterten mehrere Jahre lang die Bündnissplane Landgraf Philipps und der Gleichgesinnten.

Von der politischen Annäherung an das Ausland wagte der Landgraf unter diesen Verhältnissen noch gar nicht zu reden, obwohl er sie zweifellos schon damals im Sinn trug. Anders auf dem Gebiet jener kirchlichen Agitation. Da Landgraf Philipp in der Anschauung lebte, dass alle Protestanten der Welt solidarisch seien und ihr politisches Zusammenhalten doch hoffnungslos schien, wenn sie als confessionell getrennte Parteien ohne das Bewusstsein einer höheren Einheit nebeneinander stehen blieben, so fühlte er sich aufgefordert, in Deutschland einer Entwicklung entgegenzutreten, welche mit der Zeit unüberwindliche Schranken zwischen deutschem und auswärtigem Protestantismus errichten musste; andererseits war er der Meinung, es könne sich der deutsche Protestantismus wo nicht ganz, so doch bis auf eine geringe Minderheit verständigen, und die geeinigte Mehrheit der deutschen Protestanten wiederum könne mit den Evangelischen im Ausland in ein Verhältniss gegenseitiger Anerkennung treten. Er verstand unter diesem Uebereinkommen allerdings nicht eine vollständige positive Vereinbarung über den Lehrbegriff: die Hoffnung auf eine solche wäre auch in jener Zeit gar zu chimärisch gewesen und der Landgraf besass wohl zu viel Erfahrung und Klarheit um daran zu glauben; aber er hielt seinen Blick auf die gemeinsame Grundlage der streitenden Systeme gerichtet; er sah nur in dieser das Wesentliche und Nothwendige der protestantischen Ueberzeugung und hielt es nicht, wie die lutherischen Intransigenten, für unerlaubt, sondern vielmehr für Christenpflicht, Jeden, der auf dem Boden dieser gemeinsamen Ueberzeugung stehe, als evangelisch anzuerkennen. So hätten seiner Ansicht nach die streitenden Parteien sich vertragen dürfen, ohne von der einen

oder andern Seite ihre Eigenthümlichkeiten völlig aufzugeben. Diese Anschauungen wurzeln in einer für jene Zeit vielleicht einzig dastehenden Characteranlage. Drei Eigenschaften, im religiösen Leben damals schon vereinzelt selten, in ihrer Vereinigung noch merkwürdiger, zeichnen den Landgrafen aus: Furchtlosigkeit des Denkens, maassvolles Urtheil, humanes Empfinden. Vom Anfang seiner reformatorischen Laufbahn an bewies er, wie wir wissen, Muth genug, in den religiösen Anschauungen seinen eigenen Weg zu wandeln; auch jetzt noch zeigt seine Haltung eine freie Selbstständigkeit. Nicht eben, dass wir ihn in dogmatischen Ansichten eine Ausnahmstellung einnehmen sähen — er schloss sich im Wesentlichen wohl dem melanchthonischen Standpunkt an; im Uebrigen erfahren wir von seinen positiven Anschauungen in dieser Zeit sehr wenig — doch offenbart sich seine Ungebundenheit in einem zurückhaltenden, prüfenden und abwägenden Verfahren bei seinen Entscheidungen und namentlich in seinem Urtheil über den damaligen Glaubenshader. Die Uebung selbstständigen Theologisirens hat in ihm, wie es scheint, ein Gefühl von der Subjectivität und schwankenden Begründung der subtilen dogmatischen Ausgestaltungen und damit zugleich die Ueberzeugung entwickelt, dass nicht ein bis ins Einzelste bestimmtes Erkennen der Glaubenswahrheiten zur Seligkeit nothwendig sei, dass es nur auf einen Kern des evangelischen Glaubens ankomme, der Allen verständlich und der Disputation nicht unterworfen sei; innere Erfahrungen haben ihn gelehrt, bescheiden von der Sicherheit und Kraft des menschlichen Glaubens zu denken: »es ist nit allenthalben ein so vollkommener Glaube in uns, derhalben wir sprechen müssen: Herre, ich gläube, hilf meinem Unglauben.« Der Landgraf verdammt daher keine von allen evangelischen Richtungen, und selbst die kleineren Abirrungen von dem, was ihm unumstösslich scheint, will er geduldet wissen. Nirgends in all seinen Aeusserungen findet sich ein Hauch von jenem dumpfen Schauer, mit dem selbst die Gebildetsten der Zeit von Abweichung und Irrglauben sprechen; er träumt nicht von Teufel und Antichrist, beschuldigt den Gegner nicht, dass er mit dem Satan buhle. Die schroffe Haltung der lutherischen Zeloten erscheint ihm nicht als Heroismus, sondern als Ehrsucht und persönliche Erbitterung: »sie suchen nicht Christum, sondern Lazarum, nämlich das Weltlich, und nicht das Geistliche«, oder als Lieblosigkeit: »o Gott, wie ist die Liebe noch so kalt unter Denen, die wir uns Christen nennen, und werden, die solch ein Aergerniss anrichten, vor Gott Rede und Antwort darum müssen

geben, und ein schwer Urtheil tragen.« Dieser Hinweis auf die Pflicht der Liebe ist ihm mehr als eine blosse Phrase der Ueberredungskunst, oder Beschönigung einer unächten, aus religiöser Indolenz entsprungenen Duldsamkeit: man denke daran, wie oft der Landgraf eine Toleranz übte, die für ihn selbst hätte bedenklich werden können, an seine Milde gegenüber den Bauern, den Juden, den Wiedertäufern, dem überall verfolgten Schwenkfeld und seinen Genossen; an den Grundsatz, den er testamentarisch seinen Söhnen hinterliess: Niemanden um irrigen Glaubens willen am Leben zu strafen.

Aus der Gesamtheit dieser Denkweise nun entsprang der Wunsch, die protestantischen Glaubensstreitigkeiten durch Vereinbarung auf Grund einer gegenseitigen Duldung der Lehrdifferenzen zu beenden. Als geeignete Unterlage für eine solche betrachtete er die augsbургische Confession, für den Abendmahlsstreit im Besondern die wittenbergische Concordie vom Jahr 1536, als Formeln, welche das Gemeinsame der protestantischen Lehren umfassten, ohne durch Aufnahme der unterscheidenden Dogmen eine oder die andre Partei auszuschliessen¹⁾; den besten Weg, die Transaction herbeizuführen, sah er in einer internationalen protestantischen Synode. Fürsten und Obrigkeiten sollten die Leitung derselben übernehmen und dafür sorgen, dass die Discussion sich auf die nothwendigen Grundlagen des Glaubens einschränke, dass nicht von vornherein Alles durch leidenschaftliches Aufbrausen und Besserwissenwollen verdorben, sondern mit Maass und Besonnenheit verhandelt würde und die Parteien sich Gerechtigkeit widerfahren liessen. So würden, meinte er, in manchen Artikeln die Dissentirenden erkennen, dass sie nur der Form, nicht dem Inhalt nach verschieden lehrten, in andern vielleicht sich nähern, über dem Rest von Unterschieden Duldung walten lassen. Die Zahl Derjenigen, welche sich ausschliessen würden, schlug er nicht hoch an; er speculirte wie es scheint darauf, dass der Mehrheit gegenüber die orthodoxen Eiferer aus Klugheit nachgeben, oder dass sie sich durch Halsstarrigkeit das Spiel bei allen Andern selbst verderben würden. Es ist klar, dass er bei diesen Berechnungen die Menschen viel zu sehr nach seinem eigenen Character beurtheilte: auch hier führt der sanguinische Zug seines Wesens den sonst klaren Geist irre. Mit dieser Täuschung hängt ein innerer Fehler seiner kirchlichen Politik zusammen, der vielleicht Schuld an ihrem Scheitern trägt; es wird hiervon noch zu reden sein.

In seinem Wirken für die protestantische Concordie hatte der Landgraf mehr Mitarbeiter, als bei seinen Bündnissplänen; in dem

ganzen südwestlichen Kreis der Recessfürsten war das Verlangen nach Einigung und die Agitation für dieselbe allgemein; auch taucht hier nicht selten der Gedanke auf, eine Verständigung mit den auswärtigen Kirchen zu versuchen; doch zeigte hier gerade derjenige Fürst, der für die Verständigung unter den deutschen Protestanten am eifrigsten eintrat, sich anderer Meinung als Landgraf Philipp: Herzog Christoph von Württemberg, der zuerst und eine Zeit lang fast allein unter den Fürsten die Initiative zu Einigungsversuchen ergriff, während der Landgraf sich ihm anschloss und ihm die Führung überliess, neigte, gleichwie die Theologen seiner Landeskirche und deren Haupt, sein geistlicher Berather, Brenz, im Anfang unserer Zeit noch zu einem Abkommen in allgemeinen Formen, welches namentlich auch den Calvinismus und die calvinisirenden Meinungen nicht geradezu ausgeschlossen hätte; im Lauf einiger Jahre aber wandte sich die württembergische Kirche unter Brenz' Führung und mit ihr Herzog Christoph einer der exclusivsten Formen des strengen Lutherthums zu. Der Herzog zeigte sich daher, während er Alles an die Transaction unter den deutschen Protestanten setzte, als Gegner der Pläne des Landgrafen, welcher stets wünschte, die ausserhalb der Gemeinschaft der augsburgischen Confession Stehenden mit zur Berathung heranzuziehen, um das Einigungswerk vor einem einseitig lutherischen Gepräge zu bewahren. So verwarf er namentlich den Vorschlag einer Generalsynode der deutschen und schweizerischen Protestanten, welchen Landgraf Philipp auf dem augsburgischen Reichstag im Jahr 1559 eifrig verfocht. Auch ohne dies hätte das Project freilich wenig Anklang gefunden: wir hören, dass eben auf diesem Reichstag die protestantischen Stände ähnliche Anträge verwarfen, weil sie fürchteten, durch solche Synoden beim Kaiser und den katholischen Ständen den Verdacht politischer Conspirationen mit dem Ausland zu erwecken: von so kleinlicher Aengstlichkeit liess man sich in den wichtigsten Dingen bestimmen.

Bei alledem hätte sich damals wenigstens in Deutschland noch viel erreichen lassen, namentlich in der Zeit, als Herzog Christoph sich der lutherischen Abschliessung gegen das Fremde noch nicht ganz und gar ergeben hatte; denn dieser Fürst trat anfangs, als er sich bereits gegen Versammlungen sträubte, auf denen die Schweizer hätten zu Worte kommen können, innerhalb des Reichs, wohl aus Rücksicht auf den Religionsfrieden, doch noch weit milder gegen abweichende Richtungen auf. Dass es dennoch zu keiner umfassenden Verständigung kam, war hauptsächlich Schuld der Herzoge von

Sachsen-Weimar, und Kurfürst August's von Sachsen: der Ersteren, weil sie sich zur Protection der lutherischen Kampfpartei hergaben und durch ihre Autorität, die auf kirchlichem Gebiet um der Traditionen des ernestinischen Hauses willen noch immer sehr gross war, ihr vielen Vorschub leisteten, des Letztern, weil er sich hierdurch bestimmen liess, den religiösen Einigungsbestrebungen einen steten Widerstand entgegenzusetzen.

Es könnte scheinen, als würde Kurfürst Augusts Haltung durch die völlige Unversöhnlichkeit jener Partei gerechtfertigt. Die „Flacianer“, wie man diese strengen Lutheraner nach ihrem Haupt und Anführer nennt, spitzten nicht nur die lutherischen Dogmen zu starrster Einseitigkeit zu und bekämpften jede Abweichung von den so übertriebenen Lehren; sie kämpften ausserdem auch für die Einführung eines gleich starren und unbeugsamen Sprachgebrauchs als des einzigen Schutzmittels gegen ketzerische Meinungen: abweichende Formulirungen wurden nicht nur als praktisch unbrauchbar oder bedenklich verworfen, sondern als sträfliche Toleranz gegen Häresien verdächtigt, ja als Deckmantel eigner Ketzerei ausgelegt. Hierbei wurde mit der äussersten Unbilligkeit verfahren: in jede stoffliche oder formelle Abweichung von den eigenen Lehren interpretirten die Angreifer die extremsten Gegensätze zu jenen hinein, die sich irgend im Wortlaut finden liessen; wenn möglich identificirte man die angegriffene Lehre mit Richtungen, die aus der Kirchengeschichte als längst verdamnte Ketzereien bekannt waren, oder mit den Doctrinen des Katholicismus. Zwar suchte die Partei eifrig den Ruhm der Friedfertigkeit, sie schritt aber dabei nicht anders vor, als ob es ihre Aufgabe wäre, Abtrünnige zur Wahrheit zurückzuführen; zu Urkund der Versöhnung forderte sie nicht nur positiv völlig übereinstimmende Bekenntnisse, sondern zugleich die namentliche Verdamnung der irrigen Lehren, und zwar unter den bei ihr gebräuchlichen Ketzer- und Sectennamen, die man aus der langjährigen Polemik schon gewöhnt war mit bekannten Kirchengemeinschaften und Persönlichkeiten in Verbindung zu bringen. Unter diesen Verhältnissen zog diejenige Gemeinschaft, welche unter den Angriffen am schwersten zu leiden hatte, sich bald in eine sehr reservirte Haltung zurück und verzichtete auf jeden Versuch zum Ausgleich. Es war dies die kursächsische Kirche. Die flacianische Partei hatte sich im Kampf gegen das Augsburger und Leipziger Interim und Alle, die daran theilgenommen, constituirt; nachmals blieb sie vornehmlich bei der Polemik gegen die Aenderungen des

lutherischen Ritus stehen, welche die kursächsische Kirche sich im Leipziger Interim erlaubt; die Theorie, welche diese Abweichungen durch Hinweis auf die christliche Freiheit in den indifferenten Dingen oder Adiaphoris rechtfertigte, wurde unter dem Namen des Adiaphorismus oder der Adiaphoristerei verketzert als ein Versuch, den Rückfall in die papistische Werkheiligkeit zu beschönigen. An diese Streitigkeiten reihten sich die majoristischen und synergistischen, welche sich um die Lehren von der Rechtfertigung und der Willensfreiheit drehten, und auch hier richteten die Angriffe sich vornehmlich gegen die kursächsische Kirche. Endlich stand wiederum diese in erster Reihe, als die Eiferer auch den Abendmahlsstreit, den sie ursprünglich mit einer Polemik gegen den Calvinismus kurz nach dem Consensus Tigurinus wieder aufgenommen, nach Deutschland verpflanzten. Sie machten keinen Unterschied zwischen der älteren, zwinglischen, und der neuen, calvinischen Richtung der Schweizer: beide wurden unter dem Namen des „Zwinglianismus“ oder der „Sacramentirerei“ auf ganz gleichem Fuss verdammt als die Lehre, nach welcher Brod und Wein im Abendmahl nur Symbole seien; mit Zwinglianern und Calvinisten wurden aber auch die Kursachsen ohne Weiteres in eine Reihe gestellt. Die kursächsische Kirche unter Führung ihres Hauptes Melanchthon und ein durch ganz Deutschland weit verbreiteter Kreis von Schülern und Anhängern dieses Mannes hegten vom Abendmahl Anschauungen, welche den calvinischen verwandter waren als den streng lutherischen. Diese enge Verwandtschaft ward nun zwar von Melanchthon und seinem ganzen Kreis nie öffentlich eingestanden; man hütete sich vielmehr, die Anschauungen, welche man doch für wahr hielt, öffentlich scharf zu kennzeichnen und dem streng lutherischen Lehrbegriff als etwas Verschiedenes gegenüber zu stellen; in ganz Deutschland stand Luthers Ansehen noch so hoch, dass die Uebereinstimmung mit seiner Lehre vielfach noch als Kriterium der Rechtgläubigkeit galt; es wurden ferner die Begriffe: lutherisch sein, und: Anhänger der augsburgischen Confession sein, vielfach noch völlig confundirt, sodass Luther als Interpret der augsburgischen Confession galt: auf dem Bekenntniss zur augsburgischen Confession aber beruhte der Anspruch auf den Schutz des Religionsfriedens. Aus all' diesen Gründen war zu fürchten, dass ein offenes Eingestehen der Abweichung vom reinen Lutherthum nicht nur einen unheilbaren Bruch mit den strengen Lutheranern zur Folge haben, sondern auch Viele, die über die Natur des Streites noch nicht klar waren und noch nicht Stellung genommen hatten,

auf jene Seite hinübertreiben würde. Melanchthon und die Seinigen suchten daher der Pflicht des Bekenntnisses mehr durch bezeichnendes Schweigen und Verschweigen als durch Reden und Schreiben zu genügen; die Verbreitung der Lehre, welche man für wahr hielt, überliess man ihrer allmählichen stillen Einwirkung auf die Gemüther und dem privaten Verkehr; dies hinderte natürlich nicht, dass ihre Anschauungen bei der Gegenpartei wohlbekannt waren und die heftigsten Angriffe von dorthier erfuhren: alle andern Beschuldigungen, die man auf die kursächsische Kirche häufte, wurden gekrönt durch den Vorwurf der „Sacramentirerei.“

Melanchthon und die Seinigen hätten nun gern Frieden geschlossen; sie hätten aber dazu die ganze Dogmatik der Flacianer in ihrer schroffsten Formulirung annehmen und obendrein vermöge jener namentlichen Verdammungen über ihre eigenen Lehren und die ähnlich Denkender den Stab brechen müssen. Es stellte sich dies durch mehrere vergebliche Versuche eines Ausgleichs klar heraus; man sah überdies ein, dass man selbst durch Nachgeben keinen dauernden Frieden erkaufen, sondern vielmehr die Gegner zu immer neuen Angriffen und ewig wiederholter Splitterrichterei in Glaubenssachen ermuthigen würde. Seitdem zogen Melanchthon und die Seinen sich von solchen Einungsversuchen zurück und speculirten lieber darauf, dass die Flacianer durch die ermüdende Wiederholung derselben Anklagen allmählich die Theilnahme des Publikums abstumpfen und schliesslich mit ihrer Polemik vereinsamen würden. Nun hätte es sich darum gehandelt, wenigstens Diejenigen zu gewinnen, die an dem Kampf noch nicht Theil genommen. Auch hier stiess man freilich auf grosse Schwierigkeiten; man hätte bei den Einungsverhandlungen, um sich nicht äusserlich in's Unrecht zu setzen, die Flacianer doch nicht von vornherein ausschliessen können, sondern durfte nur darauf hoffen, dass sie in der Minderheit bleiben und durch Unnachgiebigkeit sich selbst von der Vereinbarung ausschliessen würden; es schien aber gefährlich, sie vor Denen, die man gewinnen musste, zu Worte kommen zu lassen; zudem hätte man auch bei dem Versuch vielleicht jenen reservirten Standpunkt im Abendmahlsstreit aufgeben müssen, und es wäre dann vielleicht bei den Verhandlungen zum Bruch mit manchen lutherischen Elementen gekommen, die bis dahin noch nicht der zelotischen Partei angehört; auch selbst wenn man bei diesen Duldung fand und es gelang, einen grössern Kreis deutscher Protestanten um ein Bekenntniss zu versammeln, welches, ohne die melanchthonischen Lehren in directen Gegensatz zum Luther-

thum zu stellen, doch denselben Unterkunft verstattete, so musste man doch befürchten, dass die Flacianer, wie sie schon beim frankfurtischen Recess gethan, mit neuem Kampfgeschrei über diese Vereinbarung herfallen, das Bekenntniss kritisiren und aller Welt als Deckmantel von Ketzereien denunciiren würden; dieser Gefahr wollten Melanchthon und die Seinen ihren Ruf der Rechtgläubigkeit und ihre Stellung im Religionsfrieden nicht aussetzen; sie verzichteten darum auf den Versuch ihrerseits eine geschlossene Partei zu sammeln und Melanchthon insbesondere rieth von allen Synoden, Congressen, Religionsgesprächen zu diesem Zwecke dringend ab; es existirt eine ganze Reihe von Gutachten, in denen er ausführt, dass solches Vorgehen die Lage nur verschlimmern könne.

Auf diese Gesichtspunkte — die übrigens eine ernsthafte Kritik selbst dann nicht bestehen können, wenn man rein die kirchlichen Interessen in's Auge fasst — liess sich eine Politik des völligen Stillhaltens und Nichtsthuns nur dann begründen, wenn man die Einigung lediglich als Sache des religiösen Bedürfnisses, lediglich als wichtig für die Erbauung der Gläubigen und die geistige Macht des Protestantismus betrachtete; sah man hingegen in der Spaltung des Protestantismus, wie Landgraf Philipp mit seinen Freunden im Südwesten that und im Grunde Jeder thun musste, eine politische Gefahr, so lag, wenn man nur noch irgend eine bedeutendere Macht bilden zu können glaubte, die dringende Aufforderung vor, alle Kräfte zu organisiren, die sich noch irgend einigen liessen: die Sicherheit des Protestantismus musste auf politische Macht begründet werden; selbst die Frage, ob dabei die formelle Grundlage des Religionsfriedens gewahrt würde, trat dagegen völlig in den Hintergrund. Somit wurde man vor die Aufgabe gestellt, vor Allem die Hindernisse des politischen Zusammenstehens aus dem Wege zu räumen, das heisst die religiöse Sammlung der zerfahrenen Partei herzustellen, soweit es möglich war. Gleichwohl eignete Kurfürst August, der die Frage doch zweifellos weit staatsmännischer betrachtete als seine Theologen, sich ganz und gar den Standpunkt Melanchthons an: mit den Gutachten desselben tritt er allen Vorschlägen zu Einungsversuchen entgegen. Schon seine Theilnahme am frankfurtischen Recess erscheint als Ausnahme von seiner grundsätzlichen Haltung; seitdem diese Acte, statt die Gegner herüber zu ziehen, mit erbitterter Polemik aufgenommen worden, forderte er vor allen weiteren Verhandlungen, dass zunächst die Flacianer und die Andern, die dem Recess noch nicht beigetreten, denselben billigen sollten; erst wenn

dies geschehen, wollte er in eine Versammlung von Fürsten oder Theologen zur völligen Schlichtung der Zwistigkeiten willigen. Da die Flacianer zur Annahme des Recesses nicht zu bewegen waren, mussten die Versammlungen unterbleiben. Bei den Verhandlungen über die Sache wird, wie es der Lage entspricht, die Discussion über die Zweckmässigkeit der Einungsbestrebungen gelegentlich ganz in das politische Gebiet hinübergespielt: es handelt sich dann um die Frage, ob eine Schutzverbindung der deutschen Protestanten nöthig sei. August nun hält diesem Gedanken stets entgegen, dass solche Maassregeln einerseits überflüssig, andererseits zweckwidrig seien: sie würden eher Gefahr als Sicherung bringen; die katholische Reaction sei nicht zu fürchten, die Besorgniss Phantasterei, vorausgesetzt, dass man die Gegenpartei nicht provocire: aber eben dies würde am sichersten durch Misstrauen und ungerechtfertigte Maassregeln erzielt werden. Auf diese Veranstaltungen sucht er zugleich — es ist kaum verständlich mit welcher Begründung — den Schein einer illoyalen, der reichsfürstlichen Pflicht widersprechenden Haltung zu werfen. Nun ist es wahr, man riskirte bei jener Schutzpolitik den gefürchteten Ausbruch zu beschleunigen; aber darum durfte man doch, wenn man überhaupt Grund zur Besorgniss sah, nicht jegliche Vorbereitung zur Vertheidigung versäumen, die Partei sich in lauter Bruchtheile zersplittern lassen und den Gegnern den Vorsprung in den diplomatischen und militärischen Rüstungen einräumen. Und so unberührt von der weit verbreiteten Kriegsfurcht und Bangigkeit blieb, wie sich nachweisen lässt, auch Kurfürst August nicht, dass er den Protestantismus ausser Gefahr erblickt hätte; vielmehr sehen wir ihn gelegentlich in ernster Besorgniss vor den Plänen der katholischen Mächte. In Wahrheit wurzelt seine Opposition gegen den Bündnissgedanken, sowie die gegen die kirchlichen Einigungsbestrebungen gänzlich in seiner Hauspolitik, und diese wiederum wird im Wesentlichen durch sein Verhältniss zu den Ernestinern bestimmt.

August lebte in der Furcht, seine Vettern lauerten nur auf die Gelegenheit, um die verlornen Lande und die sächsische Kur wieder zu erobern. Die Herzoge von Sachsen-Weimar gaben diesem Misstrauen reichlich Nahrung, indem sie ihre Landeskirche und ihr Beamtenthum zum Sammelplatz von Feinden der kursächsischen Kirche und des albertinischen Hauses machten. In der neuen Universität zu Jena fand eine Reihe jener lutherischen Heisssporne Schutz und Aufnahme, welche seit dem Leipziger Interim mit der wittenbergischen Kirche verfeindet waren und dieselbe unaufhörlich verketzerten;

auch das Haupt der Zeloten, der Istrier Matthias Vlacich, genannt Flacius Illyricus, hatte seit dem Jahr 1557 einen Lehrstuhl zu Jena inne. Ausserdem aber übernahmen die Herzoge nach dem Tod Markgraf Albrechts von Brandenburg-Culmbach eine Anzahl Diener desselben, die vom markgräflichen Krieg her mit den fränkischen Einungsverwandten, dem römischen König, Herzog Heinrich von Braunschweig und dem albertinischen Haus: fast sämmtlich auch alten Gegnern der Ernestiner, verfeindet waren, vor Allem Wilhelm von Stein und Wilhelm von Grumbach. Es ist bekannt, in welchem Streit diese Männer und ihr Anhang standen und wie derselbe jeden Augenblick in einen neuen Krieg auszubrechen drohte. Als sie nun mit den Ernestinern in Verbindung traten, war sofort die öffentliche Meinung, dass die Herzoge ihre Sache mit den Planen der unruhigen Edelleute verbinden wollten: alle Feinde der Letztern und der Ernestiner fühlten sich durch diese Coalition bedroht, aber vielleicht Keiner mehr als Kurfürst August. Er fasste das Gebahren seiner Vettern nicht anders auf, als dass sie ihn durch die Protection der streitbaren Lutheraner aus dem Religionsfrieden herausdrängen, in den ihm verfeindeten Edelleuten aber dienstbare Geister zum Krieg wider ihn um die Kur und die Kurlande gewinnen wollten. Seine Besorgniss musste steigen, als diese gefürchtete Verbindung scheinbar an Frankreich Anlehnung fand und mit den Ansprüchen der Erben des entthronten Christiern von Dänemark, welche sich gegen das August verschwägte dänische Königshaus richteten, in Zusammenhang trat. Lasse man nun dahingestellt sein, wie weit die Absichten der weimarischen Herzoge damals in Wahrheit gingen; sicher ist, dass Kurfürst August aus Besorgniss vor ihren Planen eifrig das Wohlwollen des Kaisers und der katholischen Stände suchte: entschiedener als alle Unterschiede der Anschauung hielt dies Bestreben ihn fern von der Actionspolitik der südwestdeutschen Fürsten. Er wusste, dass die Theilnahme an einem protestantischen Bündniss und die energischere Vertretung der protestantischen Ansprüche in den controversen Punkten des augsburgischen Friedens, welche dem Bündniss hätte folgen müssen, ihn auf jener Seite missliebige machen würden; er brachte ferner dieser Politik selbst ein grosses Misstrauen entgegen: auch bei seinen Parteigenossen erblickte er wohl hinter der Begründung, welche sie ihrer Bündnisspolitik gaben, als eigentliche Triebfeder den politischen Egoismus: er fürchtete daher, die Evangelischen würden, wenn sie einmal das Bewusstsein der Kraft erlangt, zum Angriff übergehen. Auch wenn sie dies nicht thaten,

konnten sie doch schon durch die energische Verfechtung ihrer Rechtsbehauptungen — etwa, wenn die Frage vom geistlichen Vorbehalt einmal praktische Bedeutung erlangte — den Krieg provociren; schliesslich muss man gestehen, dass auch die blosse Bundesgründung nicht zwar, wie August zu deduciren liebte, eine nicht vorhandene Gefahr erst provociren, wohl aber das Hereinbrechen der befürchteten Katastrophe beschleunigen konnte; denn sie musste Besorgniss, Spannung, Neigung zum Losschlagen auf jener Seite wecken; August aber wünschte den Kampf, wenn er ja kommen musste, doch so lange als möglich hinauszuschieben, selbst auf die Gefahr hin, dass am Ende der Frist die Partei als solche unter sehr verschlechterten Bedingungen in den Waffengang eintreten musste: denn noch meinte er in der neuen Kur und den eroberten Landen nicht so fest zu sitzen, dass ihn der Sturm des Krieges nicht wieder hinausfegen könnte, wie es einst den Ernestinern geschehen, namentlich wenn er den Kaiser und die katholischen Stände gegen sich aufgebracht hätte. Ganz entsprechende Motive waren es, welche ihn zum Gegner der religiösen Einungsbestrebungen machten. August sah die Zusammenkünfte zum Zweck der Verständigung ungern, weil sie beim Kaiser und den katholischen Ständen den Verdacht politischer Conspirationen hätten wecken können, besonders aber meinte er für sich und seine Kirche den gefährdeten Ruf der Rechtgläubigkeit sicherer zu wahren, wenn man von allen weiteren Verhandlungen absähe. Der frankfurtische Recess, so heftig derselbe von den Gegnern angefochten worden, gab der kursächsischen Kirche doch eine Stütze durch die Uebereinstimmung einer Reihe von andern Kirchen, welche denselben gleichfalls angenommen hatten; August fürchtete aber, die andern Recessfürsten möchten bei den Verhandlungen etwa den Flacianern oder den Herzogen von Weimar zu Liebe den frankfurtischen Abschied wieder aufgeben: diesen Schritt hätte er dann vielleicht mit seiner Landeskirche nicht nachthun können, sodass er isolirt worden wäre; aber auch wenn dies gelang, war doch ein Friede mit den Flacianern kaum zu hoffen und die Preisgabe des frankfurtischen Recesses hätte dann, weil sie wie ein Eingeständniss des Unrechts aussehen musste, fürderhin ihrer Polemik sehr viel Schein verliehen; ohnedies waren die katholischen Stände bereits geneigt, die Flacianer als die beständigeren Vertreter der augsburgischen Confession anzusehen und ihnen ein relatives Recht vor den Andern zuzugestehen. Gerade über Augusts Landeskirche hätte sich voraussichtlich wieder der Strom der Angriffe vor allen Andern er-

gossen. Trat nun dieser Fall ein, machte sich ausserdem der Kurfürst durch Theilnahme an der protestantischen Bündnisspolitik auf katholischer Seite missliebig und wurde dann etwa durch das Bündniss der Krieg provocirt, ehe August in der jungen Kur völlig fest geworden, ehe die Ansprüche der Ernestiner ein für alle Mal beseitigt waren, so war seine Lage allerdings sehr gefährdet. Er hätte mit einem Schein Rechts aus dem Religionsfrieden ausgeschlossen werden können; der Kaiser hätte den missliebigen Fürsten vielleicht eben weil er mächtig war, zuerst zu stürzen gesucht, um an Stelle eines unabhängigen und gefährlichen Kurhauses ein abhängiges und ungefährliches, das ernestinische, zu setzen, und dieses letztere sammt seinem Anhang hätte dazu vielleicht seine Hilfe hergegeben, wie dereinst Herzog Moritz zum Sturz Johann Friedrichs des Aelteren. Fochten dann seine Bündner nicht von vornherein glücklich, so hätte es dahin kommen können, dass, raffte auch endlich, wie in den Jahren 1551 und 1552, der Protestantismus sich wieder auf und rettete sich vor dem Verderben, die Kurlande und die Kurwürde doch unwiderbringlich an das ernestinische Haus zurückgekommen wären. Dass diese Motive der Hauspolitik für den Kurfürsten massgebend waren, nicht aber das eigne Interesse des Protestantismus oder ein wohlerwogenes conservatives Princip, mochte dasselbe nun auf blosse Erwägungen der Zweckmässigkeit oder auf besondere Anschauungen von Loyalität und reichsfürstlicher Pflicht begründet werden, erhellt überzeugend daraus, dass der Kurfürst oft die offenbarsten Interessen des Protestantismus verletzt, dass er alle jene Principien, mit denen er seine Politik vertheidigt, durchbricht, wo es sich um das Hausinteresse handelt: nur vom Standpunkt der Hauspolitik aus erscheint sein Verhalten consequent. Ganz ebenso verhält es sich, wie hierbei bemerkt sei, mit dem bekannten Grundsatz des Kurfürsten, dass man sich nicht in auswärtige Verhältnisse mischen dürfe; auch dieser soll nur dienen, das Misswollen des Kaisers und der Katholiken, sowie unbequeme und gefährliche Verwicklungen zu vermeiden: den Leiden der auswärtigen Protestanten gegenüber wird er rigoros durchgeführt; wenn aber im einzelnen Fall das Hausinteresse dafür spricht, existirt er nicht mehr.

Bei dem Widerstand Kurfürst Augusts blieben Landgraf Philipps Arbeiten für die religiöse und politische Einigung der deutschen Protestanten mehrere Jahre lang nicht nur erfolglos: im Frühjahr 1560 schien sogar alle Aussicht auf Gelingen geschwunden. Dass auch später, unter günstigeren Verhältnissen, seine Mühen fruchtlos blieben, davon liegt die Schuld vielleicht an einem inneren Fehler seiner Politik; nicht

an einem oder mehreren vereinzelt Missgriffen, sondern an einer verfehlten Auffassung, welche sein Verhalten dauernd bestimmt. Landgraf Philipp stand in der meist-umstrittenen Frage, die den Drehpunkt fast aller jener theologischen Streitigkeiten bildet, in der Frage vom Abendmahl, im Wesentlichen sicher auf demselben Boden mit Melanchthon und den Seinigen; dennoch konnte er sich so wenig als Diese entschliessen, öffentlich in Gegensatz zum Lutherthum zu treten und so, von einem unumwundenen Bekenntniss aus, den Anspruch der lutherischen Anschauungen auf Alleinherrschaft zu bestreiten, der Duldung, wie er sie wünschte, das Wort zu reden, und zwar jedenfalls nicht aus Mangel an Muth, wie die Theologen, sondern aus einer irrigen psychologischen Speculation: er meinte auf solchem Weg sicherer zu seinem Ziel zu gelangen. Das offene Geständniss drohte eine rasche Entfremdung zwischen den Lutherischen und Andersdenkenden herbeizuführen: Landgraf Philipp hielt es für besser, die Tiefe des Gegensatzes vorläufig zu verschleiern, um den Parteien Muth zur Verhandlung zu machen; er meinte, dass bei den persönlichen Besprechungen die Gemüther sich milder stimmen und die stillschweigende oder ausdrückliche Duldung der Lehrdifferenzen als Frucht daraus hervorgehen würde, ohne dass er gewünscht hätte, einen Scheinfrieden herbeizuführen, bei dem man die Differenzen vertünchte oder sich darüber täuschte. Er hatte hier historische Erfahrungen für sich: hatte er doch gesehen, dass selbst der eisenköpfige Luther einen Unterschied zwischen zwinglischer und bucerisch-calvinischer Lehre machen lernte und sich entschloss, die letztere zu toleriren, obwohl sie ihm nicht Genüge that. Zudem war es ihm gelungen, in seiner eigenen Landeskirche seit langen Jahren eine Geistlichkeit sehr bunter Zusammensetzung in Frieden und Eintracht zu erhalten. Für ganz Deutschland und für die damalige Zeit aber ging seine Berechnung fehl: er unterschätzte Macht und Einfluss der Flacianer und berücksichtigte nicht genug, dass die juristische Natur des Religionsfriedens die ängstlichen Gemüther mehr und mehr nach der orthodoxen Seite hinübertrieb, je mehr Siege Jene erfochten: dass sie solche erringen konnten, davon lag die Schuld wohl grossentheils in der Haltung der melanchthonischen Partei, welche in Folge der halben Unwahrheit, mit welcher sie in der Oeffentlichkeit auftrat, den Gegnern nie mit Nachdruck entgegenzutreten konnte und das beste Mittel der Propaganda aus der Hand gab; verhält es sich aber so, dann fällt von der Schuld der Partei ein grosser Theil auf Landgraf Philipp als den berufensten Führer derselben.

Noch ein besonderer Zug dieser Verschweigungspolitik ist zu erwähnen. Der Landgraf betrieb die Einigung mit dem Hintergedanken, dass, wer sich zur Toleranz um keinen Preis verstehen wolle, von der Vereinbarung ausgeschlossen werden müsse. Er meinte, dass dies nur Wenige sein würden, und wollte Diesen zu Liebe weder die Einigung aufgeben, noch ihr ein starr lutherisches Gepräge aufdrücken lassen, welches sie für das Einverständniss mit dem auswärtigen Protestantismus unbrauchbar gemacht hätte. Auch diese Perspective wurde aus diplomatischen Rücksichten verschwiegen. Ein offenes Hervortreten damit hätte vermuthlich nicht nur die Orthodoxen, sondern auch einen grossen Theil der Gemässigten von dem Uebereinkommen zurückgeschreckt: Philipp meinte die Deutschen eher unvermerkt zu dem Entschluss hinführen zu können, der ihm nöthig schien; die Eiferer sollten durch ihre Starrheit bei dem Einigungsversuche sich selbst ausschliessen, und er hoffte, dass ihnen Niemand nachfolgen würde. Auch hierin verrechnete er sich.

Nur einmal, auf dem Naumburger Congress im Jahre 1561, schien es einen Augenblick, als sollten die Vorstellungen des Landgrafen sich verwirklichen; nachmals trat freilich ein Rückschlag ein, der seine Hoffnungen gänzlich vereitelte und fast ihn selbst unter den Glaubensgenossen isolirt hätte. Zur Zeit dieses Congresses schienen auch die Verhältnisse des Auslandes sich günstig für die Wünsche Philipps anzulassen: in Frankreich eröffnete sich die Aera des Hugenottenthums und vielfach in der protestantischen Welt war ein Zug zu gemeinsamem Handeln zu bemerken, weil die Nähe des Concils von Trient allenthalben die Gemüther aufrüttelte. Mit dem Scheitern der protestantischen Einigung in Deutschland gingen auch die Aussichten auf internationale Beziehungen des deutschen Protestantismus wieder verloren.

Die Annäherung der deutschen Protestanten, welche zum naumburgischen Congress führte, wurde durch das Zusammentreffen mehrerer Umstände veranlasst. Der Kaiser versuchte damals den Kurfürsten von Sachsen in den landsbergischen Bund zu ziehen, den Landgrafen zur Theilnahme an einem rheinischen Friedensbund zu bestimmen, dem im Uebrigen lauter katholische Stände und vor Allem auch Philipp von Spanien angehören sollten. Protestantischerseits fasste man dies so auf, als wolle man den Kurfürsten und Landgrafen fesseln, damit sie im Fall eines Religionskriegs ihren Glaubensgenossen nicht helfen könnten. Ferner fand damals Johann Friedrich, der regierende Herzog von Sachsen-Weimar, es angezeigt, in dem reli-

giösen Streit wenigstens äusserlich mässiger aufzutreten: hierdurch wurde August von Sachsen ermuthigt, endlich einmal in die Berathung eines Einigungsversuches zu willigen; die Entscheidung zu Gunsten desselben wurde schliesslich wie es scheint durch Nachrichten vom schnelleren Fortschritt der Anstalten zum trientinischen Concil gebracht; denn dieselben enthielten für die Protestanten die dringende Mahnung, sich ihrerseits zu rüsten. Es wurde eine Versammlung aller protestantischen Fürsten nach Naumburg auf den Januar des Jahres 1561 anberaumt; dort sollte durch allgemeine abermalige Unterschrift der augsburgischen Confession der kirchliche Streit zum Schweigen gebracht und die Stellung der Protestanten zum Concil berathen werden. Zu Naumburg fiel nun Herzog Johann Friedrich in seine frühere schroffe Haltung zurück; er verlangte, dass man mit der Unterschrift der augsburgischen Confession, um alle verwerflichen Interpretationen derselben auszuschliessen, die namentliche Verdamnung aller dem flacianischen System zuwiderlaufenden Lehren verbinde, während er vordem versprochen hatte, auf die Condemnationen zu verzichten. Die Versammlung wies aber in ihrer Mehrheit diese Forderung zurück: sie liess sich nicht darauf ein, zu untersuchen, ob und welche fehlgläubigen Lehren sich in Deutschland mit dem Bekenntniss der augsburgischen Confession verbanden, oder vielmehr sie liess stillschweigend die verschiedenen Richtungen, welche in Deutschland sich an die augsburgische Confession anschlossen, sämmtlich gelten. Hierüber kam es zwar zum Bruch mit Johann Friedrich und wenigen Gleichgesinnten; der grösste Theil der versammelten Fürsten und fürstlichen Gesandten aber leistete die Unterschrift und verpflichtete sich, der theologischen Polemik zu steuern. Dies Resultat schien den Wünschen Landgraf Philipps, der mit Eifer an den Verhandlungen theilgenommen hatte, völlig zu entsprechen.

Inzwischen war im December 1560 das Regiment der Guise's in Frankreich, welches die Hugenotten verfolgte, durch den Tod Franz des Zweiten gestürzt worden, und die Königin-Mutter Katharina von Medici hatte für ihren unmündigen Sohn, Karl den Neunten, die Zügel in die Hand genommen. Diese suchte die katholische Faction am Hof, welche die Selbständigkeit ihrer Regierung bedrohte, durch Begünstigung der Protestanten im Schach zu halten. Zu den Letzteren gehörten auch die wichtigsten Prinzen von Geblüt, die nächsten Agnaten des Königs, Anton von Bourbon, Titularkönig von Navarra, und dessen jüngerer Bruder Ludwig, Prinz von Condé; durch diese erhielt nunmehr der Protestantismus einen legalen Einfluss auf die

Regierung, der ihm bisher gemangelt; andererseits gewann es den Anschein, als ob die Regentin zum Protestantismus neige, und derselbe begann unter der Gunst dieser Lage mächtig zu wachsen: im Lauf des Jahres 1561 erhob er sich zur imponirenden Macht. Da nun nach den Resolutionen des naumburgischen Fürstentages sich hoffen liess, das hugenottische Bekenntniss werde in Deutschland Anerkennung als protestantische Lehre erringen, so schien die Möglichkeit gegeben, ein fruchtbares Verhältniss mit den Hugenotten anzuknüpfen; andererseits konnte man versuchen, durch die Königin-Mutter auf die französische Regierung im protestantischen Sinn einzuwirken. Endlich hatten die Königin von England und der König von Dänemark den protestantischen Fürsten auf dem naumburgischen Tage einiges Entgegenkommen bewiesen und die Versammlung wiederum Beschlüsse gefasst, welche bezweckten, eine Verständigung mit den auswärtigen evangelischen Mächten zu übereinstimmendem Verhalten gegenüber dem päpstlichen Concil anzubahnen. Der Gedanke lag nahe, dass sich an die kirchliche Cooperation die politische im Fall eines katholischen Angriffs anknüpfen lassen werde.

Auf das Zusammentreffen dieser Verhältnisse baute nun Landgraf Philipp grosse Hoffnungen. Die Voraussetzung derselben aber war, dass die Ergebnisse von Naumburg gesichert wären. Diese erwies sich als irrig, denn bei den naumburgischen Beschlüssen war vielfach mehr als tolerante Gesinnungen die Rücksicht massgebend gewesen, dass die rechtliche Grundlage des Religionsfriedens, das heisst die äusserliche Einheit der Protestanten bei dem Bekenntniss der augsburgischen Confession, gewahrt werden müsse: sobald die Folgen des naumburgischen Tages, der Erwartung zuwider, eben den Religionsfrieden zu gefährden drohten, wurde jene scheinbar freisinnige Strömung wieder rückläufig.

Man hatte gehofft, Herzog Johann Friedrich, dessen Autorität die grösste Stütze der orthodoxen Partei war, nachträglich für das Einigungswerk zu gewinnen; derselbe blieb aber consequent. Ausserdem empfing man unmittelbar nach dem Fürstentag die Nachricht von einem grossen Erfolg der flacianischen Partei: dieselbe hatte zur gleichen Zeit, als die Fürsten zu Naumburg beriethen, auf einem niedersächsischen Kreistag zu Braunschweig in der Verurtheilung und Ausweisung des bremischen Predigers Hardenberg ein Manifest zuwege gebracht, welches den Tendenzen der naumburgischen Beschlüsse direct zuwiderlief. Theilnehmer waren ausser den wichtigen evangelischen Städten Niedersachsens auch einige Fürsten dieser

Gegend. Von dieser Seite her war die heftigste Polemik gegen die Naumburger Beschlüsse zu erwarten, die denn auch mit der Zeit nicht ausblieb.

Unter diesen Umständen kam August von Sachsen, dem aus Rücksichten seiner Hauspolitik Alles daran lag, äusserlich als correcter Anhänger der augsburgischen Confession dazustehen, zuerst mit Joachim von Brandenburg und Markgraf Hans von Cüstrin überein, dass man Johann Friedrich durch Concessionen gewinnen müsse, bevor, wie zu Naumburg beschlossen worden, alle übrigen protestantischen Stände zum Anschluss an das dort getroffene Uebereinkommen aufgefordert würden: denn man dürfe es nicht wagen, sich als Zwinglianer ausschreien zu lassen. Es wurde in Aussicht genommen, eine orthodox lutherische Erklärung über die Lehre vom Abendmahl an Johann Friedrich zu richten. Nach einigem Zögern stimmte diesem Gutachten auch Herzog Christoph von Württemberg zu, bei dem die Wendung zum völlig exclusiven Lutherthum eben um diese Zeit zur Vollendung kam; mit ihm, vermuthlich auf Christophs Autorität hin, auch Pfalzgraf Wolfgang von Zweibrücken. Soweit war man Ende Juli 1561. Dem Landgrafen hatte man von diesen Verhandlungen noch keine Mittheilung gemacht, da man fürchtete, von ihm wenigstens anfänglich heftigen Widerspruch zu erfahren.

Philipp war im gutem Vertrauen auf die Erfolge von Naumburg bereits daran gegangen, eine umfassende Realisirung seiner Projecte anzubahnen. Er kam, diesmal allerdings mit Uebergang Augusts von Sachsen, auf seinen Bündnissplan zurück: er richtete seine Vorschläge an Christoph von Württemberg und Kurfürst Friedrich von Pfalz und forderte sie auf, mit ihm, Pfalzgraf Wolfgang und Markgraf Karl von Baden in einen Bund zu treten, welcher dann je nach Gutdünken auch weitere Mitglieder aufnehmen sollte. Er wünschte ferner, dass man sich mit der Königin von England verständige, was zu thun sei, falls die Katholiken nach dem Concil von Trient zur Execution desselben schritten; ferner, dass man sich schlüssig mache, die Hugenotten, falls die katholische Partei in Frankreich den Krieg begönne, mit deutschem Volk zu unterstützen. Vorläufig sollte man wenigstens den König von Navarra, der wankelmüthigen Charakters war und neben den religiösen Interessen sehr durch dynastische Rücksichten bestimmt wurde, möglichst ermuthigen und so die hugenottische Partei zu stützen suchen, deren Aussichten zum nicht geringen Theil von der Haltung dieses Prinzen abhingen. Die hugenottische Parteileitung kam ihm in diesem Gedanken entgegen: unmittelbar nach-

dem er seine Vorschläge gemacht, ersuchte Navarra die deutschen Fürsten, durch eine Gesandtschaft bei der Königin-Mutter zu Gunsten des Protestantismus zu intercediren; bei Christoph von Württemberg bat er sogar um Unterstützung im Fall eines Religionskrieges und beantragte eine Conföderation zwischen deutschen und französischen Protestanten.

Von Allem, was hier von hüben und drüben angeregt wurde, kam Nichts zur Ausführung. Landgraf Philipps Bündnissplan scheiterte an dem conservativen Sinn Kurfürst Friedrichs; auch seinem Wunsch, dass man sich entschliesse, im Kriegsfall die Hugenotten zu unterstützen, und dem andern, dass man sich mit England über gemeinsame Vertheidigung berathe, wurde nicht entsprochen; hier mag — das Nähere wissen wir nicht — neben Friedrich auch Herzog Christoph, der gegen politische Verbindungen mit dem Auslande Abneigung zeigte, widersprochen haben. Dieser beschied auch Navarra's Antrag auf eine Conföderation, der Landgraf Philipps Sinn durchaus entsprach, abschlägig, ohne ihn den anderen Fürsten nur mitzutheilen. Ueber den Plan, bei der französischen Regierung zu Gunsten des Hugenottenthums zu intercediren, wurde lange correspondirt; endlich lösten die Verhandlungen sich fruchtlos auf, weil die orthodox lutherische Haltung, welcher sich mehrere der wichtigsten protestantischen Fürsten seit dem naumburgischen Tage zugewandt, auch auf die Behandlung der auswärtigen Angelegenheiten zurückwirkte. August von Sachsen versagte seine Mitwirkung von vornherein, vornehmlich um jeden Schein einer Gemeinschaft mit dem Calvinismus zu vermeiden; vergeblich suchte Landgraf Philipp in einer langwierigen Correspondenz ihn zu überzeugen, dass man die französischen Protestanten als evangelisch anerkennen müsse und die Religionsgemeinschaft mit ihnen nicht verleugnen dürfe. Der Kurfürst war innerlich wohl nicht ganz unempfänglich für diese Gedanken, aber die Rücksicht auf die äusserliche Correctheit im Sinne des Religionsfriedens war ihm nun einmal maassgebend. Joachim von Brandenburg, Markgraf Hans, Christoph von Württemberg, Pfalzgraf Wolfgang wollten in Frankreich nur für die augsburgische Confession Propaganda machen, nicht aber dem französischen Protestantismus wie er war das Wort reden. Nur Landgraf Philipp und Friedrich von Pfalz, der sich seit dem naumburgischen Fürstentag allmählich calvinischen Anschauungen zuwandte, waren bereit, der Königin Katharina die Parteinahme für den Protestantismus anzurathen, ohne einen Hinweis auf die augsburgische Confession und eine Warnung

vor dem Zwinglianismus und Calvinismus beizufügen, wie jene Fürsten wollten. Dass Herzog Christoph sich standhaft weigerte, auf diese Form der Intercession einzugehen, wurde entscheidend für den Fall des ganzen Projects (Sept. 1561).

Während des Briefwechsels über diesen Gegenstand erhielt Landgraf Philipp, der inzwischen auf seine Weise versucht hatte, Johann Friedrich nachmals für das naumburgische Einigungswerk zu gewinnen, auch Mittheilung über den Plan der orthodoxen Fürsten, den Herzog durch eine streng lutherische Declaration über das Abendmahl zu befriedigen. Es handelte sich in beiden Sachen um dieselbe Frage: Anerkennung oder Ausschliessung der calvinischen und calvinisirenden Meinungen im In- und Ausland. Landgraf Philipp und Kurfürst Friedrich widersetzten sich daher auch der Declaration auf's lebhafteste; als es sich aber zeigte, dass sie den Beschluss der andern Fürsten nicht rückgängig machen konnten; als diese vielmehr den Landgrafen gewissermassen peinlich über seine Rechtgläubigkeit zu inquiren begannen und er sich in der Gefahr sah, isolirt zu werden, hielt er es für gut, sich der Declaration wenigstens äusserlich anzubequemen. An diesem Punkt zeigt sich am deutlichsten der innere Fehler in Landgraf Philipps kirchlicher Politik: durch das jahrelange Verschleiern seiner eigentlichen Stellung zum Lutherthum hatte er sich in einen Widerspruch verwickelt; diesen mit einem raschen Schritt zu durchbrechen, war jetzt, nach den Erfolgen der Flacianer, nachdem seine nächsten Freunde sich der starren Abschliessung jener Partei zugewandt, weit gefährlicher als vordem, und zwar nicht nur für die eigene Stellung des Landgrafen, sondern auch für alle Hoffnungen, die man noch auf eine zukünftige Annäherung des lutherischen und reformirten Bekenntnisses hegen konnte: wenn der Landgraf und Kurfürst Friedrich innerhalb des deutschen Protestantismus isolirt wurden, so hätte sich in der ganzen Partei kaum wieder eine Stimme für die religiöse Union geregt. Der Landgraf hätte eben schon lange vor diesem Zeitpunkt sich frei erklären, die Gleichdenkenden um sich sammeln und die Kraft dieser Gesinnungen an der Macht der Orthodoxie sich messen lassen müssen; ob dies auch jetzt noch — diplomatisch betrachtet, denn vom ethischen Standpunkt aus liessen sich noch viele Einwendungen gegen jene Halbwahrheit erheben — das Richtige gewesen wäre, lasse ich dahin gestellt sein. Doch muss ich hier noch einmal darauf hinweisen, dass der Landgraf durch Aufopferung und Muth in andern Lagen — wir werden hiervon auch noch zu erzählen

haben — gegen den Vorwurf der religiösen Indifferenz und der Furchtsamkeit gesichert ist, dass vielmehr nur das falsche Vertrauen in die Sicherheit seiner Diplomatie ihn auf den Irrweg führte. Philipp gab auch, indem er äusserlich einlenkte, seine Lieblingsgedanken keineswegs auf; er willigte in die orthodoxe Erklärung vom Abendmahlsdogma nur unter Vorbehalt von Auslegungen, welche ihm freie Hand wahren sollten, auch später noch für die Verständigung mit den Reformirten einzutreten; gleichwohl wurde der Widerspruch in seiner Haltung durch den Schritt sehr verstärkt und die Vollziehung der Declaration hätte vollends der Erfüllung seiner Wünsche grosse neue Schwierigkeiten in den Weg legen müssen. Dies blieb ihm erspart; Johann Friedrich erklärte auf eine Anfrage hin, dass ihm eine blosse Erklärung über das Abendmahl nicht genügen würde, und somit unterblieb dieselbe. Freilich war auch die Vollendung des naumburgischen Friedenswerks gescheitert und die Partei, die sich damals zu bilden begonnen, war wieder sehr gelockert.

Ein anderes Resultat jener doppelten Reihe fruchtloser Verhandlungen, über die Declaration an den Herzog von Sachsen und über die Intercession bei der französischen Regierung, war, dass zwischen dem deutschen und französischen Protestantismus statt Annäherung vielmehr Entfremdung eintrat. Am Verhängnissvollsten zeigte sich dies in den Personen Antons von Navarra und Christophs von Württemberg: Dieser trat in der Folge den Bemühungen des Landgrafen, eine Verständigung mit den Hugenotten herbeizuführen, fast ebenso entschieden entgegen, wie August von Sachsen; jener wandte sich allmählich, entmuthigt durch die reservirte Haltung der lutherischen Fürsten, wieder der katholischen Partei in Frankreich zu.

Die Agenten der Hugenotten in Deutschland hatten in den Verhandlungen des Sommers 1561 sich eine Intercession im lutherischen Sinne, wie Christoph sie wünschte, verbeten²⁾; dieser Umstand erfüllte den Herzog mit Widerwillen gegen den französischen Protestantismus; er konnte aber den Wunsch, der augsburgischen Confession Eingang in Frankreich zu verschaffen, nicht vergessen; zudem lag in seinem Character die Neigung, zu glauben was er wünschte, und jener lutherische Zug, für den Fortgang des Evangeliums Gottes sichtliche Hilfe zu hoffen, war darum stark in ihm entwickelt; er schenkte daher den Führern der katholischen Partei in Frankreich, den Guise's, Glauben, als sie sich den Anschein gaben, als seien sie bereit, zur Einführung der augsburgischen Confession in Frankreich ihre Hand zu bieten³⁾. Daneben setzte er, statt auf die entschiedenen

Führer der hugenottischen Partei, Condé und den Admiral Coligny, seine Hoffnung noch auf Anton von Navarra, ohne zu wissen, dass er selbst bereits viel beigetragen, denselben wieder zur katholischen Partei hinüberzutreiben.

Christoph hatte den Bündnissantrag Navarras abgelehnt, wenn wir recht berichtet sind unter der Begründung, dass ein Bündniss nur bei völliger Uebereinstimmung im Bekenntniss möglich sei⁴); er hatte von seiner Bitte um Unterstützung im Fall des Kriegs, wie es scheint, gar keine Notiz genommen⁵), endlich ihn durch unzeitige Hinweise auf die augsburgische Confession irre gemacht⁶); hierbei waren ihm Kurfürst August, die Herzoge von Sachsen-Weimar und Andere erfolgreich zur Hand gegangen⁷). Navarra hätte gar Nichts thun können, dem deutschen Bekenntniss Eingang in Frankreich zu verschaffen; er war zudem lau in seinen Gesinnungen und lebte in dem Gedanken, durch gütliche Verhandlungen wieder in Besitz des spanischen Navarra zu kommen; um so mehr liess er sich durch die Haltung der deutschen Fürsten abschrecken: er hörte auf, die deutsche Intercession bei der Königin-Mutter, welche er selbst angeregt, weiter zu betreiben⁸) und trat durch Gesandte in Verbindung mit dem Papst und dem König von Spanien, welche ihm vorspiegelten, man werde ihn durch Rückgabe des spanischen Navarra oder eine glänzende Entschädigung belohnen⁹). Gleichwohl war damals vielleicht noch möglich, ihn wieder zu gewinnen, denn noch brach er das Verhältniss zu den deutschen Fürsten nicht ab und schloss sich äusserlich der Politik der Königin-Mutter an, wohl um zwei Wege offen zu behalten. Die Königin hatte im Sommer, gedrängt durch die Erregung der Katholiken und Drohungen Philipps von Spanien, der altgläubigen Partei ein neues strenges Edict gegen die Evangelischen bewilligen müssen; den Folgen dieses Schrittes suchte sie alsdann sofort wieder auszuweichen: es lag ihr daran, ein Gegengewicht gegen die Uebermacht der katholischen Faction zu behalten und den Ausbruch des Bürgerkrieges zu vermeiden, welcher die Regierungsgewalt nothwendig der einen oder andern Partei überliefern musste: hierzu sollte das Colloquium zu Poissy, eine Art von Nationalconcil, helfen; sie trat hier als Vermittlerin auf; ihr Kanzler, der berühmte Michel de l'Hospital, und eine kleine Anzahl Prälaten von reformatorischen Neigungen, namentlich Monluc, der Bischof von Valence, unterstützten sie nach Kräften. Im Verlauf des Colloquiums nun schickte Navarra wieder einen Boten nach Deutschland, der in seinem Namen Friedrich von Pfalz und Christoph von Württemberg um Zusendung tüchtiger Theologen zur

Mitwirkung bei den Verhandlungen bat¹⁰⁾. Es war wohl nicht seine Absicht, dieselben thätig eingreifen zu lassen, sondern nur, seine Beziehungen zu den Deutschen irgendwie fortzuspinnen. Die Fürsten gaben seiner Bitte Folge und ihre Gesandten trafen in einem Moment ein, der nicht ungünstig war, um auf Navarra und die Königin-Mutter einzuwirken. Das Colloquium war bereits gescheitert und aufgelöst, denn der Clerus hatte jede Annäherung an die protestantische Lehre und jede Duldung aufs Schroffste abgelehnt; die Königin aber wagte nicht, den mächtig angewachsenen Protestantismus in den Aufstand zu jagen: sie liess in ihrem Staatsrath beschliessen, dass ein Toleranzedict an Stelle der Strafbestimmungen gegen die Hugenotten treten solle, und hielt an diesem Entschluss trotz der spanischen Drohungen fest. Hierauf verliessen die Guise's und andere Häupter der katholischen Partei den Hof, an welchem sie einflusslos geworden, und derselbe gewann nun ein völlig hugenottisches Aussehen; der reformirte Gottesdienst war an der Tagesordnung. Erst nachdem Jene abgereist, wurden die deutschen Theologen in Audienz empfangen¹¹⁾. Navarra, der inzwischen immer weiter mit dem Papst und dem König von Spanien unterhandelte, conferirte mit ihnen weitläufig über die Möglichkeit einer Concordie im Abendmahlsstreit und namentlich eines Uebereinkommens zwischen den deutschen und französischen Kirchen¹²⁾. Wenn er durch solche Doppelverhandlungen Zeit für seine Entscheidung zu gewinnen suchte, so war das Auftreten der Deutschen keineswegs angethan, diese günstig zu beeinflussen. Dies gilt namentlich von den Württembergern: in ihren Aufträgen war das dritte Wort die augsburgische Confession, die Verwerflichkeit der schweizerischen Lehre und aller zweideutigen Formulirungen der streitigen Meinungen¹³⁾. Erfreulicher für den französischen Protestantismus lauteten jedenfalls die Ausführungen der Pfälzer; dafür aber trat der Zwiespalt innerhalb der deutschen Kirche hervor: die Pfälzer und Württemberger überreichten besondere Erklärungen über eine Concordienformel, welche die Königin-Mutter zu Poissy durch eine Commission hatte ausarbeiten lassen, und über die Lehre vom Abendmahl, denn Herzog Christoph hatte die Seinigen instruiert, mit den Pfälzern nur dann gemeinsam zu handeln, wenn diese sich ihnen in ihren Darlegungen anschlossen¹⁴⁾. Navarra hielt gleichwohl an seiner Rolle fest: durch die rückkehrenden Theologen liess er bei Friedrich und Christoph auf ein Religionsgespräch zwischen deutschen und französischen Theologen antragen¹⁵⁾.

Die Königin-Mutter ihrerseits war entschlossen, die Durch-

führung des Dualismus im Reich zu versuchen. Damit war eine selbstständige, zum Theil oppositionelle Haltung gegenüber dem Concil von Trient, welches im Januar wieder eröffnet wurde, gegeben. Andererseits wurde es immer unwahrscheinlicher, dass sie ihre Vermittlungspolitik unangefochten würde durchführen können. Philipp von Spanien trug sich neuerdings wirklich mit Angriffsplänen; sei es, dass diese nicht geheim blieben oder dass seine Drohungen und die Nähe des Concils allein solche Aufregung hervorriefen: der Winter war in Frankreich voll schreckhafter Gerüchte; bald redete man von einem Angriff Philipps von Spanien, bald von einer grossen katholischen Liga zur Ausrottung des Protestantismus¹⁶). Die Königin dachte nun eine Zeit lang offenbar wirklich daran, sich der hugenottischen Partei ganz in die Arme zu werfen und es auf den Kampf ankommen zu lassen; im December suchte sie sich zu informiren, wieviel Streitkräfte die Hugenotten zu stellen vermöchten¹⁷); zur gleichen Zeit wurden, während im Sommer 1561 viele deutsche Befehlshaber der Krone Frankreich abgedankt worden waren, die Bestellungen und Pensionen derselben theilweise oder ganz wieder hergestellt¹⁸). Um nun dem Concil und den Waffen gegenüber weiteren Halt zu finden, wünschte sie sich an die deutschen Fürsten zu lehnen. Sie suchte in den Audienzen, welche sie den deutschen Theologen zu St. Germain gewährte, den Eindruck zu erhalten, als sei sie innerlich protestantisch¹⁹); dann schickte sie, um Einverständniss anzubahnen, einen französischen Edelmann, Herrn von Rambouillet, und Dr. Hottoman, einen Professor der Jurisprudenz, der den deutschen Fürsten schon von den Verhandlungen des vorigen Sommers her als eifriger Protestant und Agent der hugenottischen Partei bekannt war, nach Deutschland²⁰). Dieselben bereisten von Ende December bis Mitte Februar der Reihe nach die Höfe von Heidelberg, Stuttgart, Dresden, Berlin, Kassel, und kehrten dann abermals über Stuttgart nach Frankreich zurück²¹). Die Verhandlungen, welche sie mit den Fürsten über Frankreichs Verhalten auf dem Concil führten, sind dem Inhalt nach hier nicht von Interesse, da sie bei der bald folgenden Schwenkung der französischen Regierungspolitik ohne Resultat blieben: nur das ist wichtig, dass sie im Kreis der Frankreich näher gesessenen Fürsten das Vertrauen auf die Gesinnung Katharinas bestärkten. Ausser dieser aber hatten die Agenten auch eine politische Mission. Leider sind wir darüber nur durch Andeutungen unterrichtet. Sicher ist wohl nur, dass Katharina an einem oder mehreren jener Höfe — an welchem oder welchen wissen wir nicht — Anfrage thun liess,

was für Unterstützung der allerchristlichste König von den deutschen Fürsten zu erwarten habe, falls er sich in einen Krieg für den Protestantismus in Frankreich einlasse; wir wissen ferner, dass Rambouillet dem Herzog Christoph wiederum eine deutsch-französische Conföderation vorschlug; ob aber aus eigenem Antrieb, ob im Auftrag Navarra's oder der Königin-Mutter oder vielleicht nach Verabredung zwischen diesen Beiden, ob endlich bei seiner ersten Anwesenheit im December, oder bei der zweiten gegen Ende Februar, ist nirgends zu ersehen. Jedenfalls trat im Verlauf dieser Monate — ausser durch Rambouillet, wie wir sehen werden, auch noch direct durch den König von Navarra — zum zweiten Mal an Herzog Christoph der Antrag auf ein Bündniss mit den Hugenotten heran²²).

Eben diese Zeit wurde in Deutschland ausgefüllt durch Verhandlungen, die in solchem Zusammenhang von grossem Interesse sind. Wieder, wie im vorigen Sommer, kamen die Gedanken und Pläne Landgraf Philipps den französischen Vorschlägen entgegen. Ihren Ursprung nahmen diese Verhandlungen von der Unruhe, welche die Nähe des Concils und die unheilverkündende Spannung in Frankreich hervorrief. Während das Concil heranrückte und jenseits des Rheins, wie ein Vorspiel dessen, was in seinem Gefolge kommen musste, der Verfolgungskrieg gegen den Protestantismus heraufzog, wuchs die Besorgniss der Protestanten in den Ländern, welche zu Spanien und Italien die nächsten Beziehungen hatten, mehr und mehr; ein Schwarm alarmirender Gerüchte erhob sich aus den südwestlichen Nachbargebieten des deutschen Reichs, ergoss sich über die angrenzenden Theile Deutschlands und regte die ohnehin empfängliche Stimmung der dort gesessenen Evangelischen zu einem wahren Fieber auf, während man im Norden und Osten, wie es scheint, noch immer gelassen drein sah.

Zuerst erhielt Herzog Christoph Bericht, dass mit den Graubündnern, deren ehemaliger Vertrag mit der Krone Frankreich seit Heinrich des Zweiten Tode nicht erneuert worden, um Oeffnung ihrer Pässe verhandelt werde, weil der Papst einen Krieg in Deutschland beginnen wolle²³). Als er aus jener Gegend selbst Erkundigungen einzog, erhielt er ausführlichere Angaben²⁴). Nach denselben hatten der Papst und der König von Spanien die Wahl des neuen Bischofs von Constanx, des Cardinals von Ems, früheren Bischofs von Lausanne, der ein Schwestersohn des Papstes war, durch Bestechung vieler Capitelherrs in Constanx herbeigeführt, und zwar, weil der Cardinal als ein junger kriegserfahrener Mann die deutschen und wälschen

Kriegsleute »zu seiner Devotion« habe, so dass mit seiner Hilfe der Papst und der König von Spanien nach dem Spruch des Concils die augsburgischen Confessionsverwandten der römischen Kirche wieder unterwerfen könnten. Ferner standen Spanien und der Papst in Unterhandlung mit den Graubündnern, um den Pass zu erhalten; den letzten Gallustag (16. October) hätten dieselben sich endgültig erklären sollen. Dem Vermuthen nach beabsichtigte der Kaiser einem Aelteren aus dem Geschlecht Derer von Ems²⁵⁾ die Landvogtei in Schwaben und den Sitz im Schloss ob Ravensburg zu geben; Spanien und der Papst drängten den Abt von Weingarten, dass er sich verstehe, den Paul Pfintzing, einen Secretär des Königs von Spanien, zum Coadjutor in Weingarten und Ochsenhausen anzunehmen, Alles, um eine offene Heerstrasse vom Herzogthum Mailand bis ins Stift Constanz herzustellen, und damit der Papst mehr Stimmen im Fürstenrath des deutschen Reichs erhielte. Der König von Spanien, hiess es, habe schon zur Ausführung des Unternehmens Geld in Mailand liegen²⁶⁾. Der neue Bischof von Constanz sollte schon mit allen namhaften Kriegsleuten im Hegau unterhandeln, damit sie sich vom Papst bestellen liessen, und von den meisten Zusage erhalten haben²⁷⁾; bekannte Männer: Niclas von Pollweiler, Franz Berner, ein Madruzzo sollten in den Dienst des Papstes getreten sein, um ein Blutbad unter den deutschen Protestanten anzurichten²⁸⁾.

Diese Zeitungen wurden vom Landgrafen und Kurfürsten von Pfalz nicht ungläubig aufgenommen; Kurfürst August dagegen fand es nur natürlich, dass der Papst seinen Nepoten Stifter zu verschaffen suche, und meinte, man könne das auf sich beruhen lassen. Stürbe der Papst einmal, so würde die Herrlichkeit dieser Günstlinge vielleicht nicht besser enden, als die der Verwandten des letzten Papstes. Er bezweifelte die Richtigkeit der gemachten Angaben und verdächtigte den Berichterstatter Christophs, den ehemaligen Cardinallegaten Vergerio, der sein Bisthum Capo d'Istria mit dem freiwilligen Exil in Deutschland vertauscht, um dem Protestantismus leben zu können, dass derselbe solche Dinge aufbringe, um sich wichtig zu machen²⁹⁾. Damit nun geschah Vergerio, obwohl derselbe ein eitler Mann war und sich gern in den Vordergrund drängte, gewiss Unrecht; der Kurfürst hätte dergleichen um so weniger aussprechen dürfen, als er durch seinen Correspondenten in Frankreich, den Doctor Languet, berichtet war, dass in Frankreich seit Langem ähnliche Gerüchte umliefen³⁰⁾. Sonst freilich erhielt er, wie es scheint, schon der Lage seines Landes halber weniger Alarmnachrichten,

während die südwestlichen Freunde Christophs zu jenen Zeitungen eine Menge anderer besorglicher Dinge hinzuzufügen hatten. Unter Anderem erfuhr Landgraf Philipp aus München, sobald der Kaiser seinen Consens zu dem päpstlich-spanischen Plan gegeben hätte, die Protestanten wieder auszurotten, würde zu dem Ende Lazarus von Schwendi Herzog Erich von Braunschweig und die andern beurlaubten Kriegsleute des Königs von Spanien wieder anwerben³¹). Charakteristisch für die Erregung der protestantischen Phantasie ist eine Nachricht Markgraf Carls von Baden: vor einigen Jahren hatte man mit Staunen gesehen, wie ein Kaiser lieber auf die deutsche Krone als auf den Kampf gegen den Protestantismus verzichtete: nunmehr sollte Kaiser Ferdinand gleichfalls beabsichtigen, seine Würde niederzulegen³²). Die Furcht war damals so gross, dass bei den sonst unverdächtigsten Erscheinungen sich der tiefste Argwohn regte und katholische Angriffspläne vermuthet wurden³³). In diesem südwestlichen Fürstenkreis fand daher Herzog Christophs Antrag Beifall, die Graubündner zu ermuthigen und zu ermahnen, dass sie den Pass nicht hergäben. Hingegen lehnte der Kurfürst von Sachsen die Betheiligung ab; er fand nicht nur wenig Grund zur Besorgniss, sondern tadelte das Vorgehen auch vom Standpunkt seiner conservativen Politik aus. Zu Zeiten des schmalkaldischen Bundes, erinnerte er, sei es den Kurfürsten und Fürsten, die daran theilgenommen, übel ausgeschlagen, dass sie ohne Rath und Vorwissen der Andern den Nachtheil der deutschen Nation abwenden wollen; neuerdings würde es Denen, die Solches versuchten, kaum besser gerathen. Zudem sollten die Deutschen bei ihrer Uneinigkeit füglich erst im Innern Frieden stiften, bevor sie daran dächten, Andere zu trösten und beherzt zu machen³⁴). Kurfürst Friedrich, Markgraf Karl, Pfalzgraf Wolfgang und Herzog Christoph unterzeichneten ein Schreiben des erwähnten Inhalts an die Graubündner; ob Landgraf Philipp theilnahm, wissen wir nicht; doch billigte er den Schritt³⁵).

Während der Correspondenz, die denselben einleitete, brachte der Landgraf mit alter Unermüdlichkeit auch seinen Bündnissplan wieder zur Sprache. An Kurfürst August sich zu wenden, leistete er Verzicht; aber er erinnerte Herzog Christoph abermals, dass ein Schutzbund zwischen Pfalz, Hessen, Württemberg und Allen, die dazu Neigung trügen, hoch von Nöthen sei³⁶).

Christoph empfing eben um diese Zeit Rambouillet und Hottoman. Einer der Gesandten theilte ihm mit, was man sich in Frankreich von einem Bündniss des Papstes mit dem König von Spanien

und einigen italienischen Fürsten zur Ausrottung des Protestantismus erzählte; der Berichterstatter fügte hinzu: schon im Jahr 1551 habe man beabsichtigt, die weltlichen Kurfürsten ihrer Würde zu entsetzen und wälsche Herren an ihre Stelle zu bringen; dies sei jetzt wieder vor, und der König von Spanien solle zum Kaiser gemacht werden³⁷). Ob und welche politischen Erwägungen sich hieran knüpften, ist, wie gedacht, nicht zu entscheiden; hätte Christoph schon damals einen Antrag auf eine deutsch-französische Conföderation erhalten, so wäre zu schliessen, dass er ihn ebenso behandelte, wie den ersten im vorigen Sommer, das heisst ablehnte und nicht einmal den Mitfürsten anzeigte. Wie dem sei, zu dem Plan eines deutschen Schutzbundes, den ihm der Landgraf vorlegte, gab er abermals seine Zustimmung, freilich, wie er in bitterem Ton ausführte, ohne viel Hoffnung auf Erfolg. Er stellte dem Landgrafen anheim, bei den weltlichen Kurfürsten Schritte zur Verwirklichung zu thun³⁸). Den Kurfürsten von Sachsen suchte er selbst durch weitere Mittheilung seiner Nachrichten aufzurütteln und für eine Gesandtschaft der evangelischen Stände zu gewinnen, welche beim Kaiser auf Abschaffung der gefährlichen Praktiken dringen sollte, freilich vergebens³⁹). Seinen süddeutschen Freunden rieth er, auf Kreistage im ganzen Reich hinzuwirken, damit man erfahre, ob die vermeintlichen Geistlichen den Religionsfrieden zu halten gedächten⁴⁰). In anderen Kreisen kam dies, wie es scheint, nicht zur Ausführung; Herzog Christoph aber hielt Mitte Januar einen schwäbischen Kreistag in Ulm und setzte durch, dass die Kreisstände ein Schreiben in diesen Angelegenheiten an den Kaiser richteten⁴¹). Dort nun erhielt er in öffentlicher Sitzung Mittheilungen, welche die Wahrheit der päpstlichen Truppenwerbungen zu bestätigen schienen; zwar verschworen die constanzischen Abgeordneten sich hoch und theuer, von den Praktiken im Stift Constanx weder viel noch wenig zu wissen, »aber«, schrieb Christoph an Philipp, indem er ihm Bericht erstattete, »dieses Gesind schämt sich keiner Lügen nicht«⁴²).

Dem Landgrafen seinerseits wurden inzwischen die Erzählungen von den Verhandlungen um die graubündischen Pässe der Hauptsache nach durch einen Brief Heinrich Bullingers aus Zürich bestätigt. Der Schreiber berichtete dazu von grossen Rüstungen in Oberitalien, namentlich im Mailändischen und Venezianischen, und dass der Herzog von Savoyen Truppen, angeblich zum Schutz des Concils, zu versammeln scheine. Schwendi und Erich von Braunschweig schienen neuerdings bereits zu werben, wie des Landgrafen

Nachrichten aus München vorhergesagt hatten⁴³). Es wog gegenüber einem solchen Sturm alarmirender Nachrichten wenig, dass August, um den Landgrafen zu beruhigen, sich bei Heinrich von Braunschweig erkundigte, und dieser erklärte, von all' den angeblichen Conspirationen Nichts zu wissen⁴⁴); oder dass der Kurfürst Philipp ein Schreiben des Kaisers an einen kaiserlichen Rath zusandte, in dem Ferdinand sich beklagte, man thue ihm Unrecht mit solchen Zeitungen, wie dass er mit dem Papst, dem König von Spanien und italienischen Potentaten in Werbung stünde⁴⁵); solchen Stimmen mass man eben in der grossen Aufregung keinen Glauben mehr bei. Endlich aber erkannte der Landgraf sehr wohl, zu welchem Ziel die Verhältnisse in Frankreich hindrängten: die friedfertige Miene, welche die Guise's damals annahmen, täuschte ihn keineswegs⁴⁶) und wie immer betrachtete er die Gefahr einer protestantischen Macht als allgemeine Gefahr des Protestantismus.

Demnach that er weitere Schritte zur Verwirklichung des Bündnissgedankens. An Kurfürst August wagte er sich auch jetzt noch nicht; doch suchte er ihn durch Mittheilung seiner Nachrichten und warnende Worte seiner eigenen Stimmung zugänglich zu machen⁴⁷). Wenn er hoffte, denselben so allmählich dem Bunde geneigter zu machen, so misslang das: Kurfürst August, der eben damals Herzog Christophs Antrag auf eine Gesandtschaft der evangelischen Stände an den Kaiser ablehnte⁴⁸), antwortete dem Landgrafen mit Ausführungen, wie unzuverlässig doch jene Nachrichten, und wie überflüssig das stete Misstrauen und die vielen Grübeleien wären: noch sei keinerlei Grund zur Besorgniss, lasse man aber die Gegenpartei den steten Argwohn merken oder hänge sich gar an fremde Potentaten, so möge man damit wohl die Gefahr provociren, die jetzt nur erträumt werde⁴⁹). Auf diesen wichtigsten Fürsten also musste der Landgraf wohl verzichten; dagegen versicherte er sich noch einmal der Zustimmung Herzog Christophs — Kurfürst Friedrich, an den er zu gleicher Zeit schrieb, kann allem Vermuthen nach nur abschlägig geantwortet haben⁵⁰) — und schritt dann, gegen Ende Februar, zu dem Versuch fort, nicht nur einen deutschen Schutzbund, sondern auch eine Allianz desselben mit dem Ausland, namentlich Frankreich, ins Leben zu rufen.

Inzwischen verhielt Herzog Christoph, der den deutschen Bund ebenso sehr wünschte, wie Landgraf Philipp, dem französischen Protestantismus gegenüber sich möglichst ablehnend und wirkte auf diesem Gebiet dem Landgrafen völlig entgegen. Seit ihn die Guise's mit Hoffnungen auf eine lutherische Reformation in Frankreich ge-

fangen, hatte er sich in diesen Gedanken so eingelebt, dass er allen Blick für das Wirkliche und Mögliche verlor. Der Cardinal von Lothringen, Carl von Guise, hatte auf dem Colloquium zu Poissy zwar mit der augsburgischen Confession geliebäugelt und das lutherische Bekenntniss gegen den Calvinismus ausgespielt, aber er wusste dabei wohl, dass die Calvinisten sich gegen die Annahme desselben verwahren würden; dass sie dies thaten, gab einen guten Vorwand, die Verhandlungen mit ihnen abubrechen, gerade, als wäre es die Absicht gewesen, ihnen näher zu treten, falls sie sich auf den Standpunkt der augsburgischen Confession gestellt hätten. So gelang es dem Cardinal, die Rolle des Friedfertigen zu spielen und dabei doch das Colloquium scheitern zu machen, den Zwiespalt der protestantischen Welt zum Schaden der Hugenotten öffentlich blosszustellen und die Entfremdung zwischen dem deutschen Lutherthum und dem französischen Calvinismus zu vergrössern. Dem Herzog Christoph wussten die Guise's den Vorgang so darzustellen, als wäre nur die Weigerung der Hugenotten, das lutherische Bekenntniss zu approbiren, am Scheitern des Colloquiums Schuld gewesen. Ausserdem lud Herzog Heinrich von Guise, der Bruder des Cardinals, den Herzog Christoph zu einer persönlichen Besprechung ein⁵¹⁾; Christoph ging auf Alles gläubig ein und bewilligte die Zusammenkunft; als Termin und Ort wurden der Anfang des Jahres 1562 und Elsass-Zabern ausgemacht⁵²⁾. Inzwischen kehrten Christophs Theologen aus Frankreich zurück und brachten Navarra's Aufforderung zu einem deutsch-französischen Religionsgespräch mit⁵³⁾. Kurfürst Friedrich und der Landgraf ergriffen diesen Gedanken mit Eifer, namentlich aber war der Letztere ganz für denselben eingenommen und suchte auch Kurfürst August mit Dringlichkeit dafür zu gewinnen — natürlich vergebens⁵⁴⁾. Anders Christoph: Navarra schien ihm, obwohl er seine persönliche Zuneigung zur augsburgischen Confession betheuert hatte, doch lange nicht eifrig genug für die lutherische Reformation in Frankreich, denn er liess hören: man dürfe mit diesem Gedanken nicht ohne Weiteres hervortreten, um die Hugenotten nicht vor den Kopf zu stossen⁵⁵⁾. Desgleichen waren ihm Friedrich und Philipp viel zu geneigt, sich mit den Calvinisten zu vertragen; er aber wünschte nicht, auf einem Religionsgespräch zwischen Reformirten und Freunden derselben als einziger unnachgiebiger Vertreter des Lutherthums ins Gedränge zu kommen. Er beantwortete Navarras Vorschläge in zweifelhaftem Ton und in einer Weise, die Jenen nur abermals einschüchtern und auf der Bahn des Rücktritts zum Katholicismus weiterrücken konnte⁵⁶⁾; in Deutschland drängte er zwar Kurfürst August als zuverlässigen

Lutheraner angelegentlichst, seine Einwilligung zu dem Religionsgespräch zu geben, Kurfürst Friedrich und den Landgrafen hingegen hielt er mit Bedenklichkeiten bis zum Eintreffen der kursächsischen Antwort hin⁵⁷). Inzwischen fand die verabredete Conferenz zu Zabern zwischen Heinrich von Guise, dem Cardinal von Lothringen und zwei jüngeren Brüdern derselben einerseits, Herzog Christoph und einigen seiner Theologen andererseits Mitte Februar statt. Hier verlor nun Christoph die letzte Besinnung. Obwohl seine Freunde, so auch der Landgraf, ihn eindringlichst gebeten hatten, den Guise's keinen Glauben zu schenken⁵⁸), ja auch ein Franzose und Katholik, Vieilleville, der Gouverneur von Metz, ihm eine Warnung zukommen lassen⁵⁹), liess er sich von Jenen einbilden, dass sie mit den Lehren der augsburgischen Confession einverstanden seien, dass sie keine Schuld an den Protestantenverfolgungen der letzten Jahre trügen, dass sie die Absicht hegten, in Frankreich einen Ausgleich der Confessionen im Sinn des Protestantismus herbeizuführen. Sie versprachen ihm in die Hand, nie als Verfolger der Neugläubigen in Frankreich auftreten zu wollen, verstanden aber doch, ihn noch mehr gegen dieselben einzunehmen, indem sie ihn überzeugten, dass sie irreligiöser Gesinnung und dass ihre Tendenzen politisch-revolutionäre seien. Da der Herzog auf Alles mit Vertrauen einging, so machte schliesslich der Cardinal von Lothringen ihm den Vorschlag zu einem unter den damaligen Verhältnissen ganz abenteuerlichen, unmöglichen Weg, nicht nur alle Protestanten untereinander, sondern auch Protestantismus und römische Kirche wieder zu versöhnen, trotz des Concils von Trient, das damals bereits eröffnet war. Der Cardinal behauptete, er habe Aussicht, vom Papst, König von Spanien, Kaiser und anderen katholischen Potentaten Zustimmung zu erhalten, dass er eine kleine Anzahl katholischer Bischöfe vom Concil an einen gelegenen Ort in Deutschland bringe und zwischen diesen und den Theologen deutsch-protestantischer Fürsten ein Religionsgespräch veranstalte: hätten sich dann erst die Vertreter des Concils mit den deutschen Theologen verglichen, so würde man bei Frankreich, England, Schottland und anderen Nationen, weil diese vornehmlich auf Deutschland sähen, um so leichter Nachfolge finden. Herzog Christoph liess sich das gefallen; den Entwurf zu einem Schreiben an Navarra, welches diesem den neuen Stand der Projecte mittheilen sollte, sowie die Form, in welcher er den Vorschlag seinen protestantischen Mitfürsten unterbreiten sollte, bat er die Guise's selbst ihm anzugeben⁶⁰). Von Zabern heimgekehrt, versandte er triumphirend an seine Freunde

vorläufige Berichte über seinen Erfolg zu Zabern⁶¹⁾, liess die Verhandlungen über ein Religionsgespräch mit den Calvinisten, zumal er nun auch Gewissheit hatte, dass Kursachsen nicht dafür zu gewinnen sei, ganz fallen⁶²⁾ und bereitete sich, statt dessen das guisische Trugproject an die deutschen Fürsten und Navarra zu bringen. Um diese Zeit empfing er zum zweiten Mal die französischen Gesandten, Rambouillet und Hotoman, die nunmehr auf dem Rückweg begriffen waren. Bei dieser Gelegenheit, wenn es nicht schon im December geschehen war, wurde zwischen Rambouillet und Christoph die Frage einer politischen Verbindung zwischen Frankreich und den deutschen Protestanten erörtert. Eben damals — nicht unmöglich ist es, dass dies den Anlass zu den gedachten Besprechungen gab — traf auch ein Schreiben Navarra's ein, welches abermals die Conföderation anbot. Der König betheuerte darin, treu bei seiner evangelischen Gesinnung zu beharren: gern würde er auch die Reformation in Frankreich ganz im Sinn Christophs befördern; aber bei dem grossen Widerstand, den er finde, könne er zu diesem Zweck nur abermals ein Religionsgespräch oder ein Bündniss zwischen Hugenotten und deutschen Protestanten vorschlagen. Landgraf Philipp ging eben in jenen Tagen damit um, seinerseits auch eine deutsch-französische Allianz anzutragen; Christoph lehnte den Vorschlag Navarra's ab⁶³⁾; dagegen theilte er ihm nach dem Wunsche der Guise's mit, was zu Zabern verhandelt worden, und unterbreitete ihm den Vorschlag derselben zu einem lutherisch-katholischen Religionsgespräch, beides in der Form, welche sie ihm nach der Trennung durch ihren Unterhändler, Christoph Rascalon, angeben liessen⁶⁴⁾. Dies war vergebene Mühe, denn wenige Tage nachdem er obigen Brief erlassen, war Navarra schon wieder öffentlich zum Katholicismus übergegangen. Christoph inzwischen ersah sich eine Zusammenkunft zu Bruchsal mit Friedrich von Pfalz, Wolfgang von Zweibrücken und Karl von Baden, an der auch der Landgraf durch Vertretung theilzunehmen hatte⁶⁵⁾, um seinen Freunden den guisischen Vorschlag zu einem Religionsgespräch vorzulegen.

Auf eben dieser Zusammenkunft trat auch Landgraf Philipp mit jenem Bundes- und Allianzentwurf hervor, welcher zum ersten Mal den Umfang seiner Unionspolitik in einer Conception zusammenfasst. Gerade vor seiner Abreise nach Zabern hatte Christoph ihm zum letzten Mal seine Zustimmung zu einem Schutzbündniss deutsch-protestantischer Stände zu erkennen gegeben, und zwar erklärte er damals, er sei bereit, einem Bund zwischen dem Landgrafen, Kur-

fürst Friedrich, Pfalzgraf Wolfgang, Markgraf Karl und etlichen gutherzigen Grafen, Herrn und Städten beizutreten, sofern derselbe rein defensive, zum Schutz des Religions- und Landfriedens, geschlossen werde.⁶⁶⁾ Dieser Bedingung pflichtete auch der Landgraf bei, aber er drang nun des Weiteren darauf, dass der Bund Verträge zu gegenseitiger Unterstützung mit Frankreich und England abschliessen solle.

Die Verbindung mit Frankreich zu befürworten, erhielt er vielleicht Anlass durch Rambouillet und Hotoman, die eben Mitte Februar bei ihm eintrafen.⁶⁷⁾ Hatte die Gesandtschaft überhaupt einen solchen Auftrag, so ist wahrscheinlich, dass sie auch Landgraf Philipp den Vorschlag zu einem defensiven Einverständniss zwischen Frankreich und den deutschen Protestanten machte; andernfalls ist zu vermuthen, dass sie wenigstens anfragte, welche Hilfe der König von Frankreich im Fall eines Religionskriegs vom Landgrafen zu erwarten habe⁶⁸⁾. Freilich hätte der Landgraf seinen Entwurf auch selbstständig aus der augenblicklichen Lage der Dinge schöpfen können. Die französische Regierung schien ja damals aufrichtig in die Bahn des Protestantismus einzulenken. Wir sahen, wie Katharina die deutschen Protestanten im Glauben an ihre protestantische Gesinnung zu erhalten suchte;⁶⁹⁾ die Gesandtschaft Rambouillets und Hotomans, auch wenn dieselben keine politischen Aufträge der erwähnten Art überbrachten, namentlich aber die Nachricht von dem im Januar erlassenen Toleranzedict, mussten diesen Eindruck sehr verstärken. Trotz des Kriegslärms hatten Katharina und L' Hospital ihren Plan durchgeführt. Zur Berathung desselben wurde eine Anzahl von Parlamentsräthen- und -Präsidenten aus allen Provinzen berufen, die vom 3. Januar ab mit den höchsten Kronbeamten und dem königlichen Rathe zusammen in St. Germain tagten. Durch sorgfältige Auswahl geeigneter Persönlichkeiten unter jenen Parlamentsbeamten war gesorgt, dass das Resultat der Abstimmung wenigstens nicht im Sinn der völligen Intoleranz ausfallen konnte. So entstand das Edict vom 17. Januar, welches den Protestanten die Auslieferung aller eingezogenen Kirchen und Kirchengüter anbefahl, und den Bau evangelischer Gotteshäuser verbot, den evangelischen Gottesdienst ausserhalb der Städte aber freiliess. Auch hatte damals Navarra seine Sinnesänderung eben erst öffentlich kundgegeben, und die deutschen Fürsten hegten grosses Vertrauen zu ihm. Als aus Frankreich Nachrichten von seinem Abfall einzutreffen begannen, meinten sie dieselben auf Verleumdung zurückführen zu müssen, bis sie endlich unzweifelhaft wurden. So auch der Landgraf⁷⁰⁾. Andrer-

seits war nunmehr zu erwarten, dass die katholische Reaction auch über Frankreich, und vielleicht über dieses zuerst, hereinbrechen werde. Die aufgeregte Stimmung, welche im Herbst und Winter in Frankreich herrschte, wirkte auch nach Deutschland hinüber: die Zeitungen, welche hier umliefen, stellten auch Frankreichs Lage als bedroht dar⁷¹⁾ und namentlich der Landgraf hegte für Frankreich grosse Sorge⁷²⁾. Dazu wird jene Gesandtschaft nicht verfehlt haben, ihm dieselben Mittheilungen über die Alarmp Nachrichten jenseits des Rheins zu machen, wie dem Herzog Christoph. Erfolgte endlich auch kein Angriff von Seiten Spaniens oder einer katholischen Liga, wie die Gerüchte ihn prophezeiten, so war doch zu vermuthen, dass die guisische Partei den Dualismus der Culte im Reich nicht gutwillig dulden werde⁷³⁾, und wenn diese den Religionskrieg begann, musste die Intervention Spaniens voraussichtlich nachfolgen. Wollte nun die Königin-Mutter in dieser kritischen Lage nicht das Januaredict opfern und in die Ausrottung der Evangelischen willigen, — womit sie den Protestantismus in den Aufstand gejagt, die Regierungsgewalt den Guise's ausgeliefert und dem spanischen Einfluss preisgegeben haben würde — so durfte man darauf rechnen, dass sie die dargebotene Hand der deutschen Protestanten annehmen würde. Auf diese Lage mag Landgraf Philipp, falls ihm keine ausdrückliche Anregung von Frankreich her gegeben wurde, seinen Plan begründet haben. Ob er vielleicht aus besondern Anzeichen zu entnehmen glaubte, dass man in England einer Conföderation geneigt sei⁷⁴⁾, wissen wir nicht; doch hoffte er, auch Königin Elisabeth werde sich gewinnen lassen.

Pfalzgraf Wolfgang lag damals in Händeln mit Nassau-Saarbrücken und Trier, welche in eine Fehde auszubrechen drohten, und hatte sich an den Landgrafen um Ueberlassung von Officieren und Kriegsmaterial gewandt; da unter solchen Umständen ein Vertheidigungsbündniss für den Pfalzgrafen sehr wünschenswerth werden konnte, hoffte Philipp bei ihm Geneigtheit zu finden. Am 22. Februar richtete er an ihn ein langes und beredtes Schreiben über die Nützlichkeit und Nothwendigkeit einer deutsch - protestantischen Schutzeinigung und deren Allianz mit Frankreich; von einem Vertrag mit England ist hier noch nicht die Rede⁷⁵⁾. Vollständiger und ausführlicher gestaltete er seinen Entwurf in der Instruction seines Vertreters auf der Fürstenconferenz zu Bruchsal, die etwa vom vierzehnten bis neunzehnten März tagte⁷⁶⁾. Er wählte zu dieser Mission seinen alten vertrauten Secretär Simon Bing und beauftragte denselben, Herzog Christoph mitzutheilen: der Landgraf sei sehr einver-

standen mit des Herzogs Vorschlag, ein rein defensives Bündniss zwischen Württemberg, Kurpfalz, Baden-Durlach, Zweibrücken, Hessen und etlichen gutherzigen Grafen, Herrn und Städten zu stiften; falls aber sonst Niemand dazu geneigt sei, so wolle er auch mit Württemberg und Kurpfalz allein sich verbinden. Es ist dies ein stets wiederkehrender Zug in des Landgrafen religiösen und politischen Einigungsbestrebungen: kann er seine grossen Pläne nicht verwirklichen, so ist er stets bereit, auch an beschränkten Veranstaltungen im engeren und engsten Kreise theilzunehmen, wofern sie ihm nur als Anfang und Grundlage zu späteren umfassenden Vereinbarungen tauglich erscheinen. Gelänge hingegen die Gründung eines weiteren Bundes, so wünschte der Landgraf auch die Herzoge von Sachsen hineinzuziehen, diese aber unter der Bedingung, dass sie die Hilfe des Bundes nicht für ihre alten Händel in Anspruch nähmen. Wären sie auf diese Bedingung hin eingetreten, so hoffte der Landgraf endlich auch den Kurfürsten von Sachsen zu gewinnen. Ferner aber sollte man vor allen Dingen einen Nebenvertrag mit Frankreich schliessen, das gleich den Confessionsverwandten in Deutschland einem Krieg um der protestantischen Religion willen ausgesetzt sei, dergestalt, dass Frankreich, falls zuerst ein deutsches Bundesglied überzogen würde, monatlich eine namhafte Summe zu den Kriegskosten beitragen, der deutsche Bund wiederum, würde Frankreich zuerst angegriffen, demselben eine bestimmte Anzahl Truppen auf bestimmte Zeit unterhalten solle. Dieselben sollten nur für deutsches Geld unter Frankreichs, nicht der deutschen Verbündeten, Namen aufgebracht werden; es ist aber den Zeitverhältnissen nach selbstverständlich — denn der evangelischen Schweizer konnte Frankreich nie sicher sein — dass sie eventuell auch in den Gebieten und unter stiller Hilfe und Vorschub der verbündeten Deutschen hätten angeworben werden müssen. — Ein entsprechender Vertrag sollte auch mit England geschlossen werden, doch meinte der Landgraf, dass hier geringere Verpflichtungen von beiden Seiten genügen würden.

Um den Andern mit gutem Beispiel voranzugehen, erbot der Landgraf sich selbst zu einem für jene Zeit ganz ausserordentlichen Beitrag in die Bundeskasse. Namentlich aber ist aus dem Entwurf zu ersehen, dass der Landgraf Viel aus der Geschichte des früheren Bundes und des schmalkaldischen Krieges gelernt hat. Die neue Einigung soll sich auf keinerlei Offensivunternehmungen einlassen, überhaupt in keinem Fall losschlagen, ausser wenn ein Bundesglied mit Heeresmacht überzogen wird. Vornehmlich aber sind die Einzelbestim-

mungen darauf berechnet, die Einwirkung der Sonderinteressen auf die Bundesleitung abzuschneiden und der particularistischen Zersplitterung zu wehren, welche dem schmalkaldischen Bund so schädlich gewesen. Das Bundescommando soll nicht vielköpfig sein, sondern in der Hand eines Hauptmanns liegen; Niemand soll das Recht haben, sein Contingent zur Vertheidigung seines Landes zurückzuhalten oder abzubrufen, sondern die ganze Macht des Bundes soll concentrirt werden, um den Krieg vor allen Dingen auf dem Hauptschauplatz auszufechten⁷⁷⁾.)

Landgraf Philipps Pläne trafen nun auf der Conferenz zu Bruchsal zusammen mit Herzog Christophs Propaganda für den guisischen Vorschlag zu einem Religionsgespräch zwischen Concilsvätern und lutherischen Theologen. Es offenbarte sich aber sofort, wie thöricht Christophs Hoffnungen waren, denn eben zu Bruchsal⁷⁸⁾ erhielt die Fürsten eine Nachricht, die so gut war, wie ein Kriegsmanifest der Guise's gegen das Hugenottenthum: Herzog Heinrich von Guise hatte zu Vassy bei Joinville — sei es, dass er selbst den Streich angeordnet, oder dass er ihn nur nicht verhindert — durch sein Gefolge eine protestantische Gemeinde beim Gottesdienst überfallen und eine Anzahl Mitglieder derselben niedermetzeln lassen. Guise hat später versucht, den Vorgang so darzustellen, als wäre er gänzlich unschuldig daran gewesen, es ist ihm nicht gelungen, sich zu reinigen. Auch Herzog Christophs Freunde zu Bruchsal fühlten wohl, was das Ereigniss zu bedeuten habe. Zugleich trafen immer dringendere Nachrichten vom Abfall des Königs von Navarra ein⁷⁹⁾. Nun wollten die erschrockenen Fürsten sich auf keinerlei Unterhandlungen mit den Guise's mehr einlassen. Nur Christoph vermochte an die Schuld seiner neuen Freunde nicht zu glauben. Er bat Guise und den Cardinal von Lothringen um eine zufriedenstellende Erklärung über den Vorfall zu Vassy, damit er die Verhandlungen über die Concordie mit besserem Erfolg wieder aufnehmen könne⁸⁰⁾. An demselben Tag übersandte er den Trugvorschlag der Guise's auch an den Landgrafen und schrieb an denselben: es kämen Nachrichten, dass Guise wieder anfange, gutherzige Leute zu verfolgen und zu tyrannisiren, aber er, Christoph, meine, dass das Geschrei grösser sein werde, als die Sache, denn, soviel er vermerkt, trage der Cardinal zu dem Religionsgespräch einen rechten christlichen Eifer, darum sei Erfolg zu hoffen⁸¹⁾. Philipp war freilich darin so wenig seiner Ansicht als die Fürsten zu Bruchsal. Schon vordem, als Christoph ihm den ersten Bericht über die Zaberner Verhandlungen zusandte, hatte

er sehr skeptisch geantwortet: wie sollte man Bekehrung vom Cardinal von Lothringen erwarten, der soviel Christenblut vergossen? Paulus freilich habe die Christen auch verfolgt, aber unwissend, im Eifer für das väterliche Gesetz, nicht wider besseres Wissen, wie Jener. „Es könnte wohl der Cardinal, als ein geschickter listiger Mensch, allein darum für gut ansehen, mit seinen Brüdern zu Euer Lieb zu kommen, auf dass er Euer Lieb gegen den König von Navarra und dessen Anhang verdächtig machte und gloriiren möchte, er und seine Brüder wären in grossem Vertrauen und trefflicher Handlung mit Euer Lieb, desto mehr damit seine Parthei in Frankreich an sich zu behalten, und also einen Unwillen erregte, dess er als ein Weltweiser selbst lachen würde.“ Ebensowenig vermochte den Landgrafen der guisische Vorschlag zu einem Religionsgespräch zu überzeugen, zumal da mit ihm die Nachricht von dem Gemetzel zu Vassy kam. Herzog Christoph, schrieb er zurück, meine es wohl christlich und gut, vom Cardinal aber, dem Verfolger der Christen und lasterhaften Menschen, könne man nicht erwarten, dass er aufrichtig handle. Er und andre giftige Papisten möchten es wohl dahin practiciren, dass sie mit Denen von der augsburgischen Confession einen Scheinfrieden machten, um desto ungestörter die französischen und schweizerischen Protestanten ausrotten zu können und dann auch die augsburgischen Confessionsverwandten zu überfallen. Zu solchen Ausführungen fügte der Landgraf dann etwa hinzu: er wolle ja Gottes Allmacht nicht verkürzen oder ihr Maass vorschreiben; sie möge auch wohl Wunder thun; dennoch könne er sich solcher Gedanken nicht erwehren⁸²). Herzog Christoph aber, der fromme Lutheraner, hätte es wohl als frevelhaftes Misstrauen in Gottes Vorsehung betrachtet, in diesem Fall nicht an ein Wunder zu glauben. Er fuhr fort, den Cardinal und seinen Bruder zu vertheidigen; noch lange dauerte es, bis er den beispiellosen Betrug, den man ihm gespielt, klar erkannte, und wenig fehlte, so hätten die Guise's durch ihn ihr Ziel erreicht: eine Unterstützung der Hugenotten von Deutschland aus in dem Waffengang, der nun anhub, unmöglich zu machen.

Werfen wir in diesem Moment noch einen Blick auf den Ausgang der religiösen Einungsversuche, denen auch Herzog Christophs gutgemeinte Verhandlungen mit den Guise's noch angehören. Der Gedanke eines Religionsgesprächs zwischen deutschen Protestanten und Hugenotten war, wie wir sahen, über diesen verfehlten Bestrebungen gescheitert; gleichwohl gab Landgraf Philipp, der Unermüdliche, den Gedanken einer Versöhnung der deutschen und

schweizerischen Confession noch immer nicht auf. In den ersten Tagen des April sandte er Herzog Christoph eine Schrift Heinrich Bullingers zu, der mit Brenz, dem Leiter der württembergischen Kirche, in einer literarischen Fehde über die Abendmahlslehre lag, und theilte ihm seine Ansicht über diesen Streit mit. Auf beiden Seiten, meinte er, würden die Dogmen übertrieben; Christoph möge nur die Bücher der beiden Theologen vergleichen, so werde er dasselbe auch finden: „und wusten Nichts uf (dem) Erdreich, das uns itzo gefälliger wäre, denn dass der Streit unsers Herrn Jesu Christi Nachtmahls halben möchte zu einhelliger christlicher Vergleichung kommen, dann die Papisten itzo Nichts haben, das sie hätten gegen uns anziehen können, denn sollichen Zweispalt; bitten darum freundlich, E. L. wollen den Sachen nachdenken, ob doch mocht ein Vergleichung getroffen werden, die mit Gott und gutem Gewissen gescheen muge“⁸³). Aber diese frommen Wünsche waren bereits ebenso aussichtslos, als Herzog Christophs fortdauernde Propaganda für den guisischen Trugvorschlag. Die letzten Verhandlungen mit Johann Friedrich waren bereits gescheitert⁸⁴); in Kurpfalz bereitete sich die Reformation zum Calvinismus vor, mit welcher die letzte Aussicht auf Concordirung in Deutschland verloren ging. Das deutsche Lutherthum aber verhielt sich, wie wir sahen, um so schroffer ablehnend nach dem Ausland hin, je weniger in Deutschland selbst eine Vereinbarung erzielt werden konnte, und die Vertreter einer milderen Richtung blieben bei der neuesten Entwicklung in verschwindender Minderzahl. Das war um so schlimmer, als bei der jetzigen Lage Frankreichs die engherzige theologische Abschliessung kurzweg hätte unterdrückt werden müssen: denn schon standen die Sachen dort so, dass eine entschlossene Intervention mit Waffenhilfe Noth that.

Eine solche für die Stunde der Noth vorzubereiten, waren die Anträge berechnet gewesen, die Landgraf Philipp in Bruchsal eingebracht: aber auch diese hatte man sämmtlich abgelehnt. Leider fehlen uns directe Aufzeichnungen über die Discussionen, die dabei geführt wurden, und wir können nur aus wenigen Andeutungen, die uns anderweit begegnen, sowie aus dem allgemeinen Verhalten der mithandelnden Personen Rückschlüsse auf jene Erörterungen versuchen.

Kurfürst Friedrich war bei der finanziellen Nothlage, die er von seinem Vorgänger überkommen, wenig in der Lage, so grosse Geldopfer zu bringen, wie sie die vorgeschlagene Conföderation erforderte. Dazu kam eine nicht geringe Furcht, durch Bündnisse unter

den deutschen Protestanten und gar Unterstützung der Ausländer die katholischen Stände Deutschlands zum Bruch des Religionsfriedens zu provociren⁸⁵). Friedrich besass nicht, wie der Landgraf, den Muth, einen baldigen Ausbruch des Krieges in Deutschland zu riskiren, um dem Protestantismus die internationale Machtstellung zu wahren, deren er doch bedurfte, wenn jene Besorgnisse vor einer grossen katholischen Reaction, denen auch er sehr zugänglich war, sich nicht als Einbildungen erwiesen. Endlich aber erfüllte ihn ganz jene Stimmung duldenden und abwartenden Gottvertrauens, die in der Geschichte des deutschen Protestantismus eine so verhängnissvolle Rolle spielt, jene Stimmung, welche jede Sorge für Selbsterhaltung, die nach riskanten und verantwortlichen Mitteln greift, als einen Frevel gegen die göttliche Vorsehung erscheinen lässt; er billigte wohl treues Zusammenhalten und bewaffneten Widerstand in der äussersten Noth, nicht aber die Vorsorge durch Bündnisse; selbst in seiner eigenen Sache meinte er solche nicht schliessen zu dürfen, obwohl er fürchtete, die Katholiken möchten vielleicht ihr Spiel mit ihm beginnen⁸⁶). Als nebensächliches Motiv mag man hinzunehmen, dass er neuerdings doch wohl in Hinsicht auf eine oder mehrere offenbar tendenziös erfundene Kriegsnachrichten den umgehenden Zeitungen kritischer gegenübertrat und die Lage augenblicklich nicht mehr für so dringlich hielt⁸⁷).

Herzog Christoph andrerseits, der Vertheidigungsbündnisse auch in Sachen, welche man dem Walten der Vorsehung meinte anvertrauen zu müssen, für erlaubt und menschlicherweise geboten hielt, stimmte mit Landgraf Philipp, soweit der Plan desselben die innere, deutsche Politik betraf, gewiss wie immer überein; den Ausländern die Hand zu bieten, trug er stets Bedenken. Wie es scheint, scheute er sich in einer Verbindung, welche nie die Gunst des Kaisers erhalten würde, ja seinen Tendenzen zuwiderlief und zu kriegerischen Verwicklungen mit ihm führen konnte, weiter zu gehen, als der Drang des Augenblicks unmittelbar zu erfordern schien. Wenn er den Bündnissantrag des Königs von Navarra im Februar unter anderem auch mit dem Argument abwies, die deutschen Fürsten würden ohne Erlaubniss des Kaisers ein solches Bündniss nicht eingehen⁸⁸), so spricht er hierin hauptsächlich wohl nur seine eigne Stellung zu der Frage aus. Es mag dabei die Rücksicht auf die besondern Verpflichtungen maassgebend gewesen sein, welche Christoph bei dem Ausgleich in seinem Process um das Herzogthum Württemberg Ferdinand und dem Haus Oesterreich gegenüber eingegangen war⁸⁹); doch auch die Furcht

wird ihre Rolle gespielt haben⁹⁰). Ferner fasste Christoph die französischen Verhältnisse ganz anders auf als der Landgraf. Während dieser in den Guise's und ihrem Anhang die Kriegspartei, die Revolutionäre Frankreichs erblickte, stand der Herzog unter dem Eindruck jener Zaberner Verhandlungen, in denen es den Intriganten gelungen war, ihm evangelische Gesinnungen und loyalste Friedfertigkeit vorzuspiegeln: er konnte, da er den Guise's traute, den Ausbruch des Krieges in Frankreich von der katholischen Seite her wenigstens für die nächste Zeit nicht erwarten. Ferner, während Philipp das Bekenntniss der Hugenotten billigte und die reformatorische Bewegung in Frankreich in einem idealen Licht erblickte, empfand Christoph nicht nur nach wie vor die heftigste Antipathie gegen jene Lehre: er traute auch einer Partei, welche der verhassten Sacramentirerei huldigte, revolutionäre Absichten zu, welche mit Religion und Reformation Nichts zu thun hätten⁹¹); auch dies war zum Theil Frucht jener unglückseligen Zaberner Conferenz. Einer solchen Richtung zum Siege zu verhelfen, war er nicht gesonnen; eine Partei für lutherische Reformation aber, wie er sie von den Guise's erwartete, war noch nicht geschaffen; wem also hätte er sich verbünden sollen? Die für Landgraf Philipp sehr maassgebende Rücksicht, dass nur durch materielle Unterstützung Navarra und Andere, die der Reformation geneigt schienen, bei der Sache zu halten sein würden, existirte für ihn nicht: er gab sich der Illusion hin, dass auch ohne Hilfe Navarra den Protestantismus nicht preisgeben werde⁹²). So führte jenes blinde pflichtmässige Gottvertrauen, das in der Bündnissfrage seinen Blick nicht trübte, in andern Dingen ihn völlig irre.

Pfalzgraf Wolfgang stimmte betreffs des deutschen Bündnisses mit Christoph und Philipp überein; da seine Länder zum Theil nach Westen hin sehr exponirt waren und er überdies mit Trier und Nassau schlechte Nachbarschaft hatte⁹³), lässt sich annehmen, dass er auch diesmal nicht abgeneigt war. Wie er über Bündnisse mit dem Ausland dachte, wissen wir nicht, doch ist darauf hinzuweisen, dass er mit Herzog Christoph dessen Widerwillen gegen das calvinische Bekenntniss theilte und fast immer, wie es scheint, auf die Autorität des Herzogs hin, übereinstimmend mit demselben handelte. — Völlig ununterrichtet sind wir über Karl von Baden.

Nach alledem kann man sich den Inhalt der Bruchsaler Erörterungen etwa so denken, dass Herzog Christoph und Pfalzgraf Wolfgang zu dem deutschen Bündniss wohl geneigt waren, dagegen wenigstens der Herzog, vielleicht auf dessen Autorität hin auch der

Pfalzgraf, die Allianz mit dem Ausland verwarf, Kurfürst Friedrich endlich sich gegen jede Schutzverbindung erklärte. Gegen die Verständigung mit England im Besonderen wurde — wenn wir eine Andeutung aus späterer Zeit richtig verstehen — von einem der versammelten Fürsten, vermuthlich Kurfürst Friedrich, auf Grund irriger Nachrichten geltend gemacht, dass die Königin von England in religiösen Dingen indolent sei, und in ihrem Reich noch mehr Katholicismus und kirchliche Anarchie als Reformation und Evangelium herrsche⁹⁴). Das Ende war, dass man Landgraf Philipp anzeigte, der vorgeschlagene freundliche und hilfreiche Verstand sei auf gelegенere Zeit verschoben worden⁹⁵); der Landgraf bedauerte das höchlichst; er meinte, die Zeit werde noch kommen, wo man das Versäumniss bereuen werde⁹⁶).

Trotz dieses Ausgangs nun finden wir ein halbes Jahr später den uns bekannten südwestlichen Fürstenkreis: Philipp, Friedrich, Christoph, Wolfgang und Karl, mit Johann Friedrich von Sachsen-Weimar verbunden zu einer Art von Schutzeinigung, hergestellt durch allgemeine gegenseitige, wie es scheint, durchweg nur mündlich eingegangene Verpflichtung zur Hilfe gegen jeglichen Angriff aus Grund der Religion, ohne schriftliche Urkunde, Bundesverfassung, Statuten, Kasse oder bestimmte Veranschlagung der Leistungen, rein auf gegenseitiges Vertrauen begründet. Kurfürst Friedrich, der Gegner formeller Bündnisse, rühmt diese Verbindung, ihre Zuverlässigkeit und Macht, ihre Vorzüge vor verfassungsmässig ausgestalteten Bündnissen, sehr hoch: der Königin von England, welche ein formelles Bündniss mit den deutschen Fürsten zu schliessen verlangt, bietet er statt dessen Eintritt in diese ungeschriebene Liga und die Führerschaft derselben an⁹⁷). Nun ist in der Correspondenz unserer Fürsten, soviel davon bekannt, die Begründung und das Bestehen einer solchen Einigung nirgends auch nur mit einem Wort erwähnt oder angedeutet; die Furcht vor der Oeffentlichkeit hat offenbar die Fürsten bestimmt, alles persönlich oder durch Botschaft ohne schriftlichen Auftrag abzumachen, oder, was etwa in dieser Angelegenheit geschrieben worden, nachmals zu vernichten. Wir verlieren damit fast allen Anhalt, festzustellen, wann die Begründung sich vollzogen hat. Jener südwestdeutsche Fürstenkreis stand, wie wir wissen, seit Langem durch Nachbarschaft, gemeinsame Interessen, die aus der Lage der Länder hervorgingen, Aehnlichkeit der kirchlichen Bestrebungen in besonders engem Verhältniss; seit dem frankfurtischen Recess wird namentlich zwischen Philipp, den beiden Pfälzern und Christoph

über alle wichtigen Dinge eifrig correspondirt, und diese Fürsten suchen trotz vieler Abweichungen in ihrer Politik nach Möglichkeit doch stets Hand in Hand vorzugehen. In diesem Kreis könnte ein solcher Verband seit Langem bestanden haben oder doch vor dem Jahr 1562 allmählich herangewachsen sein; auch Landgraf Philipps Anträge auf ein Bündniss lassen sich mit seinem Bestehen allenfalls vereinigen, da sie über den Inhalt eines solchen Einverständnisses hinausgehen und eine ganz andere Grundlage fordern. Johann Friedrich stand mit Philipp durch die Vergangenheit der hessischen und ernestinischen Familie in einem traditionellen, durch seine erste Ehe in einem Schwägerschaftsverhältniss, mit Kurfürst Friedrich in dauernder Familienverbindung und einer trotz religiöser Gegensätze und Reibungen noch engen Freundschaft: schon hieraus würde sich, ohne dass man eine einzelne Veranlassung aufsucht, sein Anschluss an jenen Kreis erklären. Immerhin wird man, wenn es sich darum handelt, den Ursprung des Verbandes aufzudecken, das Augenmerk zunächst auf grössere Versammlungen der Fürsten, so den naumburgischen Fürstentag, vornehmlich aber die Conferenz zu Bruchsal und etwa noch die Zusammenkünfte, welche Ende Juni und Anfang Juli des Jahres stattfanden⁹⁸), zu richten haben: bei der ängstlichen Heimlichkeit, mit welcher die Sache betrieben wurde, und der Fremdartigkeit, welche diese Form von Verbindung mindestens Anfangs haben musste, lässt sich die Gründung ohne ausgiebige mündliche Erörterungen nicht wohl denken. Die höhere Wahrscheinlichkeit würde dann immer noch für jene Conferenzen im Jahr 1562 sprechen; der ungewöhnliche Gedanke einer Vereinigung, welche als festgeschlossenes Bündniss gelten und dennoch in keiner Weise schriftlich beurkundet werden sollte, lässt vermuthen, dass bei seiner Entstehung gleichmässig höchstes Bedürfniss nach Schutz und Sicherung und höchste Scheu vor provokatorischem Auftreten gegenüber den katholischen Ständen thätig waren; im Verein mit jener schon erwähnten Voraussetzung treffen diese letztern namentlich auf das Jahr 1562 zu.

Den Wünschen Landgraf Philipps konnte eine solche Vereinbarung nicht genügen; ihr fehlte namentlich jene Anziehungskraft, welche ein Bund nach Art des schmalkaldischen auf Alle, die sich bedroht fühlten, hätte ausüben müssen; zudem war es eine paradoxe Behauptung, dass sie verlässlicher sei als eine urkundlich geschlossene Liga. Viel Kraft und einheitliches Handeln hat sie jedenfalls nicht entwickelt. So steht sie in bedauerlicher Schwäche und Unthätigkeit den französischen Ereignissen gegenüber.

Anders hätte es kommen können, wären Landgraf Philipps Vorschläge zu Bruchsal angenommen worden. Ueberhaupt hätte ihre Annahme gerade in jenem Moment sehr folgenreich werden müssen. Die Königin von England und ihr Rathgeber Cecil erwogen schon damals ernstlich die Vortheile einer Conföderation mit den Deutschen und trugen sich mit der Absicht, eine solche anzuregen. Dieselbe kam nicht zur Ausführung, doch hätte ein Entgegenkommen der deutschen Fürsten jedenfalls günstige Aufnahme gefunden⁹⁹). In dem Verhältniss des deutschen Protestantismus zu Frankreich war schon Viel verdorben, doch war damals noch Zeit, mit günstigen Aussichten und, wie es scheint, ohne ernste Gefahr für den deutschen Protestantismus dort einzugreifen.

Die französischen Dinge hatten sich etwa folgendermaassen entwickelt. Während gegen Ende des Jahres 1561 in der protestantischen Partei, deren Selbstvertrauen und Ansprüche mit der Seelenzahl sehr gewachsen waren, eine grosse Neigung zur bewaffneten Selbsthilfe sich geltend machte, gelang es nach dem Toleranzedict den Leitern der reformirten Geistlichkeit, indem sie all' ihren Einfluss aufboten, die Hugenotten zur Ruhe und zum Gehorsam gegen das Edict zu bestimmen, obwohl die Beschränkungen, die dasselbe ihnen auferlegte, noch sehr beschwerlich waren. Nunmehr war es die spanische und guisische Politik, welche den Krieg dennoch zum Ausbruch brachte: jene, indem sie den Katholiken Muth zum Handeln gab, diese, indem sie entschlossen zum Angriff vorging. Spanien opponirte heftig gegen den Januaredict und verlangte energisch die Entfernung der Brüder Chatillon (Coligny), welche nach wie vor neben Monluc, dem Fürsprecher der Transaction zwischen den Religionsparteien, in höchster Gunst am Hof standen. Katharina wies diese Anmuthungen entschieden zurück; sie wollte sich der Stütze der protestantischen Führer nicht entblößen, zumal da die Vorberathungen zum Januaredict auch den Connetable Montmorency und den Marschall St. André, neben den Guise's die Haupt-Führer des Katholicismus, an den Hof zurück geführt hatten. Sie drängte das widerspenstige Pariser Parlament mit aller Energie zur Registrirung des Januaredicts; andererseits gerieth sie allmählich in gespanntes Verhältniss mit Navarra, der Alles that, um Spanien zu gefallen, die Registrirung des Edicts schwächlich, wohl nur zum Schein, betrieb und mit dem spanischen Gesandten zusammen auf die Verbannung der Chatillons vom Hof drang, obwohl man ihn mit leeren Versprechungen hinhielt. Der Admiral und sein Bruder Franz, der

General-Colonel der französischen Infanterie, reisten endlich ab, wohl damit Katharina einen Vorwand erhielt, sich auch der Häupter des Katholicismus zu entledigen. Die Königin befahl darauf St. André, Montmorency und dem Herzog von Guise, die man um ihrer Vereinigung zum Kampf gegen den Protestantismus willen das „Triumvirat“ genannt hat, sich in ihre Gouvernements zu begeben; aber Jene blieben und Guise — wir sahen, wie er die Zeit seiner Abwesenheit vom Hof benützt hatte — setzte trotz des Befehls den schon begonnenen Zug von Elsass-Zabern nach Paris fort; daselbst hatten die Häupter des Katholicismus verabredet Mitte März zusammenzutreffen. Auf dieser Fahrt geschah jene Blutthat zu Vassy, die man als das Manifest zum Religionskrieg betrachten darf. Hierauf vereinigte Guise sich auf seinem Schloss Nanteuil mit Montmorency, St. André und andern katholischen Grossen, die ihm entgegengeeilt waren, und zog zweitausend Rosse an sich: in solcher Begleitung hielt das Triumvirat am sechzehnten März einen triumphierenden Einzug in Paris, enthusiastisch empfangen von der katholischen Bevölkerung. Anton von Navarra, der schon wieder täglich zur Messe ging, überbrachte ihm noch von der Königin den Befehl, die Waffen niederzulegen; mit offenem Spott wurde derselbe zurückgewiesen. Von da an blieb Navarra bei den Häuptern der katholischen Partei und schloss sich in Allem ihnen an.

Die Königin harrete mit Angst und Bangen auf ihrem Landsitz zu Monceaux des Ausgangs dieser Ereignisse. Hätte Rambouillet, der Anfang März von den deutschen Fürsten zurückkehrte, günstige Nachrichten mitgebracht, so wäre sie vielleicht zu einem schnellen Entschluss gelangt; sie erhielt aber durch Jenen nur das Versprechen von wir wissen nicht welchem oder welchen deutschen Fürsten, im Fall eines Kriegs für den Protestantismus sie in Deutschland ungehindert Truppen werben zu lassen, soviel sie bezahlen könne¹⁰⁰), und sie war finanziell völlig leistungsunfähig. Dennoch trug sie sich ein Zeitlang mit dem Gedanken, sich und den König dem Triumvirat durch Flucht nach Orleans zu entziehen; Condé, der in der Nähe Truppen sammelte, hätte ihren Rückzug decken können: aber endlich siegte die Furcht: sie kam nicht weiter als bis nach Fontainebleau, wo sie unschlüssig und zaudernd blieb. Sie correspondirte zwar mit Condé, empfahl in Briefen ihm sich und ihren Sohn, und ermächtigte ihn, da er rüstete, zu verschiedenen Malen, unter Waffen zu bleiben: sich der Partei in die Arme zu werfen, wagte sie nicht.

Inzwischen versäumten die Hugenotten die Zeit zum Handeln

aus Scheu vor Schritten, welche ein revolutionäres Aussehen tragen und ihre Sache vor der Welt in's Unrecht setzen konnten. Zur Zeit, als die Triumvirn sich Paris näherten, sandten sie einen Edelmann, Ludwig von Bar, zu den deutschen Fürsten, mit deren Hilfe sie die Königin für ihre Partei zu bestimmen hofften; als die Führerschaft der Katholiken in Paris eingezogen war, wich Condé, der bis dahin mit einigen Hundert Bewaffneten den Gottesdienst der Pariser Protestanten beschirmt hatte, um einen Zusammenstoss zu vermeiden, mit seinen Leuten aus der Stadt nach Meaux; dort strömte der protestantische Adel der benachbarten Provinzen zusammen; auch der Admiral Coligny brach nach schweren Kämpfen endlich mit seinem Bruder Franz von Schloss Chatillon auf und stiess zu Condé; man hätte die Königin und den König durch einen Handstreich nach Orleans entführen können, aber man drängte sie nicht einmal zur Abreise, sondern fragte in Allem nur nach ihrer Willensentschliessung, während sie in ihrer Furcht entscheidungsunfähig war. So kamen denn die Triumvirn und Navarra den Hugenotten zuvor; sie entführten den König mit Zwang nach Vincennes; Katharina, deren Widerstandskraft gebrochen war, folgte ihrem Sohn nach. Nun war sie aus der Leitung L'Hospitals in die der Triumvirn übergegangen, obwohl sie Jenen nicht entliess und seinem Rath folgte, soweit dies in ihrer jetzigen Lage noch möglich war.

Als die Hugenotten erfuhren, dass König und Königin in der Gewalt der Triumvirn seien, zogen sie sich nach Orleans zurück, welches sie mit Hilfe der protestantischen Einwohner leicht einnahmen, und nun waren in Frankreich zwei Heerlager, ein katholisches zu Paris, ein protestantisches zu Orleans, und zwischen beiden herrschte erklärter Kriegszustand. Die Königin bot den Rest von Einfluss, der ihr blieb, auf, um Unterhandlungen zu veranlassen; die Triumvirn gingen darauf ein, namentlich um Zeit zu gewinnen und Condé, dessen Autorität auf der andern Seite ihrer Sache grossen Abbruch that, zu sich herüberzuziehen; er wurde aufgefordert, die Waffen niederzulegen und zur Verständigung an den Hof zu kommen; als er aber die Gegenforderung stellte, zuerst möge das Triumvirat, welches den König und dessen Mutter widerrechtlich gefangen halte, sich vom Hof zurückzuziehen, entsandte man von dort aus den Obersten Fröhlich in die Schweiz, Wilhelm von Rogendorf nach Deutschland, um Truppen anzuwerben.

Inzwischen hatte in Deutschland die Conferenz von Bruchsal getagt und sich aufgelöst; darauf war Ludwig von Bar mit der Bot-

schaft der Hugenotten angekommen. Sein Auftrag lautete: die Fürsten möchten die Königin-Mutter durch eine Gesandtschaft drängen, sich der hugenottischen Partei anzuvertrauen, und sie hierzu durch ein Hilfsversprechen ermuthigen¹⁰¹). Wären die Freunde Landgraf Philipps zu Bruchsal auf seine Gedanken eingegangen, so hätte die nächste Folge sein müssen, dass auch das Gesuch Bars bewilligt wurde. Nun gestalteten freilich die Dinge in Frankreich sich in reissender Eile so, dass kaum ein directer Bote von der Conferenz noch rechtzeitig gekommen wäre, um der französischen Regierung die Allianz anzubieten; viel weniger hätte Bar noch mit dem Hilfsversprechen der Fürsten bei der Königin Statt finden können; nach allem Ermessen aber hätte eine schnelle Conföderation mit der Partei des Prinzen Condé oder doch eine schleunige Unterstützung derselben erfolgen müssen; denn wie sich bald ergab, gewann die hugenottische Waffenerhebung schnell nicht nur die allgemeinen Sympathien, sondern auch das Rechtsgefühl jenes Fürstenkreises für sich, ausgenommen den einzigen Christoph von Württemberg, der dem einstimmigen Gutachten seiner Freunde gegenüber doch nicht selbstständig genug war, sich abzusondern; nur Scheu vor Ausgaben und Furcht anzustossen, überhaupt die Zaghaftigkeit und unverbesserliche Saumseligkeit ihrer von nebensächlichen Rücksichten geleiteten Politik war es dann noch, welche die Fürsten nicht zu schnellem Eingreifen kommen liess; einmal zu Bruchsal überwunden, hätten diese Schwächen auch fernerhin ihre Action nicht so lange aufhalten können. Zudem hätte die Annahme der Entwürfe Landgraf Philipps vermuthlich ein gemeinsames Vorgehen mit England herbeigeführt; dies hätte den Fürsten ihren Entschluss erleichtert und eine desto wirksamere Intervention im Beginn des Krieges, wo Alles noch günstig für die Hugenotten lag, ermöglicht, statt dass nun die französischen Protestanten mit Engländern und Deutschen getrennt unterhandeln mussten um nach unendlicher Verzögerung, als der Krieg sie schon zu vernichten drohte, Unterstützungen zu erhalten, die jetzt eine rasche glückliche Entscheidung nicht mehr herbeiführen konnten.

Landgraf Philipps Pläne waren verworfen worden und über Bars Anbringen begann man eine schleppende fruchtlose Correspondenz. Der Gesandte richtete seinen Auftrag etwa am 25. März bei Kurfürst Friedrich aus. Sein Bericht vom Abfall des Königs von Navarra und den Absichten, die der Abtrünnige nunmehr gemeinsam mit den Guise's verfolge, stellte die Lage des Protestantismus in Frankreich hilfsbedürftig genug dar; auch meinte der Kurfürst, es

sei ohne Zweifel: was heute an den armen Christen in Frankreich, das werde morgen an den deutschen Protestanten sein; dennoch führte er aus: mit der Intercessionsgesandtschaft an die alte Königin und dem Hilfsanerbieten sei dort wenig zu helfen; die Königin wolle ja Christum nicht bekennen, sie sei denn zuvor menschlicher Hilfe versichert; das sei ein schlechtes Bekenntniss und darauf könne man nicht bauen. Unter solchen Auseinandersetzungen empfahl er den Boten dem Herzog Christoph¹⁰¹). Dieser stimmte ihm bei. Immerhin waren Beide bereit, an einer Gesandtschaft zur Ermahnung der Königin theilzunehmen, doch wohl mehr, um nicht den Vorwurf der Gleichgültigkeit auf sich zu laden, als aus rechter Lust zum Werke; denn sie beschlossen, sich vorerst durch Schreiben an Navarra und die Königin über die Gesinnung derselben zu unterrichten und genauere Nachrichten über die Lage in Frankreich einzuziehen¹⁰²). Das Alles war dem Sinn des Landgrafen, den der Bote nach Christoph aufsuchte, wenig gemäss. Er richtete, da die Allianz mit Frankreich gescheitert, nunmehr seinen Blick auf das Ziel, seine Freunde wenigstens zur Unterstützung der Evangelischen in Frankreich zu bewegen. Allein durfte er dieselbe freilich nicht wagen. Er antwortete daher Bar: er sei nicht nur mit der verlangten Gesandtschaft zufrieden, sondern, sollte die Königin vom Papst und dessen Anhang überzogen werden, so wolle er sie auch mit ziemlicher Hilfe nicht verlassen, vorausgesetzt, dass Pfalz und Württemberg theilnähmen. Mit diesen wollte er noch, da der Gesandtschaftsauftrag an alle Drei laute, eine gemeinsame Antwort verabreden¹⁰³). Sogleich forderte er auch Friedrich und Christoph auf, sich zur Sendung nach Frankreich zu verständigen und einen Ort für die Zusammenkunft der Abgeordneten zu bestimmen. Seiner Meinung nach, schrieb er, sei es Pflicht, die Gesandtschaft zu schicken, denn sonst dürften die Säumigen vor Gott für den Abfall Frankreichs von der wahren Religion verantwortlich werden. Ja, es wäre auch gut, die Königin und die Herren in Frankreich zu vertrösten, man werde sie dem Papst und dessen Anhang gegenüber nicht ohne Hilfe lassen: wohl sei Der im Glauben schlecht gegründet, der allein auf Menschenhilfe baue; aber von dem Vorwurf mangelhaften Gottvertrauens sei wohl Niemand frei; darum sei der Starke verpflichtet, den Schwachen nicht fallen zu lassen, sondern ihn zu tragen, ihm beizustehen, ihn zu fördern auf jede Art¹⁰⁴). Das war der Weg, auf dem man vormals den König von Navarra hätte halten können; jetzt galt es — nach der Kenntniss, die man damals in Deutschland vom Stand der Dinge hatte — das

Grössere: man musste die Regentin selbst bestimmen, sich ganz der protestantischen Partei zuzuwenden und von dieser die Erhaltung des Friedens und der königlichen Macht zu erwarten. Statt dessen verdarben Jene die Zeit mit Erkundigungen, bevor sie sich auch nur zu einer thatlosen Gesandtschaft entschliessen mochten¹⁰⁵). Auf den Vorschlag des Landgrafen, Hilfe anzubieten, antwortete der Kurfürst ausweichend, Herzog Christoph brachte Gegenbedenken vor¹⁰⁶). Mitten in diese Correspondenz fiel die Nachricht hinein, dass es zu spät für Ermahnungen und Trostwerte sei. Am 19. April empfing Kurfürst Friedrich Bericht, dass Condé mit seinem Anhang Orleans eingenommen, und dass er gewaltig rüste. Er schrieb darauf an Landgraf Philipp: nunmehr möchte es wohl nicht mehr Zeit sein für die Gesandtschaft, welche Bar vorgeschlagen: jetzt wäre eher nöthig, zwischen den Parteien zu vermitteln, um Frieden zu stiften¹⁰⁷). Am selben Tag langte zu Giessen bei Landgraf Philipp ein hessischer Hauptmann an, der am 13. April zu Paris aufgesessen und in der kurzen Zeit heimgeritten war; er brachte ausführliche Mittheilungen: wie Guise mit bewaffnetem Volk in Paris eingezogen und Condé die Stadt verlassen, wie dieser sich mit Coligny vereinigt und die Hugenotten die Städte Orleans und Bourges eingenommen, wie die ersten Verhandlungen gescheitert und darauf vom Hof aus Rogendorf und Fröhlich zum Werben ausgesandt worden¹⁰⁸).

Noch am selben Tage liess Philipp diesen Bericht an Kursachsen, Kurpfalz und Württemberg abgehen; er theilte mit, dass er seinen Unterthanen verboten, sich für die Papisten anwerben zu lassen: überhaupt halte er für gut, dem papistischen Theil den Zuzug möglichst zu wehren; Pfalz und Württemberg forderte er dabei auf, einige ihrer geschicktesten Räthe nach Frankreich zu entsenden, um dort einen Frieden zu vermitteln, der Condé, dem Admiral und seinen Genossen wieder zu Gnaden beim Könige verhelpe und den Vernichtungskrieg vom Evangelium abwende; denn, schrieb er, dieser Tumult könnte Frankreichs Verderben werden, und siegten die Papisten, so möchten sie nachmals wohl versuchen, es in Deutschland ebenso zu machen. Er erbot sich auch seinerseits an der Gesandtschaft theilzunehmen¹⁰⁹). Darauf lud Kurfürst Friedrich den Landgrafen, Herzog Christoph und Markgraf Karl ein, Räthe zur Besprechung der nöthigen Schritte auf den 30. April nach Gelnhausen zu schicken. Pfalzgraf Wolfgang, welcher der Kürze des Termins halber keine Aufforderung mehr erhalten konnte, wurde von dem Vorgehen der Fürsten benachrichtigt¹¹⁰).

Karl von Baden unterliess, wir wissen nicht aus welchem Grund, den Tag zu beschicken. Herzog Christoph meinte, die Waffenerhebung Condés sehe sehr nach einem politischen Aufruhr aus und der König von Frankreich möchte wohl den Versuch, Frieden zu vermitteln, als unbefugte Einmischung in sein Regiment, als Unterstützung einer sträflichen Rebellion ansehen; nur widerwillig fügte er sich dem Gutachten Friedrichs und ordnete seine Rätthe ab. Dieselben wurden instruiert, seine Bedenken geltend zu machen, doch war ihnen erlaubt, sich der Meinung der Andern anzuschliessen, wenn die Gesandtschaft dennoch beliebt würde¹¹¹). Zu Gelnhausen nun beantragte der hessische Kanzler Reinhardt Scheffer eine stattliche Gesandtschaft an den König von Frankreich und Die, welche dort im Regiment seien, sowie an Condé, den Admiral und ihren Anhang, um beiderseits gütliche Vermittelung anzubieten; bevor sie abgehe, sollte man brieflich um freies Geleit einkommen¹¹²). Da nun die pfälzischen Rätthe mit den hessischen übereinstimmten, wurde die Sendung beschlossen; man entwarf Schreiben an den König von Frankreich, die Königin-Mutter, Navarra und Condé; ein pfälzischer Unterthan, Hans Engelhard von Schönberg, sollte mit denselben an den französischen Hof eilen und das freie Geleit erbitten¹¹³). Nachmals traten Wolfgang von Zweibrücken und Karl von Baden dem Unternehmen bei¹¹⁴).

Neben der Gesandtschaft liess Philipp durch Scheffer beantragen, dass den Katholiken jeder Zuzug aus den Ländern der zu Gelnhausen vertretenen Fürsten versagt würde. Damit beabsichtigte er schwerlich, dass auch den Hugenotten Werbungen abgeschlagen werden sollten; beauftragte er doch Scheffer zugleich, im Fall die Andern Neigung zeigten, die Hugenotten mit Geld oder Kriegsvolk zu unterstützen, des Landgrafen Bereitwilligkeit zur Theilnahme zu erklären¹¹⁵). Christoph und Friedrich hatten aber in ihren Landen bereits Mandate ausgehen lassen, welche den Unterthanen allen und jeden fremden Kriegsdienst verboten¹¹⁶); zu Gelnhausen entwarf man dann — der hessische Rath wurde vermuthlich überstimmt oder nahm überhaupt nicht Theil — ein entsprechendes Mandat für alle drei verhandelnden Fürsten; die pfälzischen und württembergischen Rätthe ersuchten Landgraf Philipp brieflich, den Kurfürsten von Sachsen zum Anschluss aufzufordern und zu veranlassen, dass er es weiter an Dänemark, Brandenburg, Mecklenburg, Lüneburg, Pommern und Holstein unter gleicher Einladung befördere. Der Landgraf konnte nichts Anderes thun, als es anzunehmen und

weiter zu senden¹¹⁷). Die Unterstützung der Hugenotten kam unter solchen Umständen zu Gelnhausen vermuthlich gar nicht zur Sprache.

Noch bevor die Fürsten die Berichte ihrer Räthe von den Gelnhäuser Verhandlungen empfangen, begannen Botschafter und Manifeste von beiden Kriegsparteien aus Frankreich einzutreffen.

Der französische Hof hatte, nachdem man Condé zum ersten Mal vergeblich zur Niederlegung der Waffen aufgefordert, einen königlichen Erlass publicirt, der die Gefangenschaft des Königs und seiner Mutter in Abrede stellte, das Januaredict bestätigte, als habe Niemand daran gedacht, ihm seine Geltung zu nehmen, zugleich aber für Paris und seine Bannmeile dasselbe aufhob. Unterdessen schloss Condé mit dem gesammten protestantischen Adel, der zu Orleans versammelt war, eine Association zur Erhaltung der Ruhe des Reichs, der Würde und Freiheit des Königs unter der Regentschaft seiner Mutter, der Königin; die Bundesurkunde ernannte Condé als gebornen Rath des Königs und Beschützer der Krone zum Haupt des ganzen Unternehmens. Auf die erneuten Friedenserbietungen des Hofes hin verlangte Condé nach wie vor die Entfernung des Triumvirats, zudem uneingeschränkte Geltung des Januaredicts. Zur Begründung wurde darauf hingewiesen, dass den Friedenserbietungen der Triumvirn nicht zu trauen sei. Dass man sich hierin nicht täuschte, bewies eine Bittschrift, welche jene am 4. Mai dem König und seiner Mutter präsentirten; sie verlangten vollkommenen Widerruf des Januaredicts und Verbot jedes nicht katholischen Kultus im Reich; um diesen Preis erklärten sie sich bereit, sich bis ans Ende der Welt zurückzuziehen. Die Königin suchte diese Bittschrift geheim zu halten; sie kam dennoch in die Hände Condé's. Um so weniger konnte er nun auf die Forderung der Entwaffnung eingehen: dennoch, und obwohl manche Stimmen, so namentlich der Admiral, zum Losschlagen drängten, liess er sich noch geraume Zeit mit Unterhandlungen hinhalten. Unterdessen zogen die Gegner Truppen aus dem Ausland herbei; aus beiden Lagern aber ergingen öffentliche Erklärungen, Schreiben an die Behörden in Frankreich und die auswärtigen Mächte, in denen beide Parteien ihr Recht darzuthun suchten. Von hugenottischer Seite führte man aus, dass die Guise's beabsichtigten, die Aufhebung des Januaredicts von Paris über ganz Frankreich auszudehnen, durch Verfolgung aller Widerstrebenden die protestantische Adelspartei und Diejenigen vom dritten Stand, welche ihrer Machtstellung im Wege seien, zu beseitigen und so, gestützt auf den Clerus und die katholischen Massen, die herrschende

Stellung wiederzugewinnen, welche sie zur Zeit König Franz des Zweiten besessen, die Gewalt der Krone illusorisch zu machen. Man wies dabei mit Geschick und gutem Grund auf die Vorgeschichte des Bürgerkrieges hin und betonte vor Allem, dass König und Königin sich völlig unter dem Zwang des Triumvirats befänden, mithin die offiziellen Actenstücke des Hofes ohne jede Beweiskraft wären. In diesen letzteren wiederum wurde die Gefangenschaft der Majestäten in Abrede gestellt, die Waffenerhebung der Hugenotten als Rebellion dargestellt, nur dass man die Person Condés, den man zu gewinnen wünschte, möglichst schonte. Mit Schriftstücken solcher Art kamen die Agenten beider Parteien, um Unterstützung für ihre Sache zu gewinnen, nun auch zu den protestantischen Fürsten Deutschlands.

Im hugenottischen Lager waren, da die Gegner im Ausland zu werben begannen, von Anfang an viele Stimmen dafür gewesen, eine schleunige Truppenunterstützung von den deutschen Fürsten zu erbitten. Coligny, der erklärte, lieber sterben zu wollen, als zuerst fremde Truppen ins Reich zu bringen, setzte einen andern Beschluss durch: man begnügte sich vorerst mit dem Versuch, die feindlichen Werbungen in Deutschland und der Schweiz durch Appell an die evangelischen Fürsten und Eidgenossen zu vereiteln. Nach Deutschland fertigte Condé innerhalb weniger Tage zwei Botschafter ab: vor dem 20. April, wie es scheint, Jean Deschelles, genannt Ocques, nach diesem Termin Herrn von Vezines. Ihr Auftrag war der gleiche: sie sollten den protestantischen Fürsten Condé's erstes Manifest (vom 8. April) überbringen und bitten: die Fürsten möchten die Werbungen ihrer Gegner im Reich verhindern und, im Fall die Hugenotten dessen benöthigt würden, ihnen mit einem Darlehn behilflich sein. Zugleich oder kurz nacheinander passirten Beide den pfälzischen Hof; von dort reiste Ocques nach Hessen, Vezines nach Württemberg¹¹⁸).

Kurfürst Friedrich schenkte den Darstellungen Vezines' vollständig Glauben, gab aber auf seine Werbung keine Antwort, weil das Resultat der Rätheconferenz zu Gelnhausen noch nicht bekannt sei¹¹⁹). Herzog Christoph deutete in seiner Antwort und einem Schreiben an Condé unter der Form einer Mahnung zum reinen Eifer für das Wort Gottes an, wie sehr ihm die Erhebung der Hugenotten politischer Motive verdächtig war; im Uebrigen verwies er den Gesandten darauf, dass man ein vermittelndes Einschreiten des Kaisers vermuthen dürfe — er hatte soeben versucht, denselben zur Uebernahme der Vermittelung zu bewegen¹²⁰) — und dass er

selbst mit den benachbarten Fürsten sich der Unterhandlung anzunehmen gedenke¹²¹).

Die günstigste Antwort — wahrscheinlich eine Verheissung, die über das Erbetene hinausging — erhielt jedenfalls Ocques beim Landgrafen; sie ist nicht erhalten, doch schreibt Hotoman, dass sie bei Ocques' Rückkehr im Lager zu Orleans allgemeine Freude erregte¹²²). Wie der Landgraf die französischen Vorgänge auffasste, ersieht man aus einem Schreiben, dass er nach Ocques' Anwesenheit an Kurfürst August richtete, um auch Diesen, der nach seiner Art den Ereignissen jenseits des Rheins sehr indolent gegenüberstand¹²³), für die Sache der Hugenotten zu erwärmen. »Nun wollen wir«, schreibt er, »E. L. zu Gemüth geführt haben, weil der Prinz von Condé, der Admiral und Etliche ihrer Partei von königlichem Geblüte ebensowohl als der Gegentheil, und von Rechts, Billigkeit und der Krone Frankreich Gebrauch und Herkommen nach im Regiment, und da es an dem, dass der König und die Königin-Mutter bestrickt sein sollten; zudem die Mandate, deren man sich in Religionssachen verglichen, hinterhalten, die nit ausgangen, noch gestattet werden wollen, dass es nachmals beschehe: so haben E. L. als ein christlicher verständiger Churfürst zu gedenken, dass Dem von Conde und seiner Partei zu dem Vornehmen nicht geringe Ursach gegeben; ist auch fast der Historien gleich, da Licinius und Constantinus vor Zeiten in ebenmässigem Regiment waren, und Licinius die Christen und die Religion zu verfolgen unterstand, dass Constantinus dadurch verursacht, wider ihn zu ziehen: wie dann auch ermelter Constantinus den Licinius endlich darüber zu todt schlug«¹²⁴). Auf August von Sachsen machten freilich solche Ausführungen keinen Eindruck¹²⁵).

Gleich auf die ersten Boten der Hugenotten folgten Agenten des Hofes. Courtelary, ein Dolmetscher des Königs von Frankreich, kam in Heidelberg und Tübingen mit Beglaubigungen vom König, der Königin-Mutter, Guise und dem Connetable um Pass für die Werbungen der Katholiken ein. Er sollte die Erzählung von der Gefangenschaft des Königs und der Königin-Mutter Lügen strafen, die Waffenerhebung Condés als Rebellion darstellen und brachte Briefe entsprechenden Inhalts vom König und der Königin-Mutter mit; aber man gab ihm an beiden Höfen zu verstehen, dass man die hugenottische Darstellung glaubwürdiger finde, und verweigerte den begehrten Pass¹²⁶). Etwa um dieselbe Zeit brachte der Rheingraf Johann Philipp beim Landgrafen ein Gesuch um Erlaubniss von Werbungen für die Katholiken an und wurde abschlägig beschieden¹²⁷);

aber während Diese unverrichteter Sache abziehen mussten, erlangte der Oberst Rogendorf im Stift Trier die Erlaubniss, 1200 Hakenschützen anzuwerben; der Erzbischof von Trier selbst zeigte dies Kurfürst Friedrich an¹²⁸⁾ und liess den Werbungen, obwohl Friedrich ihn dringend warnte, freien Lauf¹²⁹⁾. Bald darauf begannen dieselben auch im Land Jülich¹³⁰⁾, in den Stiften Paderborn und Köln, im Eichsfeld und in der Wetterau¹³¹⁾.

Das Gelingen der Werbungen nun drohte den noch schwebenden Vermittlungsplan der Fürsten zu vereiteln: es war vorauszusehen, dass die Triumvirn, einmal im Besitz reichlicher Truppen, die Verhandlungen abbrechen würden, während es nach Courtelary's Andeutungen schien, als möge man die Vermittelung wohl annehmen, falls der Zuzug ausbleibe¹³²⁾. Um dies zu bewirken, schlug nun der Landgraf ein energisches Mittel vor: Christoph, Friedrich und er selbst sollten je hundert Reiter am Rhein streifen lassen, um die Zuziehenden anzuhalten und zurückzuschicken¹³³⁾. Seinem Wunsche wurde nicht entsprochen, wohl weil der Kurfürst, an den er seinen Vorschlag richtete, zu ängstlich war und die Kosten scheute¹³⁴⁾. Friedrich seinerseits suchte die Werbungen zu hintertreiben, indem er einen kurrheinischen Kreistag auf den 25. Mai nach Bingen berief und dort ein Mandat nach Art des zu Gelnhausen verabredeten beantragen liess; aber die Gesandten der geistlichen Kurfürsten gaben an, nicht genügend instruiert zu sein, und verlangten für eine Willenserklärung ihrer Herrn einen Aufschub von vierzehn Tagen¹³⁵⁾. Wie es scheint, gaben die geistlichen Kurfürsten auch nach Ablauf dieser Frist keinen Bescheid, oder sie weigerten sich, auf den pfälzischen Vorschlag einzugehen; jedenfalls nahmen die Werbungen der französischen Katholiken ihren Fortgang.

Landgraf Philipp, scheint es, hatte richtig vorausgesehen, dass der Zuzug aus Deutschland für jene Partei nicht völlig zu verhindern sein würde, denn von Anfang an, während man noch die vermittelnde Intervention vorbereitete und Maassregeln gegen die katholischen Werbungen erwog, hatte er zugleich auf eine positive Unterstützung der Hugenotten gedrungen, damit die andere Partei nicht die Uebermacht erhielte. Wir sahen, welchen Auftrag er bereits dem Kanzler Scheffer auf den Tag zu Gelnhausen mitgab¹³⁶⁾; als nachmals Kurfürst Friedrich ihm mittheilte, die Pfaffen gestatteten den Papisten Werbungen, und successive mehr und mehr Nachrichten von der Ausdehnung derselben in den Landen am Rhein eintrafen, beantragte er in einer ganzen Reihe von Schreiben an Friedrich und Christoph,

dass man auch Condé veranlasse, in Deutschland zu werben; alsdann erbot er sich, selbst Rittmeister zur Werbung zu stellen und Sold vorzuschüssen. Erhielten die Gegner deutsches Kriegsvolk, schrieb er, so würden die Condischen sich vor grossem Schaden nur wahren können, wenn sie auch deutsche Truppen hätten; sollten sie aber unterliegen, so möchte wohl »die Kugel weiter laufen«. Endlich (am 28. Mai) richtete er an Friedrich und Christoph die Aufforderung, mit ihm zusammen 2100 Reiter für die Hugenotten werben zu lassen, dieselben zu besolden, bis sie in Frankreich wären, und die Evangelischen daselbst zu benachrichtigen, damit sie die Hilfstruppen zu rechter Zeit mit Geld und Bestallung in Empfang nehmen liessen. Er wies hierbei darauf hin, dass das Concil zu Trient die Entwicklung des Krieges in Frankreich aufmerksam beobachte, und sprach die Befürchtung aus, es möge sich durch Erfolge der französischen Katholiken ermuthigt fühlen, desto härtere Beschlüsse gegen die Protestanten zu fassen und die weltlichen Mächte zur Execution derselben aufzurufen. Am selben Tage liess er dem Herrn von Vezines, der sich jetzt zu Strassburg aufhielt (nur Ocques war nach Frankreich zurückgekehrt), den Erfolg der guisischen Werbungen melden und dazu anzeigen: er, der Landgraf, wünsche, dass Condé deutsche Reiter erhalte; es würde sich empfehlen, Jemand mit Bestallung und Geld herauszuschicken, um dieselben anzunehmen¹³⁷).

Wie man sieht, baute der Landgraf darauf, dass der Lauf der Ereignisse seine zögernden Freunde zwingen werde, die vorhandene Nothwendigkeit, der sie jetzt noch auf alle Weise zu entrinnen suchten, anzuerkennen und die Unterstützung zu beschliessen, trotz ihrer Aengstlichkeit und Scheu vor Ausgaben, Friedrich trotz seiner Abneigung gegen bewaffneten Widerstand in Religionssachen, Christoph trotz seines Widerwillens gegen den Calvinismus und seines Misstrauens in die Absichten der Hugenotten. Der Erfolg gab ihm Recht, doch erst nach geraumer Zeit: vor der Hand erzielte er nur Ablehnungen¹³⁸).

Etwa mit der letzterwähnten Aufforderung Philipps oder noch vorher traf bei Friedrich schon der erste hugenottische Agent ein, der, was der Landgraf den Hugenotten anbieten wollte, bittweise im Namen der Partei begehrte. Bei dem Fortschritt der katholischen Werbungen hatten die anfänglichen Bedenken gegen Annahme fremder Truppen weichen müssen; man hoffte zwar noch den Zuzug des feindlichen Volks zu vereiteln, machte sich aber mit dem Gedanken vertraut, im Nothfall selbst Truppen von auswärts zu holen. Man

wandte sich wiederum an die deutschen Fürsten. Als Bote wurde zu denselben der Burggraf Baron Christoph von Dohna, ein Deutscher, geschickt; am 19. Mai empfing er zu Orleans seine Instruction. Er sollte die Fürsten unter Ueberreichung von actenmässigen Belegen überzeugen, dass Condé und die Seinigen unmöglich die Waffen niederlegen könnten, bevor das Triumvirat die Majestäten aus seinem Zwang entlassen habe; die Bitte der Hugenotten aber ging dahin, der Verstärkung ihrer Gegner den Weg zu verlegen oder die geistlichen Protectoren der guisischen Werbungen von der Begünstigung derselben abzubringen, im Fall aber dies unmöglich sei, auch den Hugenotten zu deutschen Truppen zu verhelfen; den Sold für dieselben ersuchte man die Fürsten auf einige Monate vorzustrecken; Condé und die übrigen Parteihäupter verpflichteten sich persönlich für die Rückerstattung¹³⁹).

Als Dohna ankam, war der Versuch, den Zuzug für die Katholiken zu hindern, soeben auf dem Kreistag zu Bingen gescheitert¹⁴⁰), es war daher der Vermittlungsplan der deutschen Fürsten bereits ein hoffnungsloses Unternehmen, namentlich, da die Vorbereitung durch die Saumseligkeit Christophs und Friedrichs sehr verschleppt worden: Hans Engelhard von Schönberg langte mit dem Vermittlungsanerbieten und dem Gesuch um Geleit am französischen Hof noch etwas später an, als Dohna in Deutschland¹⁴¹), und in den nächstfolgenden Wochen erst versammelte das für die Gesandtschaft bestimmte Personal sich in Strassburg, um dort den Bescheid des französischen Hofes zu erwarten¹⁴²). Unter diesen Umständen kamen Friedrich und Christoph überein: könne man auch Condé nicht unterstützen, so dürfe man doch, wenn er selbst für sich in ihrem Lande werben wolle, ihm stillschweigend den Pass für das Volk gestatten; denn, meinte Christoph, was den geistlichen Kurfürsten recht, das müsse ihnen billig sein¹⁴³). Dagegen lehnten Beide die erwähnten Anträge des Landgrafen ab¹⁴⁴) und verweigerten die Hilfe, um welche Dohna bat. Ihr Hauptargument war, dass man sich mit den deutschen und auswärtigen Katholiken durch eine solche Hilfsleistung verfeinden würde; Friedrich machte ausserdem geltend, dass man ja noch in einem Vermittlungsversuch begriffen sei¹⁴⁵). Immerhin waren sie nun doch schon von den Mandaten abgegangen, welche ihren Unterthanen auch den protestantischen Kriegsdienst verboten.

Von Kurfürst Friedrich reiste Dohna zum Landgrafen. Dieser erbot sich sogleich, wenn Württemberg und Kurpfalz sich bewegen liessen, das Gleiche zu thun, Condé und den Seinigen 20,000 Thaler

zur Truppenwerbung vorzustrecken, und theilte dies sofort Kurfürst Friedrich mit¹⁴⁶); doch liess er es dabei nicht bewenden; er gab Dohna Gelegenheit, sich mit einigen Leuten vom Kriegshandwerk zu bereden, und erlaubte, oder was wahrscheinlicher ist, veranlasste, dass man eine Bestallung entwarf; Dohna sollte mit derselben nach Frankreich reisen und sie von den Führern ratificiren lassen; alsdann sollten Diese Jemand mit unterschriebener und besiegelter Bestallung und dem nöthigen Gelde, oder, für den Fall, dass bei den Fürsten ein Darlehn zu Stande käme, den nöthigen Cautionen für Wiedererstattung desselben, ins Reich schicken, um die Truppen anzunehmen und nach Frankreich zu führen. Mit diesem Bescheid reiste Dohna ab und die Bestellungen oder doch die Vorbereitungen dazu nahmen, damit man, wenn Bestallung und Geld da wäre, nicht unnütz Zeit mit der Werbung verbringen müsste, unter der Connivenz oder thätigen Mitwirkung des Landgrafen alsbald ihren Anfang. Sie wurden von zwei hessischen Hauptleuten: Johann von Ratzenberg, der vom Landgrafen oft in wichtigen Geschäften gebraucht wurde, und Heinrich von Schachten, geleitet¹⁴⁷).

Unterdessen sahen die Hugenotten sich längst gezwungen, den Vorangegangenen weitere Boten nachzusenden. Als Anfang April sich die beiden feindlichen Lager gebildet, standen, während man zwischen Paris und Orleans unterhandelte, in den Provinzen allenthalben Protestanten und Katholiken gegeneinander auf. In einer grossen Anzahl von Städten über ganz Frankreich hin bewaffneten die Protestanten sich für ihren Glauben und proclamirten die Freiheit ihres Cultus; es entspann sich ein local zersplitterter Krieg, namentlich im Süden, der sich vornehmlich um die Einnahme und Behauptung der Plätze drehte. Dabei nun hatten die Protestanten im Lauf des Mai schon eine Reihe von Verlusten zu verzeichnen; sie mussten ferner sehen, wie die Gegner sich stärkten: schon Anfang Mai hatte die Königin-Mutter eine von König Philipp ihr angebotene Truppenunterstützung angenommen; das Eintreffen dieser Macht, sowie der Schweizer, welche Fröhlich, und der Deutschen, welche Rogendorf geworben, wurde in Kürze erwartet; auch erfuhren die Hugenotten, dass der Papst den Gegnern eine namhafte Geldunterstützung zugesagt und mit der Zahlung schon begonnen habe¹⁴⁸). Dagegen erhielten sie selbst aus Deutschland noch keine günstigen Nachrichten. Sie liessen nun Boten auf Boten abgehen. Innerhalb zehn Tagen nach der Abreise Dohna's entsandten sie zuerst wiederum Ludwig von Bar, dann einen Deutschen, Konrad von Schomberg,

dann Dr. Hotoman¹⁴⁹). Bars Mission ist nicht ganz klar, und seine Verrichtung bei den Fürsten lässt sich grösstentheils nicht verfolgen¹⁵⁰). Schomberg und Hotoman waren beauftragt, um baldige Unterstützung mit Fussvolk und Reitern und Soldvorschuss für dieselben auf drei Monat zu bitten, da drüben baares Geld nicht verfügbar und das etwa vorhandene nicht wohl über die Grenze zu bringen sei; die Führer der Partei erboten sich zu jeglicher Caution für die Rückerstattung. Davon, dass man dem Zuzug für die Katholiken den Weg verlegen solle, war nicht mehr die Rede¹⁵¹). Schomberg reiste mit diesem Auftrag an die Höfe von Kurpfalz, Württemberg und Hessen; Hotoman, der ihm auf dem Fuss folgte, blieb in Strassburg und wandte sich mündlich an die Gesandten der Fürsten, welche sich jetzt dort versammelten, um das Geleit zu erwarten, und brieflich an deren Herren¹⁵²).

Seine Berichte nun stellten die Lage in Frankreich endlich bedenklich genug dar, um die zögernden Fürsten aufzurütteln. Hotoman erzählte nicht nur von den Verstärkungen der Gegner, sondern auch: Parlament und Sorbonne hätten sich verständigt, dass Niemand König sein dürfe, der von der römischen Kirche abfalle, und: die Pariser fingen schon öffentlich an zu sagen, ihr rechter König sei der Herzog von Guise¹⁵³).

Jetzt erst begannen die Bedenklichkeiten der deutschen Fürsten von den Erwägungen der praktischen Nothwendigkeit verdrängt zu werden.

Nur Einer, Pfalzgraf Wolfgang, verdient vielleicht noch das Lob einer grösseren Entschlossenheit. Von seinem Verhalten bis zu dieser Zeit wissen wir Nichts; jetzt aber erklärte er sich bereit, an einer Werbung für die Hugonotten theilzunehmen, und vielleicht wurde dieser Entschluss noch vor dem Eintreffen der Berichte Schombergs und Hotomans gefasst¹⁵⁴).

Ihm zunächst stand an Neigung zum Handeln Kurfürst Friedrich; doch kämpfte derselbe noch mit seiner Furcht vor Verwickelungen. Auf Schombergs Werbung hin wünschte er immer noch — der richtige Weg, um die Sache fruchtlos in's Unendliche zu verschleppen — die Angelegenheit vor alle Fürsten der augsburgischen Confession zu bringen; mit seinen nächsten politischen Freunden allein den Schritt zu thun, schien ihm zu gefährlich.¹⁵⁵) Bald darauf — vermuthlich hatte er inzwischen Hotomans Bericht empfangen — meinte er doch schon: Die hohe Nothdurft erfordere nunmehr, zu bedenken, wie den armen Christen in Frankreich zu

helfen und dem Wetter, das künftig Alle miteinander treffen könnte, zu steuern sei¹⁵⁶). Sein Schwiegersohn, Johann Friedrich von Sachsen, hatte ihn zu einer Besprechung in Gelnhausen eingeladen;¹⁵⁷) er sagte dieselbe zu und schrieb dem Landgrafen, dass er von Gelnhausen zu Jenem nach Hessen kommen wolle, um die nothwendigen Schritte zu berathen¹⁵⁸). Dann trafen von Hotoman und Vezines aus Strassburg weitere Nachrichten ein. Dieselben drängten zur Eile und machten Hoffnung, dass die Fürsten nicht in die eigene Tasche würden greifen brauchen: sie wollten eine Anleihe bei Städten aufbringen; die Fürsten sollten dafür nur Bürgschaft leisten. Die Vermittlungsgesandtschaft baten sie als vollkommen aussichtslos zu unterlassen. Nunmehr erbot Friedrich sich endlich bei Wolfgang, Christoph und Philipp, die Bürgschaft für einen Theil der geforderten Summe zu übernehmen, falls Jene sich betheiligten. Zugleich theilte er dem Landgrafen mit, dass baares Geld ihm nicht zur Verfügung stehe¹⁵⁹).

Am schwersten entschloss sich Herzog Christoph. Noch nach dem Ausbruch des Krieges in Frankreich hatte derselbe an die Schuld der Guise's nicht glauben können. Er hoffte immer noch, sie würden sich zu rechtfertigen vermögen, hielt seinen Traum von der lutherischen Reformation Frankreichs fest¹⁶⁰) und hegte den Argwohn gegen die Calvinisten weiter, den Jene ihm zu Zabern eingeflösst¹⁶¹). Die Vertheidigung der Hugenotten in Briefen und Manifesten schien ihm Anfangs wohl schon aus dem Grunde verdächtig, dass er die Guise's auf der andern Seite sah. Zwar machte die Art und Weise ihn stutzig, wie Guise in seinen Briefen den Hugenotten die Schuld an dem Blutbad zu Vassy nicht allein, sondern an dem ganzen Kriege zuschob, und doch neigte er dazu, ihm zu glauben! Noch Anfang Juni meinte er den Plan zu einem Religionsgespräch, wie ihn die Guise's ihm zu Zabern vorgelegt, nicht aufgeben zu sollen. Als dann im Fortschritt der Ereignisse namentlich die Bittschrift der Triumvirn vom 4. Mai ihn überzeugte, dass man auf dieser Seite wirklich die Unterdrückung des Calvinismus beabsichtige¹⁶⁰), was er bisher den Guise's ihrer Zaberner Versprechungen halber nicht zugetraut, konnte er doch aus Widerwillen gegen die kirchliche Richtung der Hugenotten nicht das Vertrauen gewinnen, dass es Condé und den Seinigen aufrichtig nur um die Vertheidigung der Religion zu thun sei¹⁶¹). Doch weder dieser Verdacht noch die Abweichungen des Calvinismus von der augsburgischen Confession, so lange sie als Argumente gegen die Unter-

stützung der Hugenotten hatten dienen müssen, waren im entscheidenden Augenblick, als es sich darum handelte, ob man die Hugenotten retten oder preisgeben solle, noch maassgebend. Schon indem er Jenen freie Werbung und Pass in seinem Lande bewilligte, waren ja diese Motive ausser Geltung gesetzt. Dagegen blieb die Scheu vor Geldopfern und namentlich vor Verfeindung mit den deutschen und auswärtigen Katholiken bestehen, und lag ihm nach wie vor die Abweichung der Hugenotten vom deutschen Bekenntniss im Kopf, nicht mehr als Gewissensgrund gegen ihre Unterstützung, wohl aber weil sie diesen Schritt verantwortlicher und bedenklicher für den deutschen Religionsfrieden machte¹⁶²). Selbstständig hätte er sich daher wohl nie zur Hilfe entschlossen, die Politik seiner Freunde aber zog ihn schliesslich mit fort; als Wolfgang und Friedrich ihm mittheilten, dass sie es nun doch an der Zeit hielten, etwas für die Hugenotten zu thun, hatte er wieder viele Bedenken, mochte sich aber von denjenigen Freunden, mit denen er sonst Hand in Hand zu gehen pflegte, nicht absondern. Er hatte mit Wolfgang eine Zusammenkunft in Privatangelegenheiten zu Strassburg verabredet¹⁶³), die etwa zur selben Zeit stattfinden sollte, als Friedrich mit dem Landgrafen in Hessen zusammentreffen wollte. Noch vor dieser Conferenz stellte er dem Pfalzgrafen dringend seine Gründe gegen die Unterstützung vor, versprach aber, sich von den andern Fürsten nicht zu trennen, wenn diese dennoch dazu entschlossen wären¹⁶⁴). Zugleich drängte er noch den Kurfürsten Friedrich, gelegentlich seiner Reise nach Hessen für eine Zusammenkunft evangelischer Fürsten zu wirken, auf der man die französischen Dinge berathen könne¹⁶⁵).

Zu der Strassburger Conferenz wurde vermuthlich nachträglich Markgraf Karl von Baden eingeladen; am 25. Juni traf derselbe mit Wolfgang und Christoph in Strassburg zusammen; ausserdem war, wie es scheint, von wegen des Kurfürsten von Pfalz Graf Valentin von Erbach anwesend. Die drei Fürsten beschlossen „sämmtlich und neben Kurpfalz und Hessen“ die Bürgschaft für 100000 Gulden Anleihe zu übernehmen, dergestalt, dass die Hugenotten das Geld bei der Stadt Basel aufbrächten und die Fürsten sich dafür verschrieben¹⁶⁶).

Unterdessen war Schomberg auch nach Hessen gekommen¹⁶⁷). Man verwies ihn dort betreffs der Antwort jedenfalls auf das Resultat der bevorstehenden Conferenz zwischen Landgraf Philipp und Friedrich von Pfalz. Der Letztere kam, wie erwähnt, auf dem Wege nach

Hessen erst zu Gelnhausen mit Johann Friedrich zusammen; er conferirte mit demselben jedenfalls über die französischen Angelegenheiten; doch wurde Johann Friedrich dort noch nicht bestimmt, etwas für die Hugenotten zu thun¹⁶⁸). Darauf trafen der Kurfürst und Landgraf sich zu Marburg. Schomberg war noch anwesend; Vezines kam gleichfalls herbei und brachte vielleicht bereits Nachricht von den Verabredungen zu Strassburg mit¹⁶⁹). Der Landgraf beabsichtigte ursprünglich wohl, auf dieser Berathung eine öffentliche Unterstützung der Hugenotten durchzusetzen¹⁷⁰); da aber die Fürsten zu Strassburg eine solche nicht beliebt, und Kurfürst Friedrich jedenfalls ebensowenig dazu geneigt war, blieb man bei der Bürgschaft stehen. Das Ende der Berathungen war, dass die Fürsten Vezines und Schomberg durch den kurfürstlichen Marschall anzeigen liessen, öffentliche Hilfe zu leisten sei ihnen bedenklich, weil die Vermittlung noch im Werk und die gütliche Unterhandlung noch nicht abgeschlagen sei; doch billigten sie es, dass Condé in Deutschland Reiter und Knechte werben liesse, und wollten daher bei Basel oder Strassburg sich für 100000 Gulden, welche die Hugenotten aufnehmen sollten, verbürgen. Condé sollte die Bestallung, welche Dohna mitgenommen, ausfertigen und ausschicken, Dohna das Geld bei Basel oder Strassburg aufbringen¹⁷¹). Diesen Vereinbarungen gemäss wurde ein neues Abkommen zwischen Schomberg, Vezines und den hessischen Obristen aufgesetzt, welche seit Dohna's Anwesenheit in Hessen die Truppenwerbung vorbereiteten¹⁷²).

In denselben Tagen kam Johann Friedrich mit Philipps Sohn Landgraf Wilhelm in Eisenach zusammen; dort wurden neben andern Geschäften auch die französischen Angelegenheiten besprochen und der Herzog verpflichtete sich, falls andere Kurfürsten und Fürsten auch etwas thäten, den Hugenotten 20000 Gulden vorzustrecken.¹⁷³) Man sieht, wie die confessionellen Engherzigkeiten im Augenblick der Noth vor dem Gedanken der Solidarität aller Protestanten zurücktreten müssen: Johann Friedrich, der strengste Vertreter des herrschsüchtigen Lutherthums, der sonst alle Gemeinschaft mit den Calvinisten weit von sich weist, mag ebendieselben doch nicht dem Schwert des Katholicismus verfallen lassen.

Gleich nach dem Abschluss der Verhandlungen zu Strassburg, Marburg und Eisenach kehrte Hans Engelhard von Schönberg aus Frankreich zurück und brachte den Bescheid, dass Condé mit den Seinigen die Vermittlung acceptirt, der französische Hof dagegen sie abgelehnt habe¹⁷⁴). Damit war eine Rücksicht gefallen, die bisher

die Fürsten im Handeln gelähmt oder doch als Vorwand für ihre Unthätigkeit hatte dienen müssen. Ebenso war auch Herzog Christophs Hoffnung, den Kaiser die Vermittlung übernehmen zu sehen, enttäuscht worden¹⁷⁵). Nichtsdestoweniger erhoben sich, als man vor die Ausführung des Beschlossenen gestellt wurde, neue Schwierigkeiten.

Kurfürst Friedrich griff sofort nach dem ersten Mittel, welches sich bot, der eingegangenen Verpflichtung wieder ledig zu werden. Der Abmarsch der Truppen Rogendorfs war durch eine Meuterei verzögert worden; Friedrich meinte, man könne dieselbe mit verhältnissmässig geringem Aufwand (den er seiner erschöpften Kassen halber den Landgrafen zu tragen bat) schüren und so den Haufen zur Desertion bringen; ohne Rücksicht zu nehmen auf die anderweitigen Hilfstruppen und die Geldunterstützungen, welche die französischen Katholiken empfangen, meinte er, in diesem Fall werde Condé des deutschen Zuzugs entrathen können und man werde der Bürgschaft überhoben sein. Der Landgraf war ganz einverstanden mit dem Plan, jene Truppen zu zersprengen, wünschte aber darum die Unterstützung Condés nicht aufzugeben, insonderheit, da die Vermittlung der deutschen Fürsten vom französischen Hof abgelehnt worden; auch wollte er die Kosten nicht allein tragen¹⁷⁶). Ob nun der Gedanke weiter verfolgt wurde, wissen wir nicht; doch scheint es mit diesem Plan der Fürsten zusammenzuhängen, dass Ende Juli, als die Rogendorf'schen Truppen zur katholischen Armee stiessen, fast ein Viertel der 1200 Mann zu Condé nach Orleans überging, um nicht gegen den Protestantismus zu kämpfen¹⁷⁷).

Im Juli kamen auch nach Deutschland Nachrichten, dass die Parteien in Frankreich Friede gemacht; wie es scheint, wurden dieselben von der katholischen Partei in Umlauf gesetzt, um die Hilfsleistung der deutschen Fürsten ins Stocken zu bringen¹⁷⁸). Zum Mindesten werden sie den Erfolg gehabt haben, dass die Letzteren, da sie sich bereits gefreut, der lästigen Verbindlichkeit los zu werden, sich nachmals um so schwerer wiederum zur Hilfe entschlossen, zumal da nunmehr doch die Forderung an sie herantrat, die eigenen Mittel anzugreifen.

Die fruchtlosen Verhandlungen der französischen Parteien hatten sich mit einer persönlichen Zusammenkunft zwischen Katharina und den Häuptern der Hugenotten zu Beaugenci, in den letzten Tagen des Juni, endlich völlig zerschlagen. An eine Fortsetzung war, besonders da nunmehr die Hilfstruppen der Katholiken wirklich — nach

langen Verzögerungen — in Anmarsch kamen, nicht mehr zu denken. Zugleich nahm der Krieg eine für die Hugenotten ungünstige Wendung. Gleich nach dem Abbruch der Verhandlungen erfolgten die ersten Waffenthaten der Armeen. Condé erstürmte das Städtchen Beaugenci, welches Navarra für die Tage jener Zusammenkunft in Depot erhalten hatte und nunmehr sich weigerte herauszugeben. Der Erfolg aber war unheilvoll. Bis dahin hatten die Geistlichen im protestantischen Lager eine musterhafte Ordnung von religiös-andächtigen Gepräge erhalten; mit der Erstürmung von Beaugenci ging dieselbe verloren und das protestantische Heer verfiel zur grossen Entmuthigung der Führer in die gewöhnliche Zügellosigkeit damaliger Truppen. Ausserdem aber begann, da man sah, wie die Königin fortfuhr, die Protestanten zu desavouiren, ein grosser Theil der protestantischen Adeligen zu Orleans seine Parteinahme auf dieser Seite zu bereuen; andere wollten heim zu ihren Familien, Schlössern und Herrschaften in den Provinzen, welche vielfach gefährdet waren; wieder andere flohen vor einer in Orleans wüthenden Epidemie, so dass die Anzahl sehr zusammenschmolz. Indessen waren aus Deutschland für die Hugenotten ausser den Versprechungen des Landgrafen noch keine günstigen Nachrichten gekommen; die Uebereinkunft mit Schomberg und Vezines wurde erst in diesen Tagen getroffen. Man konnte namentlich angesichts der heranziehenden Verstärkungen der Feinde nicht hoffen, das Feld der Hauptmacht gegenüber zu halten, und beschloss daher, das Heer in die Provinzen zu vertheilen, um den Krieg im Kleinen aufrecht zu erhalten, bis Verstärkung angekommen wäre. Nach England wurde damals Herr von Briquemault, nach Deutschland der Bruder des Admirals, Franz von Coligny, genannt Andelot oder d'Andelot¹⁷⁹), entsandt. Der Auftrag desselben zeigt recht deutlich die Bedrängniss der Partei. Er hatte allgemeine Vollmacht, mit den Kurfürsten, Fürsten, Städten, überhaupt Personen jeglichen Standes im Reich, bis zu jeder Höhe und auf jede Bedingung und Garantieforderung hin, Anleiheverträge abzuschliessen, welche die Aussteller der Vollmacht binden und sie sammt ihren Erben mit ihren Gütern und Personen für die dereinstige Rückzahlung haftbar machen sollten¹⁸⁰). Im Besonderen bat er, da sich bis zu seiner Ankunft in Deutschland ergeben hatte, dass die Anleihe, für welche die Fürsten hatten Bürge werden wollen, schwerlich aufzubringen sei, um eine Truppenhilfe von sechs Fähnlein Knechten und zwei bis dreitausend Reitern¹⁸¹). Er fand die Fürsten, ausgenommen Landgraf Philipp, wenig geneigt, seine Bitte zu erfüllen.

Bei Kurfürst Friedrich traf im Lauf weniger Tage zuerst die Nachricht ein, dass die Friedensverhandlungen in Frankreich endgültig gescheitert seien; dann ein Brief Hotomans, welcher meldete, dass man nicht hoffen könne, die Anleihe aufzubringen, und bat, die Fürsten möchten das Geld selbst vorstrecken, dann Andelot mit seiner Bitte um Unterstützung. Friedrich erbot sich auf Hotomans Schreiben hin nur, beim Landgrafen und Herzog Christoph, falls Diese das ganze Darlehn vorstrecken wollten, für seinen Theil Bürgschaft zu leisten¹⁸²); dagegen schlug er, wie es scheint, Andelots Bitte um offene Unterstützung sofort ab, und beauftragte den Gesandten, die Regelung der Sache auf dem Weg, zu welchem er sich soeben erboten, beim Landgrafen zu betreiben, welchen Andelot demnächst aufsuchte¹⁸³).

Noch viel weniger als Friedrich war Herzog Christoph geneigt, Geld oder offene Unterstützung zu gewähren; ein furchtbarer Hagelschlag hatte soeben sein Land heimgesucht und schwer geschädigt¹⁸⁴); ausserdem meinte er zu wissen, dass eine offene Unterstützung der Hugenotten den Krieg über die Helfer heraufbeschwören werde; er griff darum nach allen Mitteln, um der Nothwendigkeit der Hilfsleistung auszuweichen. Er wollte, und meinte, dass man diesmal Erfolg haben werde, abermals die Vermittelung der deutschen Fürsten in Frankreich anbieten; merkwürdigerweise erklärten diesmal Sachsen und Brandenburg sich damit einverstanden: es ist offenbar, auch hier begann die Furcht allmählich einzuwirken. Kurfürst Friedrich dagegen verwarf den völlig aussichtslosen Plan mit vollem Recht. Zu einer Unterstützung der Hugenotten, welche die vordem bewilligte Bürgschaft überschritt, wollte Christoph sich nur verstehen, falls alle Fürsten der augsburgischen Confession oder doch Diejenigen, welche an dem Naumburger Einigungswerk theilgenommen, ein Mehreres bewilligten. Er war dafür, dass diese Fürsten sich persönlich beriethen oder doch Räthe zur Besprechung zusammenschickten. Was konnte ein solcher Vorschlag nützen, da doch die grösste Eile noth that, und da ferner eine so allgemeine Hilfsbewilligung schon am Widerstand des Kurfürsten August hätte scheitern müssen? Zudem war es, da der Frankfurter Wahltag vor der Thür stand, unthunlich, vor demselben noch eine solche Versammlung zu veranstalten; aus diesen Gründen lehnte Kurfürst Friedrich auch den andern Vorschlag ab¹⁸⁵). Der Landgraf war darin mit ihm einer Meinung¹⁸⁶). Im Uebrigen verständigte Friedrich trotz des Anerbietens, welches er Andelot gemacht, während dieser nach Hessen reiste, sich wiederum

mit Christoph, dass es am Besten sein werde, nur eine Bürgschaft für die Franzosen einzugehen!¹⁸⁷⁾

Landgraf Philipp liess Andelot zu Kassel durch Landgraf Wilhelm, den Secretär Simon Bing und den Hofmarschall Friedrich von Rolshausen empfangen und abfertigen, während er selbst, um ungehindert in die Verhandlung eingreifen zu können, sich ganz in der Nähe aufhielt. Die Besprechungen fanden in der Zeit vom 28. bis 31. Juli statt. In Andelots Begleitung oder vor ihm eingetroffen waren Bar, Ocques und ein Herr von Maleville. Andelot kam in der Hoffnung, Philipp werde nach Kurfürst Friedrichs Vorschlag die Hälfte des kurfürstlichen Drittels an dem Darlehn gegen Bürgschaft mit übernehmen; in diesem Fall wollte er sofort nach Kursachsen weiter-eilen; Landgraf Wilhelm und die Mitbeauftragten hingegen waren instruiert, ihm zu eröffnen, dass Philipp zu Bürgschaft, Darlehn oder öffentlicher Hilfe bereit sei, aber nur unter der Bedingung, dass Kurpfalz und Württemberg das Gleiche beitrügen und nicht eher, als bis von diesen Beiden ausdrückliche Zusage angekommen sei. Auch wollte er sich nicht darauf einlassen, einem andern Theilnehmer das Seinige vorzustrecken. Andelot machte dagegen geltend, dass, sollte er erst wieder nach Pfalz und Württemberg reisen, um mit dem Kurfürsten und dem Herzog Alles richtig zu machen, die Verzögerung das grösste Unheil über die Hugenotten bringen könne; er bat, Philipp möge doch wenigstens die Hälfte seines Drittels an dem Darlehn gleich erlegen lassen, damit, während er die Zustimmung jener Fürsten einhole, doch ungesäumt Reiter und Knechte auf den Musterplatz gebracht werden könnten. Landgraf Wilhelm konnte, so leid ihm die Franzosen thaten — denn, schrieb er, sie stellten sich so kläglich an, dass es einen Stein erbarmen konnte, — doch nicht mehr thun, als ihre Bitten dem Vater berichten; indessen hatte er Andelot noch weitere unerfreuliche Mittheilungen zu machen. Ratzenberg und Schachten, welche seit Dohna's Anwesenheit die Reiterwerbung vorbereiteten, hatten gemeldet: da die Reiter nun schon so lange gewartet, da sie für das Warten Nichts erhielten und noch immer kein endlicher Abschied erfolgt, da sie auch nicht gern einen Winterfeldzug machen würden, so könne man sie nun nicht mehr halten, und es sei ungewiss, ob sie nun noch zu haben sein würden. Traf dies nun zu, so wurde eine neue weitläufige Vorbereitung nothwendig. Andelot erschrak über diese Eröffnung so, dass ihm die Thränen in die Augen traten. Fünfhunderttausend Seelen, sagte er, hätten in Frankreich ihre Hoffnung auf

diese Reiter gesetzt; sollten sie nun ausbleiben, so würden Tausende in Zagen, Verzweiflung und Abfall getrieben werden. Da trotz alledem Landgraf Wilhelm ihm nicht Hoffnung machen konnte, dass sein Vater nachgeben würde, so bat er schliesslich flehentlich um eine Unterredung mit demselben.

Landgraf Philipp empfing sofort brieflich Bericht über diese Verhandlungen¹⁸⁸). Er blieb unerbittlich. Ohne bestimmte Zusage von Pfalz und Württemberg wollte er keinen Pfennig hergeben. Wie hätte er dies auch wagen können? Sollte er riskiren, dass die katholischen Stände ihn wirklich für die Unterstützung der Hugenotten zur Rechenschaft zögen und er dann ganz allein die Verantwortung trüge, zumal da man ihm vermuthlich Bruch des Religionsfriedens Schuld geben würde? Auch hielt er an der Bedingung fest, dass alle helfenden Fürsten ihren Theil selbst vorstrecken müssten; er stand so gut wie Andere in der Besorgniss, dass man ihn um der Hilfe willen mit den Waffen heimsuchen könne, und musste daher sehen, während er die Hugenotten unterstützte, doch sich selbst möglichst wenig seiner Vertheidigungsmittel zu entblößen¹⁸⁹); endlich war es ihm jedenfalls nicht nur um das Geld zu thun, sondern auch darum, dass alle Theilnehmer sich gleichmässig für das Beginnen verantwortlich machten: aus den Schriftstücken jener Tage geht hervor, dass man die Bürgschaft weit leichter den katholischen Ständen gegenüber vertreten zu können glaubte, als das Darlehn¹⁹⁰). Indessen willigte er, um die Truppenwerbung nicht noch länger aufzuhalten, ein, die Hälfte seines Drittels an der Summe, 16 666 $\frac{2}{3}$ Gulden, sofort vorzustrecken, falls Andelot sich um diesen Preis mit den Obristen einigen könne; doch wünschte er dies Geld wieder zu erhalten, wenn Pfalz und Württemberg nicht zu gewinnen sein sollten. Endlich gestattete er auf den Fall, dass Ratzenberg und Schachten ihre weiteren Dienste versagten, seinem Hofmarschall Rolshausen, der sich als Mitbeauftragter in Cassel befand, selbst die Werbung zu übernehmen, und ein halbes Jahr mit in's Feld zu ziehen. Während Andelot nach Pfalz und Württemberg reiste, sollten zwei seiner Begleiter zum Kurfürsten von Sachsen und Johann Friedrich entsandt werden¹⁹¹).

Auf diesen Bescheid hin verhandelten Landgraf Wilhelm, Bing und Rolshausen abermals mit Schachten und Ratzenberg; da diese versicherten, Nichts mehr thun zu können, verabschiedeten Jene mit Andelot: Rolshausen sollte sich mit Kriegsleuten besprechen, Andelot inzwischen nach Pfalz und Württemberg, seine Begleiter Bar und

Maleville zum Kurfürsten von Sachsen und Johann Friedrich eilen; jene Beiden sollten um Bewilligung des Darlehns von 100 000 Gulden, diese um einen weitem Beitrag oder Bürgschaft für eine andre Anleihe der Hugenotten ersucht werden. Am 15. August sollten Rolshausen und die Führer, welche bereit wären, mit nach Frankreich zu ziehen, sich zu Wildungen einfinden; falls Landgraf Philipp bis dahin bestimmte Zusage von Pfalz und Württemberg erhalten, sollte noch denselben Tag ein Drittel des Darlehns erlegt werden, um damit die Reiter aufzubringen. Andelot sollte sich zum selben Termin gleichfalls zu Wildungen einstellen, um den Anleihevertrag definitiv abzuschliessen¹⁹²).

Da Landgraf Philipp das Uebereinkommen guthiess¹⁹³), schritt man sofort zur Ausführung. Landgraf Wilhelm gab Andelot Schreiben an Friedrich und Christoph mit, in denen ziemlich kategorisch und in etwas beschämendem Ton die Erwartung ausgesprochen ward, die Fürsten würden sich nun endlich mit ihrer Unterschrift bereit erklären, je ein Drittel der Anleihe vorzustrecken. Desgleichen entwarf man Instructionen für Bar und Maleville zur Werbung bei dem Kurfürsten und Herzog von Sachsen und Landgraf Wilhelm gab ihnen dringende Empfehlungsschreiben mit¹⁹⁴). Alsdann trennte man sich.

Wir sahen schon, dass Kurfürst Friedrich sich mit Herzog Christoph, während Andelot in Hessen war, wiederum verständigt hatte: am Besten sei es, nur Bürgschaft zu leisten. Als Andelot zu ihm wiederkehrte, wurde er doch wieder andern Sinnes, zumal da für ihn die Geldnoth sehr bestimmend war und Andelot fälschlich berichtete, der Landgraf habe sich erboten, allein die Hälfte des Darlehns zu tragen: es war dies ein Irrthum, der aus der Sprachunkenntniss der Hugenotten beim Dolmetschen entstanden¹⁹⁵). Demnach hoffte er wohl, Christoph werde die andere Hälfte übernehmen; im Uebrigen wird die energische Aufforderung Landgraf Wilhelms und die Scham über die Rolle, die man bisher in diesem Handel gespielt, das Ihrige dazu gethan haben. Friedrich entsandte also Andelot in Begleitung seines Marschalls nach Württemberg, liess ihm seinen Geldmangel klagen und ihn bitten, die andre Hälfte des Darlehns zu tragen¹⁹⁶). Nun endlich entschloss auch Christoph sich über die Bürgschaft hinauszugehn. Zu Heidenheim, wo Andelot ihn traf, wurde mit demselben im Beisein des kurfürstlichen Marschalls ein Abschied entworfen; derselbe ging zwar von der Annahme aus, dass der Landgraf allein 50 000 Gulden vorstrecken werde, versprach

aber doch, dass dieselbe Summe im Namen von Kurpfalz und Württemberg binnen einigen Wochen zu Zweibrücken erlegt werden solle¹⁹⁷). Dieses Schriftstück wurde nun mit einem Gesamtschreiben des Kurfürsten und Herzogs aus Heidelberg, wo Andelot die Genehmigung Friedrichs eingeholt, mit der Post an den Landgrafen gesandt¹⁹⁸). Andelot traf gegen den 18. August in Wildungen ein, wo Bing und Rolshausen, der eiligst eine Anzahl hessischer Adligen zum Kriegszug nach Frankreich aufgefordert hatte¹⁹⁹), seiner warteten. Er wies eine französische Uebersetzung des heidenheimischen Abschieds vor; man nahm an, dass Philipp die pfälzisch-württembergische Sendung bereits empfangen habe, und als dennoch das Geld ausblieb, bat Rolshausen den Landgrafen in mehreren Briefen dringend um Auszahlung desselben. Die zu Wildungen Versammelten mögen nicht wenig bestürzt gewesen sein, als zur Antwort der Landgraf ihnen mittheilte, dass er noch keinerlei Zusage von Pfalz und Württemberg erhalten, und dem Marschall sowie dem Secretär derb den Kopf wusch, weil sie Geld von ihm verlangten, ohne sich versichert zu haben, dass jene beiden Fürsten auf das Darlehn eingegangen. Noch mehr: der Hugenotte Maleville, der bereits von Johann Friedrich zurückgekehrt, hatte, vermuthlich auf unsichere Nachrichten hin und in unbesonnener Hitze, behauptet, der Postbote, welchem die Briefe zu Heidelberg übergeben worden, sei ein Spion gewesen und habe die Sendung unterschlagen. Diese Aeusserung brachte den Landgrafen auf die Vermuthung, man wolle ihn betrügen: Andelot habe vielleicht bei Pfalz und Württemberg ungünstigen Bescheid erhalten und fingire nun das Gegentheil, um Geld zu erhalten, Reiter anzunehmen und sich aus dem Staub zu machen, ehe der Betrug entdeckt sei. Er liess Andelot einer Art von peinlichem Verhör unterwerfen und ihm eröffnen: er werde kein Geld auszahlen, bevor die pfälzisch-württembergische Einwilligung angekommen, es sei denn, dass Andelot, um ihm Garantie zu geben, sich mittlerweile zur Haft bequeme. Dieser nun in seiner Bedrängniss willigte ein, und so wurde denn der ritterliche Franzose auf einem Zimmer des Schlosses zu Kassel internirt und streng beaufsichtigt; darauf wurden 19 000 Gulden ausgezahlt, mit denen Rolshausen seine Werbung sofort begann; nach Heidelberg wurde ein eilender Courir gesandt, um den Thatbestand zu erfragen und, falls Andelots Aussagen sich bewahrheiteten, auf dem Rückweg nach dem Verbleib der Briefe zu forschen.²⁰⁰) Nun trafen aus Heidelberg sofort Copieen der verlornen Schriftstücke ein²⁰¹) und Andelot wurde

auf freien Fuss gesetzt; dagegen gelang es dem Kurfürsten und Landgrafen trotz eifriger Bemühungen nicht festzustellen, wohin jene Briefe gerathen und ob sie nur verloren gegangen oder veruntreut worden; es liegt übrigens kein besonderer Grund vor, das Letztere anzunehmen, denn es stellte sich heraus, dass der Dienst auf jener Postverbindung sehr unordentlich betrieben wurde, und die Verschleuderung von Briefsendungen nichts Seltenes war.²⁰²⁾

Nach der Fassung des Heidenheimer Abschiedes und des pfälzisch-württembergischen Gesamtschreibens hätte nun Landgraf Philipp auch, nachdem die Actenstücke eingetroffen, noch Bedenken tragen müssen, seine Zahlung zu vervollkommen, erstens, weil ihm mehr zugemuthet wurde als er übernommen, zweitens, weil die Zusage noch immer nicht ganz klar schien; denn die Fürsten erklärten in beiden Stücken, sie wollten das Geld zum Darlehn aufbringen, indem sie in ihrem eigenen Namen eine Anleihe bei Basel, Strassburg oder einer andern Stadt machten, wie vordem die Hugenotten hatten thun sollen; nachmals wollten sie, um der Verantwortlichkeit eines directen Darlehns an die Hugenotten zu entgehen, wiederum die Form einer Bürgschaft einsetzen; auch Landgraf Philipp sollte für Das, was er vorgeschossen, aus dieser Anleihe entschädigt werden, so dass wiederum die Städte eine directe Forderung an die Franzosen erhalten und für Diese die Fürsten sich verbürgt hätten. Dabei blieb, obwohl man versprach, das Geld ganz gewiss bis zum bestimmten Termin auszahlen zu lassen, doch unsicher, ob man dies auch thun wollte, im Fall die Anleihe der Fürsten, wie vordem die der Hugenotten, scheiterte. Doch hatte Herzog Christoph Andelot mündlich versprochen, im Fall der Landgraf auf diese Bestimmungen hin sich weigere, sein Drittel sogleich auszuzahlen, wolle er auf briefliche Benachrichtigung hin das Geld auch bevor die Anleihe aufgebracht sei in seinem und Pfalz' Namen zu Zweibrücken erlegen lassen²⁰³⁾; ausserdem theilte Friedrich bei der Uebersendung der Copieen der verlorenen Schriftstücke mit, dass bereits 30000 Gulden bei Strassburg aufgebracht seien, und versprach den Rest auch flüssig zu machen.²⁰⁴⁾ Der Landgraf konnte demnach wenigstens annehmen, dass man ihn nicht mehr im Stich lassen werde; er vervollständigte seinen Vorschuss bis auf ein Drittel der 100000 Gulden und die Werbungen gingen fort²⁰⁶⁾. Nun gelang es zwar nicht, mehr als jene 30000 Gulden leihweis zu erhalten; die Stadt Basel, bei welcher man um Geld einkam, fand, wie wir hören, den Handel bedenklich, weil sich die Guise's mit gleichem Anliegen an sie gewandt hatten²⁰⁵⁾; doch liessen sich

nach einigem Zögern Pfalzgraf Wolfgang und Karl von Baden bewegen, je 10 000 Gulden zu übernehmen; da nun dem Kurfürsten, Herzog und Landgrafen ausserdem noch jene strassburgische Anleihe zu Gute kam, hatte auch von Diesen endlich Keiner mehr als 16 666 $\frac{2}{3}$ Gulden aus eigener Tasche vorzustrecken. Der Kurfürst blieb diese Summe dem Landgrafen, der bereits das Doppelte hatte auszahlen lassen, ein halbes Jahr lang schuldig²⁰⁶).

Johann Friedrich hielt das zu Eisenach gegebene Versprechen. Er wiederholte zunächst dem Franzosen Maleville, als dieser von Kassel zu ihm kam, dass er den Hugenotten, im Fall die andern Fürsten denselben etwas liehen (was ja damals noch nicht ausgemacht war) seinerseits 20 000 Gulden vorstrecken werde²⁰⁷); als dann das Darlehn wirklich zu Stande kam, zahlte auch er das Versprochene aus²⁰⁸). Dagegen blieb Bars Sendung an August von Sachsen erfolglos. Philipp schickte nachmals den Landgrafen Wilhelm zu dem Kurfürsten, um den Entschluss desselben zu ändern²⁰⁹), es wurde aber auch damit Nichts erreicht²¹⁰). Man kann nur annehmen, dass August das Schicksal der Evangelischen in Frankreich, wenn auch vielleicht mit mehr Sorge, doch noch ebensosehr ohne inneren Antheil betrachtete, als er das Wetter über dem französischen Protestantismus im vorigen Jahr sich hatte zusammenziehen und im letzten Frühjahr ausbrechen sehen.

Literatur-Verzeichniss.

(Die Worte, nach denen citirt wird, sind fett gedruckt.)

Arcana saeculi decimi sexti. Huberti Langueti . . . epistolae secretae ad principem suum etc. ed. Ludwig, Halle 1690.

Cimber et Danjou, **archives curieuses** de l'hist. de France, 2me série, Paris 1840 ff. Bd. VI.

Barthold, F. W. Deutschland und die Hugenotten. Geschichte des Einflusses der Deutschen auf Frankreichs . . . Verhältnisse etc. Bd. I. Bremen 1848.

Baum, J. W. Theodor Beza nach handschriftlichen Quellen dargestellt. 2 Bde. Leipzig 1843—1851.

Bergmann, Die Edlen von Embs zur Hohenembs in Vorarlberg. Denkschriften der Wiener Academie, philosophisch-historische Klasse. Bd. 10. Wien 1860.

Bulletin de l'histoire de la société du protestantisme français. Bd. 24. Paris 1875.

Calinich. Der Naumburger Fürstentag. Gotha 1870.

Les mémoires de Messire Michel de **Castelnau** . . . avec les éloges des rois, reines, princes et autres personnes illustres . . . par J. Le Laboureur. Nouv. éd. Bruxelles 1731.

Dareste, R. François Hotman, sa vie et sa correspondance, in der revue historique, Herausg. von Monod & Faigniez. Jahrg. 1876, Abth. II. Paris.

Amtliche Sammlung der **eidgenössischen Abschiede**. Bd. IV. 2a. Von K. Krütli. 1861.

Francisci et Johannis **Hotomanorum epistolae**. Amsterdam 1700.

Haeberlin, F. D. Neueste teutsche Reichsgeschichte. Halle 1774—1786. Bd. IV.

Kluckhohn, A. Briefe Friedrichs des Frommen, Kurfürsten von der Pfalz. Braunschweig 1868 ff. Bd. I.

Kugler, B. Christoph, Herzog zu Württemberg. 2 Bde. Stuttgart 1868, 1872.

Mémoires de Condé, ou recueil pour servir l'histoire de France. London 1743. Bd. III.

Ortloff, F. Geschichte der Grumbachischen Händel. Jena 1868—1870. Bd. I.

Rommel, Chr. v. Philipp der Grossmüthige, Landgraf von Hessen. Giessen 1830. Bd. II.

Sattler, C. T. Geschichte Württembergs unter den Herzogen. Ulm 1769 bis 1783. Bd. IV.

Sixt, C. H. Petrus Paulus Vergerius. Braunschweig 1855.

Soldan, W. Geschichte des Protestantismus in Frankreich von seinen Anfängen bis auf das Edict von Nantes. 2 Bde. Leipzig 1855.

Calendar of **state papers**, foreign series, 1561/62, 1562. London 1866, 1867.

Anmerkungen.

Die handschriftlichen Materialien sind durch den Zusatz „Hs.“ gekennzeichnet. Die weiteren Zusätze beziehen sich auf die Abtheilungen der Acta, unter welchen sich die Stücke jetzt noch befinden; dieselben werden übrigens bei der fortschreitenden Neuordnung des Archivs sämmtlich aufgelöst. Die im Vorliegenden citirten Abtheilungen sind: Frankreich, Pfalz, Sachsen, Württemberg, Schweiz, Correspondenz mit Landgraf Wilhelm. Um Verwechslungen zu vermeiden, habe ich die Anmerkungen der eigenen Arbeit stets unter „Anm.“, die der benutzten Bücher unter „Note“ citirt.

¹⁾ Die wittenbergische Concordie ist genau genommen keine solche Formel; vielmehr schliesst dieselbe sich der strengsten lutherischen Terminologie und den lutherischen Unterscheidungslehren, letzteren wenigstens äusserlich, so an, dass sie, im einfachsten Sinne betrachtet, ganz lutherisch erscheint; sie sucht dabei die lutherischen Ausdrücke und Dogmen versteckter Weise und unter Widersprüchen, bei denen das Lutherthum doch noch am besten fortkommt, so zu commentiren, dass sich auch die calvinisch-bucerische Lehre daraus construiren lässt. Der Landgraf und zum Theil auch die Theologen seiner Landeskirche fassten sie dennoch als eine Formel auf, welche nur das Gemeinsame der Lehren enthalte und die lutherischen Unterscheidungslehren in einem beiderseits genehmen Sinne interpretire. Eine gewisse Berechtigung empfängt diese Betrachtung durch die Geschichte der Concordie: obwohl sie von Bucer's Seite nicht in ehrlicher Absicht geschlossen wurde, sondern die Lehrgegensätze verschleiern und beiden Parteien in ihren besondern Auffassungen gefällig sein sollte, vermochte sie doch weder Luther noch die Schweizer zu täuschen, und als man nach einer ganz offenen Correspondenz über das Verhältniss der Concordienformel zu den beiderseitigen Lehren endlich dabei verharrte und Frieden schloss, beruhte derselbe auf einer ehrlichen Toleranz bei vollkommenem Bewusstsein des fortbestehenden Gegensatzes; die Concordie wurde also in der That nur als Ausdruck des Gemeinsamen in der Lehre verwandt.

²⁾ Rommel II p. 587. Kluckh. I p. 193.

³⁾ Die Correspondenz des Herzogs Franz von Guise mit Christoph von Württemberg ist grösstentheils veröffentlicht im bulletin de la société de l'hist. du protestantisme français. Bd. 24 (1875). Noch vollständiger ist eine Sammlung, die Christoph selbst zum Zweck seiner Ehrenrettung anfertigen liess. (Hs. Wü.) Dieselbe enthält in einem Band, wie es scheint, die ganze Correspondenz Christophs mit Guise, nebst einigen Briefen von und an Navarra, sowie eine die einzelnen Schriftstücke verbindende Relation über alle Beziehungen Christophs zu den Guises vom Juli 1561 bis in den September 1562, besonders auch über die Conferenz zu Zabern. Christoph sandte diesen Band im April 1563 an den Landgrafen mit der Bitte um Rath, was er thun, sonderlich, ob er den Bericht drucken lassen solle (Stuttg. d. 7. Ap. Hs. Fr.). Die Antwort ist nicht erhalten. — Die Briefe aus Frankreich sind hier in deutscher Uebersetzung mitgetheilt,

die Schreiben Christophs, wie es scheint, in den deutschen Originalentwürfen, von denen die im bulletin publicirten französischen Texte nicht immer ganz genaue Uebersetzungen bieten. — Sattler IV p. 165, und auf Grund dessen Soldan, I. p. 448, nehmen an, Christoph habe die Correspondenz mit den Guise's durch ein Schreiben oder eine Botschaft an Heinrich von Guise begonnen. Hier-von weiss weder die Publication des bulletin noch die genannte Sammlung noch die Instruction des Gesandten Salhausen, durch den die Correspondenz angeknüpft worden sein soll (Sattler IV Beil. p. 172 ff.), etwas; auch beantwortet das Schreiben Guise's vom 2. Juli 1561, welches an der Spitze jener beiden Zusammenstellungen steht, keine frühere Zuschrift oder Botschaft Christophs; endlich passt die Inhaltsangabe bei Sattler und folgendes auch Soldan auf das Schreiben Christophs vom 25. Juli (s. bulletin l. c. p. 73), welches seinerseits eine Antwort auf Guise's Schreiben vom 2. Juli war. Es scheint demnach eine Verwechselung stattgefunden zu haben.

⁴⁾ Arcana L. II p. 133. Vergl. auch Kugler II, p. 291 Note, und Sattler IV, Beil. No. 60.

⁵⁾ Navarra hatte seine Bitte um Hilfe im Kriegsfall durch Dr. Hotoman vortragen lassen (Kug. II p. 291); bald nach dessen Anwesenheit fertigte Christoph seinen Rath Salhausen an Navarra ab; die Instruction desselben (Sattler IV Beil. p. 172 ff.) übergeht jenes Anliegen.

⁶⁾ Siehe die in voriger Anm. citirte Instruction Salhausens.

⁷⁾ Hotoman an Phil. Strassb. d. 12. Juli 1561 bei Rommel II p. 587. Kluckh. I p. 193, 194. Phil. an Hot. Spangenberg d. 18. Sept. 1561 (Hs. Fr.) theilt mit, dass auch Pfalzgraf Wolfgang, der Kurfürst von Brandenburg und Markgraf Hans von Cüstrin an der Intercessionsgesandtschaft nur unter der Bedingung theilnehmen wollen, dass dieselbe auf die augsburgische Confession verweise und vor dem Zwinglianismus und Calvinismus warne; demnach sind vielleicht auch von Einem und dem Andern unter diesen Fürsten, wie von August, Christoph und den weimarischen Herzogen, Mahnungen und Warnungen direct an Navarra ergangen.

⁸⁾ Die Agenten, welche nach Hotoman im Auftrag der Partei die Gesandtschaft betrieben, waren nicht mehr von Navarra, sondern nur noch von Condé und dem Admiral beglaubigt und instruiert; s. Kluckh. I p. 193; Hotoman an Christ. Strassb. d. 8. Aug. bei Dareste p. 32; Bericht des Gesandten Jean Deschelles, genannt Ocques, an Philipp, etwa vom 24. Aug. (Hs. Fr.)

⁹⁾ Genauer: Vermuthlich schon bevor er die Antworten der deutschen Fürsten empfangen, hatte Navarra einen Gesandten beim Papst (s. Baum II p. 175 Note 17, 183 Note 24); hingegen hatte er noch am 9. Juli Niemand zum König von Spanien geschickt (Bericht des spanischen Gesandten von diesem Tag, Baum II p. 183). Frühestens Ende Juni, spätestens Anfang Juli trafen die lutherischen Ermahnungen der deutschen Fürsten und die Ablehnung seines Bündnissantrages durch Christoph ein, denn die Instruction Salhausens (s. Anm. 5) datirt vom 12., die Antwort Christophs auf den Conföderationsantrag vom 17. Juni (Kugler II p. 291 Note); vgl. ferner die Chronologie der Reise Hotomans bei Dareste p. 31 (daselbst ist im Text Zeile 5 von unten die Notenziffer 2 in 3 zu verbessern) und Hotomans Schreiben vom 12. Juli (Anm. 7). Sollte die Angabe dieses Letzteren sich auf den Brief beziehen, den August seinem Bericht-erstatter Languet auf die Reise nach Frankreich für Navarra mitgegeben (einen solchen erwähnt Aug. an Phil. Torgau d. 1. Juni Hs. Sa.), so ist aus Arcana II p. 119 zu entnehmen, dass dasselbe am 30. Juni überreicht worden ist. Nach dem Bericht des Agenten Ocques an Philipp (Anm. 8) hat Navarra auch zum König von Spanien schon Botschaft geschickt; es muss dies also kurz nach dem Empfang jener deutschen Zuschriften geschehen sein.

¹⁰⁾ Kugler II p. 305 Note 41.

¹¹⁾ Siehe Kluckhohn I p. 216; vgl. die Zeitangaben bei Soldan I p. 528, Note 25 u. 26.

¹²⁾ Bericht der pfälzischen Theologen Diller u. Bocquin. Kluckh. I p. 215 ff.

- ¹³⁾ Sattler IV Beil. p. 191 ff.
- ¹⁴⁾ Bericht Dillers u. Bocquins l. c. p. 219, 220; Sattler IV Beil. p. 200 ff., p. 199.
- ¹⁵⁾ Kugler II p. 310, 311.
- ¹⁶⁾ Soldan I p. 553. Kugler II p. 255 Note 135.
- ¹⁷⁾ Soldan I p. 554.
- ¹⁸⁾ Ortloff I p. 237—239; Kluckh. I p. 204, 213. Arcana L. II p. 186.
- ¹⁹⁾ Diller u. Bocquin l. c. p. 224, 225. Vgl. auch Baum II p. 565.
- ²⁰⁾ Die Annahme Kluckhohns (I p. 233), dass Rambouillet und Hotoman gemeinschaftlichen Auftrag hatten, bestätigt sich durch ein Schreiben Philipps, Cassel d. 19. Febr. 1562, an den Kurfürst von Sachsen, mut. mut. Kurfürsten von Pfalz u. Herzog von Württemberg (Hs. Fr.): übersendet seine Antwort auf die Werbung Rambouillerts und Dr. Hotomans; ebenso durch die sächsische Antwort (Copie s. d. et l. Hs. Fr.), welche gleichfalls von mehreren Gesandten spricht.
- ²¹⁾ S. d. publicirten Antworten bei Kluckh. I p. 235 ff. und Sattler IV Beil. p. 206 ff.; ferner arcana II p. 193 u. das in voriger Anm. citirte hessische Schreiben; endlich Anm. 63.
- ²²⁾ S. unten p. 39, 43. Anm. 63.
- ²³⁾ Kugler II p. 253, 254.
- ²⁴⁾ Am 8. October ertheilte Christoph dem Pietro Paolo Vergerio Auftrag, sich nach Graubünden zu verfügen und über die Wahrheit der Gerüchte zu unterrichten; zwischen diesen Termin und den 28. October fällt Vergerio's Aufenthalt in Graubünden (s. Kugler II p. 254 Note 129 und Sixt p. 456 ff.). Die Zusendung ausführlicher Nachrichten über die Verhältnisse in der Schweiz, Graubünden und Oberitalien von Christoph an seine Freunde fällt, wie sich aus seinen und ihren Schreiben entnehmen lässt, vornehmlich zwischen den 24. Octbr. und 8. Novbr. (Aug. an Christ. Torgau d. 13. Nov. Hs. Wü. Beil. zu Christ. an Phil. Waltenbuch d. 5. Dec. Christ. an Phil. Stuttg. d. 31. Oct. u. Friedr. an Phil. Heidelberg d. 8. Nov. Beides Hs. Wü. In welchem Schreiben oder zu welcher Zeit die einzelnen Zeitungen übersandt wurden, welche in den folgenden Anmerkungen citirt werden, lässt sich nicht ersehen.) Es ist demnach wohl anzunehmen, dass Vergerio der Gewährsmann für diese Nachrichten war.
- ²⁵⁾ »Dem alten marcken von Ems«. Das Wort »marcken« wird auf einen der bei dem Geschlecht von Hohenems gebräuchlichen Vornamen Marcus (Marx) und Marquard zu deuten sein; die Titel Marchese, Marquis, Markgraf kommen bei demselben nicht vor. Demnach fällt die Wahrscheinlichkeit auf Marcus Sittich III; vgl. Bergmann in den Denkschr. d. Kaiserl. Academie, X p. 171, 172.
- ²⁶⁾ »Summarisches verzeichnus, was mein gnedigen fursten und hern glaublich angelangt von wegen romischer practickhen«. Hs. Wü. Ueber die thatsächlichen Grundlagen der Angaben vgl. Eidgen. Absch. Bd. IV 2a p. 138 (e), 160 (d), 172 (c), 173 (m), 183 (mm).
- ²⁷⁾ Zeitung s. d. Hs. Wü.
- ²⁸⁾ Sattler IV p. 182. Dasselbst noch die Angaben: auch der König von Spanien werde aus den Niederlanden Volk zu dem Krieg geben und der Papst mit seinen eignen und spanischen Völkern durch Graubünden in Deutschland einfallen und namentlich die württembergischen Lande heimsuchen.
- ²⁹⁾ Aug. an Christ. Torgau d. 13. Dec. Hs. Wü. Ders. an Phil. Torgau d. 25. Dec. Hs. Sa.
- ³⁰⁾ Arcana II p. 141.
- ³¹⁾ Phil. an Christ. Rodenberg d. 16. Dec. S. Beilagen.
- ³²⁾ Kugler II p. 253, Note 128.
- ³³⁾ Pfalzgraf Wolfgang meinte, als er hörte, die Bischöfe von Würzburg und Bamberg hätten einen Streit mit einander, es sei vielleicht nur ein Vorwand, damit sie ohne Verdacht rüsten, den landsbergischen Bund in Waffen bringen und dann die Evangelischen überfallen könnten. (Wolfg. an Christ. Neubg. a. d. Donau, d. 24. Dez. Hs. Wü.)

³⁴⁾ Aug. an Phil. Torgau, d. 25. Dez. Hs. Sa.

³⁵⁾ Dass der Vorschlag von Herzog Christoph her stammt, nicht vom Landgrafen, wie es nach dessen Schreiben vom 16. Dez. (s. Beilagen) scheinen könnte, ergibt sich wohl 1) aus August's Brief vom 25. Dez. (s. vorige Anm.); denn in demselben wird bereits des Kurfürsten Urtheil über das Project ausgesprochen, obwohl in dem Schreiben des Landgrafen, dessen Beantwortung Augusts Brief darstellt (d. d. Rodenberg, d. 15. Dez. Hs. Sa.) nicht davon geredet wird; 2) aus Christophs Brief vom 31. Dez. (s. Beilagen), »uns hat hievor gut angesehen« etc., denn es ergibt sich daraus, dass Christoph den Kurfürsten von Pfalz bereits vor Empfang des landgräflichen Schreibens vom 16. Dez. zur Theilnahme an dem Schritte aufgefordert, sowie mit Wahrscheinlichkeit, dass er bereits eine ablehnende Antwort von Sachsen empfangen hatte (»und dass sein, des Churfürsten zu Sachsen L. . . verschont wurde etc.«). Das Weitere, soweit feststellbar, ergibt sich aus den citirten Schreiben vom 16. und 31. Dez. und Kugler II p. 253, 254. Dass der Landgraf nicht mit unterzeichnete, ist aus Sattler IV p. 182, obwohl dort nur Christoph, Friedrich, Karl und Wolfgang erwähnt werden, nicht zu entnehmen, da nicht ersichtlich ist, ob die Mittheilung sich auf die Einsicht des Schreibens selbst gründet oder anderweitig erschlossen ist. Möglich, dass auf Hessen seiner entfernten Lage und der grossen Eile wegen verzichtet wurde.

³⁶⁾ Phil. an Christ. Rodenberg, d. 16. Dez. s. Beilagen.

³⁷⁾ Kugler II p. 255 Note 135; vgl. ibid. p. 253.

³⁸⁾ Christ. an Phil. Stuttg., d. 31. Dez. s. Beilagen.

³⁹⁾ Kugler II p. 255—257.

⁴⁰⁾ ibid. p. 255.

⁴¹⁾ Dies theilte Christoph dem Kf. v. Sachsen, wie dieser in einem Brief an den Landgrafen erwähnt, am 1. Febr. 1562 mit. Aug. an Phil. Torgau, d. 16. Febr. 1562. Hs. Fr.

⁴²⁾ Christ. an Phil. Ulm, d. 31. Jan. 1562. Hs. Wü. Heut hat Georg Besserer im Ausschuss öffentlich gesagt, dass diese Tage zwei Knechte bei ihm gewesen, die ihm angezeigt, dass sie von einem päpstlichen Hauptmann auf 14 Tage Wartgeld empfangen. Christoph hat solche Practiken jetzt an den Kurfürsten von Sachsen und an andere Orte gelangen lassen, vermerkt aber aus den Antworten, dass man es in den Wind schlägt. Bittet darum Philipp, es an den Kurfürsten von Brandenburg gelangen zu lassen, ob nicht vielleicht durch diesen August »etwas munterer« gemacht werden könne. Zettel: Schickt ihm, was er heut den gemeinen Ständen des schwäbischen Kreises der römischen und anderer Practiken halber proponiren lassen; gleich darauf sind die »costenzischen cardinalischen« Gesandten »függestanden« und haben es auf ihrer Seelen Seligkeit genommen, dass sie von den Praktiken im Stift Constanx weder wenig noch viel Wissens trügen, »welches dann bei uns nit woll muglich sein kann; aber dises gesind schemmet sich keiner lugin nit«.

⁴³⁾ Bullinger an Philipp d. 28. Dez. 1561, Zürich. Hs. Schweiz. Phil. an Wolfgang d. 22. Febr. s. l. (Hs. Pf.) schreibt: Herzog Erich hatte einen grossen Bau zu Uslar, einen ziemlichen zu Munden begonnen, auch Vorbereitungen getroffen, für 80 000 Gulden Häuser und Aemter in seinem Land einzulösen, und hierzu sich durch Anleihe und anderweitig Geld verschafft; nun aber hat er die Baue aufgegeben, die Arbeiter verabschiedet und die Einlösungen eingestellt: es ist daher zu vermuthen, dass er Krieg vorhat und des Geldes bedarf. Er ist, wie die Einen sagen, zum Concil, wie die andern behaupten, nach Rom, wie noch Andre, nach den Niederlanden gereist, »aber endlich ist seine meinung, krieg zu führen«. Ausserdem ist Graf Günther von Schwarzburg vor Kurzem nach Köln bestellt worden; auch bestellen die Niederländer allenthalben Reiter und Knechte für König Philipp. — Ueber Schwendi s. die Anm. 87 erwähnte Zeitung. Philipp hatte dieselbe nicht für unglaublich gehalten, da er in dieser Zeit auch von Württemberg Zeitungen über Werbungen erhielt, welche durch »die von Embs, Madruzzi und Lazarus von Schwendi« getrieben würden; indem er

diese August zusandte, sprach er sich voll Besorgniss über die Pläne Schwendi's und des Kaisers aus. (Carthaus, d. 30. Jan. Hs. Fr.) August hielt für nöthig, ihn darauf aufmerksam zu machen, dass auch der Kurfürst von Pfalz die Zeitungen nicht für echt halte. (Torgau, den 16. Febr. Hs. Fr.; vgl. Anm. 87 am Ende). — Von den Planen der niederländischen Regierung ist schon vor dieser Zeit öfters die Rede; vgl. Anm. 28. Namentlich erregten Geldzahlungen König Philipps an die Gläubiger seines Vaters unter den Kriegsleuten Besorgniss. (S. Kluckh. I p. 212 Note 1. Die Angabe wird auch in einem Brief des Kurfürsten vom 30. Nov. aus Heidelberg, Hs. Pf., gemacht; daselbst ist aber nicht von 50 000, sondern von 500 000 Kronen die Rede; vgl. Beilage III.) Alle hierher gehörigen Briefe und Zeitungen aufzuzählen, würde jedoch zu weitläufig sein. Vgl. nur noch Arcana II p. 186.

⁴⁴⁾ Aug. an Heinr. v. Braunsch. Torgau, d. 8. Febr. Antwort Heinrichs. Wolfenbüttel, d. 15. Febr. Beide Schreiben sendet August Torgau, d. 24. Febr. an den Landgrafen (Hs. Sa.); derselbe antwortet: Herzog Heinrichs Brief habe wohl ein Ansehen, doch richte derselbe gemeiniglich seine Schreiben zweideutig ein; so in diesem die Worte: »do es aber je angehen sollte, werden wir uns zum hailigen reich gethaner pflicht und aide der ganz unvorwaislichen gebur zu vorhalten wissen.« Phil. an Aug. Cassel, d. 5. März 1562, Hs. Sa.

⁴⁵⁾ Erwähnt bei Aug. an Phil. Torgau, d. 16. Febr. Hs. Fr.

⁴⁶⁾ S. unten p. 47, 48. Beilage No. III.

⁴⁷⁾ Phil. an Aug. Zapfenburg, d. 15. Jan. Carthaus, d. 30. Jan. (vgl. Anm. 43.) Cassel, d. 2. Febr. Hs. Fr.

⁴⁸⁾ Kugler II p. 256.

⁴⁹⁾ Aug. an Phil. Torgau, d. 16. u. 24. Febr. Hs. Fr. Hs. Sa.

⁵⁰⁾ Phil. an Christ. u. Friedr. Cassel, d. 2. Febr. Hs. Fr. Vgl. Kluckh. I. p. 264, Note 2. Ueber Christoph's Antwort unter p. 43. Ueber Friedrich's Verhalten in Bündnissachen p. 49, 50. Anm. 85, 86.

⁵¹⁾ Bulletin, l. c. p. 77 ff.; p. 82. Der Bericht über das Colloquium zu Poissy, welchen Guise an Christoph schickte, ist, wie sich aus der ganzen Tendenz dieses Stücks ergibt, der bei Sattler IV. Beil. p. 215 ff. abgedruckte; der ganze Ton liegt in dem Machwerk darauf, dass die Hugenotten sich geweigert, die lutherische Abendmahlsformel zu acceptiren, welche der Cardinal von Lothringen ihnen vorgelegt; diese Formel stammt aus einem württembergischen Bekenntniss vom Jahr 1559; der Bericht bezeichnet sie perfider Weise, ohne ihren Ursprung zu erwähnen, als eine »katholische Confession vom Abendmahl.«

⁵²⁾ Guise an Christ. Joinville, d. 30. Dez. 61; Saarburg, d. 14. Febr. 62. Christ. an Guise Stuttg., d. 10. Jan. 62, s. bulletin l. c. p. 115 ff., 119. Guise an Christ. s. l., d. 28. Jan. 62; Christ. an Guise s. l., d. 1. Febr., Nürtingen, d. 6. Febr., Strassb., d. 14. Febr. Hs. Wü. in dem Anm. 3 citirten Sammelband.

⁵³⁾ Kugler II p. 311.

⁵⁴⁾ Kugler II p. 312—317. Friedr. an Christ., d. 11. Jan. Kluckh. I p. 250. Phil. an Aug. Zapfenburg, d. 15. Jan. Hs. Fr. Cassel, d. 26. Jan. Hs. Sa. Ablehnende Antwort des Kurfürsten Torgau, d. 24. Jan. Hs. Sa.

⁵⁵⁾ Sattler IV p. 170.

⁵⁶⁾ Sattler IV Beil. p. 203 ff.

⁵⁷⁾ Kugler II p. 312—317. Sehr maassgebend ist für Herzog Christophs Verhalten, wie stets in dieser Materie, neben der persönlichen Antipathie gegen das reformirte Bekenntniss auch die Scheu vor Compromittirung durch Gemeinschaft mit dem Calvinismus als einer Richtung, welcher die Anerkennung des Religionsfriedens fehlte. S. Christ. an Phil., Friedr. u. Wolfg. Stuttg., den 22. Dez. 1561 bei Kugler II p. 312. Desgleichen Christ. an Phil. Ulm, d. 31. Jan. bei Kluckh. I p. 251 Note. Ders. an dens. Bruchsal, den 13. März: trägt Bedenken, sich in ein Gespräch mit den frz. Theologen einzulassen, weil es vor der Hand im Namen aller augsb. Confessionsverwandten

nicht stattfinden kann, im Fall aber Philipp, die beiden Pfälzer und er selbst allein ohne Kursachsen und die Andern etwas vornehmen sollten, die Theologen zu Jena und in den Hansestädten sie nach ihrer Art verdammen würden, weil man über die Subscription der zu Naumburg erneuerten Confession noch nicht einig ist. Hs. Fr.

⁵⁸⁾ Phil. an Friedr. Cassel, d. 27. Jan. Hs. Pf. Bittet den Kurfürsten, Christoph, wie er selbst auch thun will, zu warnen, damit er den Leuten nicht traue, denn ihr Vorhaben ist, wie er sicher glaubt, eitel List und Trug. Die Bitte wurde durch den Kurfürsten jedenfalls erfüllt. — Hat Kluckhohn, I p. 256, Note 2 Schreiber und Adressaten verwechselt?

⁵⁹⁾ Wird gelegentlich einer Correspondenz zwischen Philipp und August über Christophs Vorhaben erwähnt: Aug. an Phil. Torgau, d. 16. Febr. Hs. Sa.

⁶⁰⁾ S. Christophs Relation über die Zaberner Conferenz bei Sattler IV Beil. p. 215 ff. Dieselbe ist, da sie die Aufklärung des Herzogs über den ihm gespielten Betrug voraussetzt, wie Soldan I p 590 bemerkt, nicht sofort nach der Conferenz angefertigt, aber auch nicht, wie Soldan anzunehmen scheint, bald nach dem Blutbad von Vassy, sondern viel später, denn der Herzog beharrte noch lange auf seinem Irrthum. S. unten p. 47, 48, 69, 70, Anm. 160.

⁶¹⁾ Sattler IV p 178. Stuttg., d. 25. Febr. Hs. Wü.: Christoph sendet Phil. einen »summarischen Bericht« über die Verhandlungen zu Zabern. (Vgl. Anm. 60).

⁶²⁾ Kugler II p 316, 317. Christ. an Phil. Bruchsal, d. 13. März in Anm. 57.

⁶³⁾ Mundt berichtet von einer Audienz bei Herzog Christoph im April 1562 nach dem Auszug der state papers (1561/62, No. 989, p. 591): »The Duke said, that a French envoy, (named Rambouillet) had lately proposed a league between the Protestant Princes and the French; but the time had not yet arrived, nor could there be any firm alliance unless unanimity of faith and doctrine preceded it.« Dass Rambouillet einen Auftrag zu dem Conföderationsantrag, sei es von Navarra, sei es von der Königin-Mutter, gehabt, wird nirgends berichtet; nur meldet der Nuntius Sta. Croce am 13. März 1562 aus Paris: Rambouillet habe sich in Deutschland erkundigt, welche Hilfe der allerchristlichste König im Fall seines Uebertritts zum Protestantismus zu erwarten habe, und die Nachricht zurückgebracht, dass man Seine Majestät soviel Truppen werben lassen würde, als sie bezahlen wolle. (archives curieuses VI p. 50.) Eine solche Anfrage lässt wohl nicht mit Bestimmtheit, aber doch mit Wahrscheinlichkeit einen Auftrag vermuthen, um so mehr als die Königin-Mutter eben um die Zeit, als Rambouillet und Hotoman abgefertigt wurden, auch anderweit sich mit Vorbereitungen für den Fall eines Krieges trug (s. p. 35); der Auftrag könnte von der Königin-Mutter oder von Navarra, im Einverständniss mit der Regentin oder in der Hoffnung auf deren nachmalige Zustimmung, im Fall man günstige Antwort bekäme, ertheilt worden sein. Wurde aber ein solcher Auftrag überhaupt gegeben, so liegt nahe anzunehmen, dass man auch Gegenleistungen versprach und hierüber einen Vertrag wünschte; dass der Nuntius davon Nichts berichtet, wäre kein Gegenbeweis. Andererseits ist auffällig, dass man von diesen Dingen bis Ende Februar Nichts vernimmt; um diese Zeit trifft dann ein Brief Navarra's an Christoph (d. d. St. Germain, d. 6. Febr.; s. Kugler II p. 316) ein, welcher dem Herzog eine Conföderation proponirt; Christoph beauftragt allem Anschein nach den Herrn von Rambouillet mit der Antwort auf das Anerbieten, denn weder in der Antwort auf Navarra's Schreiben vom 6. Febr. noch in dem andern, welches Christoph am selben Tag an Navarra erliess (über dieses nächste Anm.), ist von dem Conföderationsantrag die Rede; hingegen beglaubigt in dem erstgenannten Christoph den Herrn von »Rambolet« für mündliche Mittheilungen an Navarra. (Stuttg., d. 27. Febr. Hs. Fr.) Die bei Sattler (IV p. 177) mitgetheilten Argumente der Ablehnung würden dann etwa einem Memorial für Rambouillet oder einer Aufzeichnung über die Navarra ertheilte Antwort entstammen. Die Erörterungen zwischen Christoph und Rambouillet, von denen

Mundt (s. Anfang der Anm.) berichtet, könnten ja allenfalls auch nur durch Navarra's Schreiben vom 6. Febr. veranlasst worden sein, sodass Rambouillet nur bei der Besprechung dieses Schreibens und der Antwort die Conföderation befürwortet hätte; immerhin halte ich einen Auftrag, und zwar mindestens mit Wissen der Königin-Mutter, für wahrscheinlicher.

⁶⁴⁾ Vgl. p. 42. Am 25. (nach Sattler IV Beil. p. 228) oder 26. nach der Relation des Anm. 3 citirten Sammelbandes) Februar kam Rascalon, Guise's Unterhändler, wieder nach Stuttgart, und theilte Christoph im Auftrag Guise's und des Cardinals mit, wie er den zu Zabern gemachten Vorschlag zu einem Religionsgespräch an Navarra und die deutschen Fürsten bringen solle. Das Schreiben an Navarra (d. d. Stuttg., d. 27. Febr.) wurde darauf abgefasst und sammt einer offenen Copie und einem Begleitschreiben an Guise (Nürtingen, d. 26. Febr.) durch Rascalon Guise nachgeschickt; ein württembergischer Diener, der R. begleitete, sollte es, im Fall Guise und der Cardinal es billigten, sofort an Navarra überbringen. Dies geschah dann. Alles Hs. Wü. in dem Sammelband; das Schreiben an Navarra auch bulletin l. c. p. 121, 122.

⁶⁵⁾ Ueber die Veranlassung derselben s. Kluckh. I p. 264 Note 1.

⁶⁶⁾ S. die Instruction Bings in den Beilagen No. III.

⁶⁷⁾ S. Anm. 20.

⁶⁸⁾ Vgl. Anm. 63.

⁶⁹⁾ S. p. 35.

⁷⁰⁾ S. Anm. 92.

⁷¹⁾ S. die Zeitung des Cyprianus von Leowiz vom 11. Dez. bei Kluckh. I p. 211. Am 6. Jan. sandte Friedrich von Pfalz dem Landgrafen eine Zeitung zu, in der es heisst: Der König von Spanien hat den Grafen von Horn zum König von Frankreich abgefertigt, um ihn zu ermahnen, dass er bei der alten Religion bleibe, und ihm ankündigen lassen: seine Freundschaft, seine Rücksicht auf das unmündige Alter des Königs und auf seine Verwandtschaft mit demselben werde mit dem Augenblick zu Ende sein, wo der König sich von der Zahl der gläubigen Könige in der Christenheit absondere; es sei seine Pflicht, sich in Waffenrüstung zu begeben, um den Protestantismus zu stürzen etc.

⁷²⁾ Die Sorge vor einem Angriff Spaniens auf Frankreich wird öfters ausgesprochen. Phil. an Friedrich, mut. mut. Christoph, Zapfenburg, d. 31. Nov. 61. Hs. Wü. Ders. an Friedrich. Cassel, d. 2. Febr. Hs. Fr. und Cassel, d. 10. Febr. Hs. Pf. Phil. an Wolfg. d. 22. Febr. s. l. Hs. Pf.: man soll sich mit Frankreich verbinden, »weil der sich eben so wohl zu besorgen, das er des glaubens halber angegriffen würde, als wir«.

⁷³⁾ Vgl. p. 47, 48.

⁷⁴⁾ Dies war in der That der Fall; s. p. 54 Anm. 99. Languet berichtet d. 1. Febr. (arcana II p. 199): England dränge Frankreich zu einem Bündniss. Ob Philipp eine ähnliche Nachricht hatte, wissen wir nicht.

⁷⁵⁾ Phil. an Wolfg. s. l. d. 22. Febr. Hs. Pf.

⁷⁶⁾ Die Zeit ergibt sich aus Folgendem: Friedrich schreibt 12. März noch aus Heidelberg (Kluckh. I p. 264); Christoph am 13. schon Bruchsal (Hs. Fr.). Am 19. März erwähnt Friedrich noch in einem Schreiben aus Bruchsal an Philipp, dass Christoph, Wolfgang und Karl von Baden anwesend seien (Hs. Pf.): am selben Tag schreibt Christoph schon aus Bruchsal Briefe an Friedrich, Wolfgang und Karl (Kugler II p. 337, Note 104); diese Drei müssen also eben am 19. März abgereist sein.

⁷⁷⁾ Die Instruction Bings s. Beil. No. III. Eine ungenaue Notiz aus diesem Stück mit der irrthümlichen Angabe, das Project sei von H. Christ. angeregt worden, hat schon Rommel II p. 598.

⁷⁸⁾ Nach der Relation des Anm. 3 citirten Sammelbandes.

⁷⁹⁾ S. Anm. 92.

⁸⁰⁾ Christ. an Guise, Bruchsal, d. 19. März bulletin l. c. p. 211.

⁸¹⁾ Christ. an Phil. Bruchsal, d. 19. März. Hs. Wü.

⁸²⁾ Phil. an Christ. Kassel, d. 8. März und 2. April. Hs. Wü.

⁸³⁾ Phil. an Christ. Kassel, d. 8. April. Hs. Wü.

⁸⁴⁾ Calinich p. 329—340.

⁸⁵⁾ S. besonders p. 66, 68, 74, 75.

⁸⁶⁾ S. d. Brief Friedrichs an Coligny vom Mai 1561, Kluckh. I p. 178. *ibid.* p. 232. Oben p. 30.

⁸⁷⁾ Am 8. Januar 62 schreibt eine Person an Pfalzgraf Wolfgang: vorigen Sonntag hat den Schreiber ein Herr besucht, der gestiefelt und gespornt zu ihm gekommen und gefragt: »domine, ego sum missus ad te . . . quaeso inspicias hanc nativitatem et revolutionem et dic qualem fortunam natus iste hoc futuro anno in rebus bellicis habiturus est. Rogo ne quicquam dissimules, nam offeruntur ei optimae conditiones.« Der Mann hat erzählt, er müsse eilends zum Lazarus von Schwendi, der sich im Basel und im Breisgau aufhalte; wenn er ihn dort nicht finde, müsse er ihn in den Niederlanden aufsuchen. Er hat auch geäußert, der Krieg, der jetzt beginnen werde, werde sicher über ein Jahr dauern. Seine Partei (puta papistarum) habe Geld und viel Truppen. »Vestri principes inter se fucatam amicitiam habent. Nos jam duos ex eis in nostram sententiam protraximus.« Die Nativität war vom 29. October 1522; der Schreiber hat nicht erfahren können, ob es des Herrn eigene oder eine andere war. — Eine Copie dieses Schreibens ohne Unterschrift sendet Kurfürst Friedrich aus Heidelb. d. 20. Jan. mit dem Bemerken: der Schreiber sei vermuthlich Cyprianus von Leowitz, ein berühmter Mathematiker, der sich zu Lauingen aufhalte; (eine Zeitung desselben s. bei Kluckh. I p. 211.) Er hat, da doch gar zu unwahrscheinlich, dass die Gegner ihre Plane sogleich an solchen Orten lautbar machen würden, Gedanken, dass es ein angerichtet und subornirt Spiel sein möchte, um die Protestanten in Rüstung zu bringen. Hs. Pf.

⁸⁸⁾ Sattler IV p. 177. Vgl. damit die Gutachten der württembergischen Rätthe und des Brenz über den ersten Bündnissantrag Navarras, im Sommer des Jahres 1561 bei Kugler II p. 291, Sattler IV Beil. p. 178.

⁸⁹⁾ Kugler I p. 231. Sattler IV Beil. p. 46 ff.

⁹⁰⁾ S. p. 66, 70, 74.

⁹¹⁾ p. 69, Anm. 161.

⁹²⁾ Ursprünglich setzten die Fürsten, wie es scheint, allgemein das beste Vertrauen in Navarra; doch erkannte Philipp wohl schon im Jahr 61 richtig, dass es einer positiven Unterstützung bedürfe, wenn man ihn halten wolle, und es war dies maassgebend bei seinen Vorschlägen zu einer politischen Annäherung an Frankreich um diese Zeit (oben p. 29). Im Anfang des Jahres 1562 betrieben Philipp und Friedrich von Pfalz beide im guten Vertrauen auf Navarra das von Diesem vorgeschlagene Religionsgespräch; über Nachrichten, welche meldeten, dass Navarra sich der katholischen Partei zuwende, schrieb Philipp: sie würden wohl nur von seinem Widersachern verbreitet, oder: er halte sie für ein Gedicht (Philipp an August, Zapfenburg d. 15. Jan. Carthaus d. 30. Jan. 62. Hs. Fr.) Endlich wurden aber die Nachrichten doch zu dringend. Gegen Ende Februar oder Anfang März (nach dem Datum seiner Abreise, dem 16. Febr., zu schliessen), kehrte Philipp Biber, der Hofmeister des Grafen Philipp von Dietz, eines der Söhne dem Landgrafen aus der Nebenehe, der sich am französischen Hofe befand, aus Frankreich zurück und erstattete ausführlichen Bericht über Navarras Verhalten. (Hs. Fr.) Darauf wurde der Landgraf doch zweifelhaft; er meinte jetzt, die deutschen Fürsten möchten wohl durch ihre Zurückhaltung Navarra so entmuthigt haben, dass er von der protestantischen Sache abgefallen (an Christoph d. 11. März, s. Kugler II p. 347). Dann sandte auch der Kurfürst von Pfalz dem Landgrafen Berichte über die Verhandlungen Navarras mit dem Papst zu (s. Kluckh. I p. 264. In demselben Schreiben v. 12. März lag noch eine Zeitung vom 18. Jan. aus Rom, welche über dasselbe Thema handelt. Hs. Pf.) Darauf erkundigt sich am 22. März ein hessischer Secretär im Auftrag des Landgrafen bei Hotoman, was es mit den Zeitungen vom Abfall Navarras und der Königin-Mutter für eine Bewandniss habe (aus Cassel, Unterschrift fehlt. Hs. Fr.)

Inzwischen ist auch Friedrich zweifelhaft geworden; Bruchsal d. 19. März räth er dem Landgrafen von dem deutsch-französischen Religionsgespräch ab, unter Anderem, weil auf Navarra nicht viel zu bauen sei (Hs. Pf.); nur Christ. schreibt noch Bruchsal d. 18. März (Hs. Fr.) an den Landgrafen, er könne nicht an Navarras Abtrünnigkeit glauben, und schickt ihm zum Zeugniss der Gesinnungen N.'s, dessen Brief vom 6. Februar (S. Kugler II p. 315, 316). Vergl. Kluckh. I p. 254 Note 2.

⁹³) S. p. 45.

⁹⁴) State papers 1562, No. 1258 (2). Die Angabe, dass es eine Person von grosser Autorität gewesen, welche diese Bedenken vorgebracht, scheint auf Kurfürst Friedrich hinzuweisen.

⁹⁵) Phil. an Christ. Cassel d. 2. Ap. Hs. Wü. Lässt es dabei bewenden, dass die Fürsten den freundlichen Verstand bis zu besserer Gelegenheit verschieben.

⁹⁶) Phil. an Wolfg. Cassel d. 13. Ap. Hs. Pf.

⁹⁷) State papers 1562 No. 576 [3], 1258 [2], 1259, 1260. No. 561 [3] (Antwort Kurfürst Friedrichs an die Gesandten Knolles und Mundt v. 1. Sept. 1562) redet gleichfalls von einer Vereinbarung der deutschen Fürsten zum Zweck gegenseitiger Vertheidigung; der betreffende Passus erweist sich aber als ungenaues Excerpt aus dem Original (s. Kluckh. I p. 336 sequ.) Wahrscheinlich verleitete der Inhalt der zuerst citirten Nummern den Bearbeiter, bestimmtere Ausdrücke zu brauchen, während der Kurfürst selbst in der schriftlichen Antwort aus Vorsicht den Sachverhalt mit Worten andeutete, die weit weniger besagen, und nur mündlich dem Gesandten den ganzen Thatbestand mittheilte.

⁹⁸) Unten p. 69—71.

⁹⁹) State papers 1561/62 No. 946, 948, 989, 990, 1074, 1075.

¹⁰⁰) Oben Anm. 63.

¹⁰¹) Friedr. an Christ. d. 27. März. Kluckh. I p. 265.

¹⁰²) Friedr. an Phil. Kluckh. I p. 266.

¹⁰³) Antwort auf Bars Werbung, Cassel d. 9. Ap. Hs. Pf. u. Wü.

¹⁰⁴) Phil. an Friedr. Cassel d. 9. Ap. (vgl. Kluckh. I p. 267 Note) unter Zusendung der Werbung Bars und seiner Antwort. Hs. Pf. Vom selben Datum an Christ.: schickt ihm das Schreiben Friedrichs vom 1. April (Kluckh. I p. 266), die Werbung Bars und seine Antworten auf Beides. Hs. Wü.

¹⁰⁵) Die Briefe wurden zum Ueberfluss sehr spät (am 11. resp. 15. April) ausgefertigt; s. die Texte bei Kluckh. I p. 277—281 u. bulletin l. c. p. 504—511.

¹⁰⁶) Friedr. an Phil. d. 19. April, s. Kluckh. I p. 267, Note. Christ. an Phil. Stuttgart d. 21. Ap. bei Kugler II p. 348 (auch meine Notizen nach Hs. geben den 21. April an, daher wohl irrthümlich bei Kluckh. I p. 267 Note der 20.). — Der englische Gesandte in Paris, Throckmorton, erzählt am 8. Mai: zu ihm ist ein Edelmann, M. de Luce, gekommen, der ihm erzählt: er habe vom Kurfürsten von Pfalz und Landgrafen Auftrag, der Königin-Mutter, Condé und dem Admiral zu erklären, dass jene Fürsten dieselben in ihrer Noth zu unterstützen gesonnen seien. (State papers 1562, No. 28 (3). Dieser Edelmann könnte spätestens Ende April abgefertigt sein; es findet sich sonst über seine Mission keine Nachricht; auch ist für dieselbe in den Verhandlungen der Fürsten während des ganzen April und noch länger kein Raum; namentlich würde sie der Haltung Kurfürst Friedrichs vollkommen widersprechen; ist ein solches Versprechen wirklich gemacht worden, so kann es nur vom Landgrafen allein ausgegangen sein.

¹⁰⁷) In einer eigenhändigen Nachschrift zu dem in voriger Anm. citirten Schreiben. In derselben erinnert Friedrich an »erschreckliche Zeitungen, die er schon vor sechs Tagen an den Landgrafen geschickt; nicht aber mit Bezug auf diese, wie Kluckh. I p. 267 in der Note angiebt, sondern in Hinsicht auf neue Nachrichten, des Inhalts wie im Text angegeben, spricht er die Meinung aus, dass es nun Zeit sei, zu vermitteln statt zu ermahnen. Hs. Pf.

¹⁰⁸) Bericht Eberhard Klingelbergers, der den 19. April zu Giessen angekommen. Hs. Fr.

¹⁰⁹⁾ Philipp an Christ., mut. mut. Pfalz. Giessen d. 19. Apr. Vom selben Tag an August. Hs. Fr.

¹¹⁰⁾ Friedr. an Phil. d. 22. Apr. s. l. Hs. Fr. Um das Project einer solchen Gesandtschaft, wie Condé sie im Vorjahr und bei der neulichen Sendung Bar's gewünscht, d. h. einer Intercession bei der Königin-Mutter zu Gunsten einer protestantischen Politik, handelt es sich bei dieser Conferenz nicht mehr, wie Kugler II p. 350 meint; der Zweck ist von vornherein wesentlich verschieden: nach Friedrichs Einladungsschreiben soll berathen werden, wie der Lärmen in Frankreich zu stillen sei, wie man (scil. zu diesem Behuf) eine Legation nach Frankreich schicken solle, wie für dieselbe Geleit zu erlangen und was sonst noth sei.

¹¹¹⁾ Kugler II p. 350, 351.

¹¹²⁾ Instruction vom 27. April s. l. Hs. Fr.

¹¹³⁾ Kugler II p. 351 citirt hierfür nur Kluckh. I p. 303 sequ., während daselbst nur Briefe an den König und die Königin-Mutter erwähnt werden; Schönberg nahm aber in der That auch Briefe an Navarra und Condé mit. (Phil. an Aug. Kassel s. d. Hs. Fr.)

¹¹⁴⁾ State papers 1562 No. 74 (2), 244 (1),

¹¹⁵⁾ Scheffers Instruction (s. Anm. 112): »Da auch für lief, dass der Kurfürst Pfalzgraff und die andern geneigt wären . . . was da bewilligt, solle zu unserem theil auch nit mangeln«. Es scheint also, dass Scheffer die Initiative der Andern erwarten sollte. Ob die Sache zur Sprache gekommen, finde ich nirgends erwähnt.

¹¹⁶⁾ Erlass Christophs »an all ober und under amptleut des fürstenthumbs Wurtemberg«, Stuttgart d. 28. Ap. Hs. Pf. Beil. zu einem Schreiben Friedrichs. — Friedr. an Phil. Heidelberg d. 30. Ap. erinnert den Landgrafen, dass er demselben bereits Mittheilung von einem entsprechenden Mandat in seinen Landen gemacht. Hs. Fr.

¹¹⁷⁾ Phil. an Aug. Anf. Mai (unvollendetes und undatirtes Concept. Hs. Fr.). Das Mandat, sowie das Schreiben der Räthe, lag mir nicht vor; letzteres datirte vom 2. Mai. Gegen Friedrich äusserte Philipp, das Mandat gefalle ihm wohl; man wird dies nicht genau nehmen dürfen. Doch liess er es ausführen; allein unter allen Fürsten den Hugenotten Werbung zu gestatten, war nicht ohne Gefahr. (Phil. an Friedr. Kassel d. 4. Mai. Hs. Fr.)

¹¹⁸⁾ S. zuerst Fr. an Christ. d. 3. Mai, Kluckh. p. 290, 291. Ein Brief Condés aus Orleans vom 20. April, der, wie es scheint, als Circular an eine Anzahl deutscher Fürsten erging (s. Mem. de C. III p. 109; vgl. State papers 1562 No. 11 [1]), erwähnt nur Ocques als abgeschickt; Vezines muss also später abgefertigt worden sein. Ocques' Anwesenheit in Heidelberg geht daraus hervor, dass er dem Landgrafen Briefschaften vom Kurfürsten Friedrich mitbrachte (Phil. an Aug. den 7. Mai; s. unten). Ocques ist am 7. Mai schon in Kassel, Vezines reist spätestens den 3. Mai von Heidelberg ab, sie müssen also den pfälzischen Hof zugleich oder kurz nacheinander passirt haben (Kluckh. a. a. O.; Phil. an Aug. Kassel d. 7. Mai, Hs. Fr.). Dass der Auftrag der beiden Gesandten übereinstimmte, wird mehrmals gesagt: Phil. an Christ. Kassel den 18. Mai und Christ. an Phil. Tübingen d. 25. Mai (beide Hs. Fr.) theilen sich gegenseitig mit: sie haben sich die Werbungen der Gesandten, welche bei ihnen gewesen, nicht zugeschickt, weil Jeder vernommen, dass zu dem Andern ein Bote mit gleichem Auftrag gegangen. — Der ganze Inhalt des Auftrags ist ersichtlich aus Kluckh. I p. 291 (auch Ocques brachte das Ausschreiben Condés vom 8. April mit) vgl. noch arcana II p. 216. Die Instruction in dem mém. de C. III p. 271 wird für einen dieser Gesandten oder beide ausgestellt gewesen sein; Kluckhohn a. a. O. meint, sie passe nicht hierher, weil in ihr die Bitte um ein Darlehn fehlt; die Worte, in denen Kurfürst Friedrich die Werbung mittheilt, können aber sehr wohl eben dahin gedeutet werden, dass dieser Theil des Auftrags in der Instruction fehlte: (Vezines hat) »nach inhalt seyner instruction gebetten . . . und bath daneben (nämlich neben seiner Instruction) um ayn

anlehen«. Dass es so gemeint ist, lässt sich weiter schliessen a) daraus, dass die fragliche Instruction in eine andere Zeit nicht passt und andere hugenottische Gesandten als Vezines und Ocques um diese Zeit in Deutschland nicht nachweisbar sind. Kluckhohn (I p. 298) lässt zwar am 11. Mai 1562 Friedrich einen Empfehlungsbrief an Wolfgang für den Agenten Hotoman schreiben; es ist aber kaum möglich, dass dieser am 11. Mai in Deutschland war, denn er befand sich am 17. Mai in Orleans, wie sich aus einem Brief von diesem Ort und Datum an Landgraf Philipp ergibt. Derselbe ist in den *epistolae Hotomanorum* p. 33 zwar unter dem 17. Mai 1561 eingereiht, aber 1) er passt seinem Inhalt nach nur in's Jahr 1562 (er setzt den Krieg voraus; der in ihm erwähnte *baro* ist Dohna, der am 19. Mai 1562 von Orleans nach Deutschland ging); 2) am 17. Mai 1561 befand Hotoman sich nicht in Orleans, sondern auf Gesandtschaftsreise in Deutschland, wie sich aus Kluckh. I p. 177 ergibt. Barthold (p. 375) hat den Irrthum der *ep. Hot.* ganz richtig corrigirt; Kluckhohn (I p. 298) führt die Bartholdsche Datirung mit Unrecht auf falschen Abdruck des Datums aus den *ep. Hot.* zurück. Es muss vielmehr der bei Kl. unter dem 11. Mai 1562 publicirte Brief Friedrichs ein Jahr zurückverlegt werden; er gehört in die Gesandtschaftsreise Hotomans vom Jahr 1561 und findet zwischen Nr. 119 und 120 der Kluckhohnschen Briefe Friedrichs seine richtige Stelle; b) aus dem Umstand, dass es für die Hugenotten ganz rathsam war, die verhänglichsten Theile der Gesandtschaftsaufträge nur mündlich bestellen zu lassen; ihre Boten waren stets in Gefahr, den Gegnern in die Hände zu fallen. Mit Rücksicht hierauf scheinen die Hugenotten die Praxis der mündlichen Aufträge und ähnliche Vorsichtsmaassregeln in diesen Jahren öfters geübt zu haben; so hatte Hotoman im Jahr 61 als Agent Navarras keine unterschriebene und besiegelte Instruction mit (Kugler II p. 291 Note 8); der Verdacht Herzog Christoph's, dass Hotoman und andere Agenten den Namen ihrer Auftraggeber missbrauchten (Kluckh. I p. 194), ist darum noch nicht gerechtfertigt. Es zeigt sich, dass solche Maassregeln nöthig waren, denn als Hotoman damals zurückkehrte, trafen die Guise's Anstalten, ihn abfangen zu lassen, sodass er sich gezwungen sah, in Strassburg zu bleiben (*Hot. an Phil. Strassb., d. 6ten Aug. 1561. Hs. Fr.*) Ebendieselbe Gefahr veranlasste die H. auch zu höchster Vorsicht in der Uebersendung der Gesandtschaftsbeglaubigungen. So wurde im Jahr 62 Dohna nur mit einem einzelnen Credenzbrief (der ja im Nothfall leichter zu vernichten war) nach Deutschland geschickt; ein besonderer Bote sollte die andere überbringen, wurde aber von den Gegnern niedergeworfen; darauf wurde auch Schomberg mit einer einzelnen Credenz abgefertigt; die andern sandte man mit verschiedenen Boten auf weiten Umwegen nach Deutschland (*Hot. an Phil. Strassb., den 7. Juni 1562 s. Beilagen*). Aus späterer Zeit erinnere ich mich noch einen Brief des Admirals gesehen zu haben, der mit ganz kleiner Schrift auf einem schmalen Papierstreifen zusammengedrängt war, jedenfalls auch eine Maassregel, um die Vernichtung des Schriftstücks im Fall der Bote angehalten würde zu erleichtern. Aus diesem Bedürfniss der Vorsicht möchte auch die Auslassung der Bitte um ein Darlehn in der oben genannten Instruction zu erklären sein.

¹¹⁹⁾ Kluckh. I p. 291.

¹²⁰⁾ Häberlin IV 599 sequ.

¹²¹⁾ *Mém. de C.* III p. 443, 444.

¹²²⁾ *Hot. an den hess. Secretär Christ. Harsack. Strassb., d. 7. Juni 62. Hs. Fr.*

¹²³⁾ Auf Philipps Schreiben vom 19. Ap. (p. 59 Anm. 109) antwortete August: Die Haltung Condés und des Admirals sehe, wo nicht einem Aufruhr, doch einem Bürgerkrieg gleich. Wäre es ihnen allein um das Wort Gottes, nicht um das Regiment zu thun, so würden sie sich mit den Concessionen der Regierung, nämlich dass Niemand in die Häuser der Evangelischen gehen noch sie beleidigen solle, zufrieden gegeben haben. Zudem haben sie die Mehrzahl der Regenten des jungen Königs gegen sich. Ueber die Besorgniss des Landgrafen, dass, wenn die Papisten in Frankreich Recht behielten, gegen die deutsche Nation ähnlich gehandelt werden möchte, hat er sich schon in einem

Brief vom 18. April (liegt nicht vor) ausführlich geäußert; er beharrt auf seiner Meinung, dass zwischen Deutschland und Frankreich ein grosser Unterschied sei. Einig ist er mit dem Landgrafen, dass man keinem von beiden Theilen (Philipp hatte nur von den »Papisten« gesprochen) Kriegsvolk zulassen dürfe; hat in seinem Land schon verboten, dass Jemand fremde Herren zuziehe. Doch meint er, da nicht viel Geld in Frankreich sei, würden die Werbungen sich von selbst verbieten etc. Aug. an Phil. Torgau, d. 28. Ap. Hs. Fr.

¹²⁴) Phil. an Aug. s. d., gegen Mitte Mai, Hs. Fr.

¹²⁵) S. unten p. 80. Als das Gelingen der katholischen Werbungen den Vermittlungsplan der Fürsten bereits in Frage stellte (s. p. 63, 64), suchte Philipp auch August noch zur Theilnahme an demselben zu bestimmen, um ihm mehr Nachdruck zu geben und durch August auch Kf. Joachim heranzuziehen (Phil. an Aug. Allendorf a. d. Werra, d. 29. Mai. Hs. Fr.). Die Antwort ist nicht bekannt, doch ist vorauszusetzen, dass August sich ablehnend verhielt.

¹²⁶) Kluckh. I. p. 293—295. Mém. de. l. III p. 281—287.

¹²⁷) Soldan II p. 67 Note. Philipp war höchlichst erbittert über den Rheingrafen; derselbe hatte ihn brieflich um ein Pferd gebeten; Philipp aber will ihm, um sich gegen die Christen brauchen zu lassen, »ein gemaltes Pferd und kein anderes« schicken. Phil. an Aug., d. 7. Mai. Hs. Fr.

¹²⁸) Johann von Trier an Friedr. Coblenz, d. 5. Mai, Hs. Pf.

¹²⁹) Kluckh. I p. 299. State papers 1562 No. 74 (2).

¹³⁰) Phil. an Friedr. Kassel, d. 17. Mai. Hs. Fr.

¹³¹) Phil. an Friedr. Kassel, d. 25. Mai. Hs. Pf.

¹³²) Kluckh. I p. 294.

¹³³) Phil. an Friedr. Cassel, d. 12. Mai. Hs. Fr.

¹³⁴) Es findet sich keine Spur eines solchen Unternehmens. Uebrigens scheint es, dass der Kurfürst und Landgraf um dieselbe Zeit die Werbung Rogendorfs noch auf andere Weise zu vereiteln suchten. Vgl. Anm. 177.

¹³⁵) Kluckh. I p. 299, p. 304. Abschied zu Bingen vom 26. Mai. Hs. Fr.

¹³⁶) S. p. 60.

¹³⁷) Phil. an Friedrich. Cassel, d. 12., 17., 24. Mai; an Christoph, mut. Friedrich. Allendorf a. d. Werra, d. 28. Mai; der hess. Secretär Christ. Harsack an Vezines, Allendorf a. d. Werra, d. 28. Mai. Sämmtlich Hs. Fr.

¹³⁸) S. Anm. 144.

¹³⁹) Instruction Dohna's, Mem. de C. p. 497 ff. Das Schriftstück ist daselbst unter dem 14. Juni publicirt; Kluckhohn (I p. 305) hat schon bemerkt, dass dieses Datum zu spät fällt; eine Abschrift zu Marburg (Abth. Fr.) datirt von Orleans, d. 19. Mai; dieses Datum ist für richtig zu halten, da Hotoman in einem Brief von Orleans, d. 17. Mai Dohna's Abreise als unmittelbar bevorstehend erwähnt (s. Anm. 118).

¹⁴⁰) S. p. 64, Anm. 135.

¹⁴¹) Schönberg reiste erst in den Zwanzigen des Mai ab; inzwischen, wie es scheint, correspondirten Friedrich und Christoph über Aenderungen in der Fassung der Briefe, welche Jener mitnehmen sollte (Kluckh. I p. 303.) Philipp äussert hierüber (an Aug., Allendorf a. d. Werra, d. 29. Mai, Hs. Fr.): das Geleit sei aus Frankreich noch nicht angekommen, »welches dann die ursach ist, dass es langsam in der pfalzgräfischen kanzlei von statten gehet«. Möglich, dass die Finanznoth und Sparsamkeit Friedrichs auch den Fortgang der Kanzleigeschäfte sehr beeinträchtigte, denn dieselbe Verschleppung findet sich hier auch in andern Dingen. — Schönberg traf den französischen Hof am 2. Juni im bois de Vincennes. (Schönb. an Friedr. s. l. d. 6. Juni. Hs. Fr.)

¹⁴²) State papers 1562 74 (2), 244 (1).

¹⁴³) Kugler II p. 354. Kluckh. I. p. 305. Note.

¹⁴⁴) Kugler II p. 353—355 Note 145, 146, 149.

¹⁴⁵) Friedrichs Antwort an Dohna vom 1. Juni, Kluckh. I p. 305. Chri-

stophs Antwort ist aus Friedrichs Brief an denselben vom 2. Juni, Kluckh. l. c. zu entnehmen. Dohna war zuerst bei Christoph, dann bei Friedrich (ibid.). Ueber die Motive Christophs vgl. noch Kugler II p. 355.

¹⁴⁶⁾ Erwähnt bei Friedr. an Phil. Heidelb., d. 20. Juni, Hs. Fr. Demnach hatte Philipp Jenem am 12. Juni die Dohna ertheilte Antwort zugesandt.

¹⁴⁷⁾ Eine directe Aufzeichnung über diese Vorgänge ist nicht vorhanden, und aus den bezüglichen Andeutungen anderweitiger Schriftstücke ist nur soviel klar zu erkennen, dass man sich sofort einer Anzahl von Adeligen und untergeordneten Offizieren zur Werbung und Anführung der Truppen versicherte. Dies ergiebt sich aus einem Bescheid von acht Officiern auf die Zumuthung, noch einige Wochen auf Bestallung und Sold zu warten vom 20. Juli (s. p. 75 Anm. 188), des Inhalts: am selben Tag haben ihre »Rittmeister, Rottmeister und Junker« erklärt: da sie nun schon volle sechs Wochen gewartet (dies führt auf Dohna's Anwesenheit in Hessen zurück), auch ausserdem noch allerlei Werbungen im Schwange seien, so sei ihnen beschwerlich, die Reiter noch lange aufzuhalten. Ob dagegen die hier erwähnten Reiter bereits ebensolang warteten, als die Officiere, ist nicht sicher festzustellen. Von weiteren Stücken kommen in Betracht: 1) Eine Anzeige des kurfürstlichen Marschalls an die hugenottischen Agenten Vezines und Schomberg im Auftrag des Landgrafen und Kf. Friedrichs, vom Anfang Juli s. p. 71, Anm. 171: (die Fürsten) »haben auch mit etlichen leuten geredt, reuter uffzuspringen. Wann nun die bestallung, die der von Thon mit sich hat, herausser kompt, sollen die reuter beworben und ufgepracht werden, denn ehir kann dazu nicht gethan werden.« 2) Das Concept eines »Abschieds« zwischen den Obersten Ratzenberg und Schachten und den Agenten Vezines und Schomberg (Hs. Fr.) Dasselbe trägt die Dorsalnotiz: »den 3. Julii zu Marpurg«, und basirt auf dem Anfang Juli entworfenen Plan der Fürsten, die Bürgschaft für eine Anleihe der hugenottischen Anführer zu übernehmen (S. p. 70, 71). Dagegen beginnt der Text mit den Worten: »Uff heut dato den vierzehnten Junii anno domini 1562 haben von wegen des Prinzen von Conde Vezines und Caspar von Schonberg mit Johann von Ratzenberg und Henrichen von Schachten gehandelt wie volgt«. Im Verlaufe wird bestimmt, dass Ratzenberg und Schachten binnen Kurzem 2000 Reiter zu sich bescheiden, ihnen die »Nottel« der Bestallung (welche Dohna mitgenommen, s. voriges Citat) vorlesen und sie für Condé festmachen sollen. (Folgt darauf ein Kostenanschlag für die Werbung von 2000 Reitern und 2000 Hakenschützen und wird erklärt: wolle der Prinz die Reiter und Hakenschützen haben, so müsse er zunächst die unterschriebene und besiegelte Bestallung, Anritt- und Laufgeld, Caution für den weitem Sold, und, da die Fürsten für ihn Bürge werden sollen, eine Obligation für die Versicherung derselben »herausschicken«. 3) Philipp schreibt an Vezines, Cassel, d. 12. Juni (Hs. Fr.): bei Dohna seien mehrere treffliche Capitäne gewesen, die Reiter aufbringen könnten: Dohna werde ihm darüber berichten; es sei nur unmöglich, Reiter ohne Bestallung und Geld aufzubringen. 4) Derselbe an Hotoman, Bessa (? das Wort ist undeutlich), d. 16. Juni (Hs. Fr.): von Dohna werde H. hören, in quo statu sint res de copiis equestribus. 5) Hotoman antwortet Strassburg, d. 16. Juni: »volo 6 V. gratias immortales agere, quod primus incipias militem nostra causa conscribere«. Er stützt sich hierbei auf ein Schreiben Dohna's (Beilagen No. VI). Doch ist ein Missverständniss nicht ausgeschlossen; Philipp antwortet wiederum 6) »es gehet nicht so schlecht zu, wie Ir meynet, . . . das in einer solchen eyle reuter ufgebracht werden können...dan ir wisset wol, wan reuter ufgebracht werden sollen, das alda gelt und bestallung seyn mus.« (Cassel, d. 26. Juni Beil. No. VII).

Aus mehreren der citirten Stellen (unter No. 1, 3, 6,) geht hervor, dass die Reiter nicht eher »aufgebracht« werden sollten, als bis Geld und Bestallung vorhanden wäre; auch wird noch Anfang Juli bestimmt, dass Ratzenberg und Schachten Reiter für den Dienst Condé's gewinnen sollen; dies schliesst aber nicht aus, dass man sofort nach Dohna's Anwesenheit schon Rücksprache mit Reitern nehmen und sie (wenngleich ohne contractliche Bindung) zum Warten veranlassen liess, um, sobald Bestallung und Geld vorhanden wären, sie ohne Verzug anreiten lassen zu können. Dafür, dass es sich so verhielt, spricht

a) die Aeusserung Hotomans unter No. 5; b) die Rückdatirung des Vertrags zwischen den hessischen Obersten und den Agenten Condés (s. No. 2). Die letztere lässt sich mit Wahrscheinlichkeit nur so erklären, dass man schon im Juni Reiter zum Warten veranlasst hatte und darum dem Vertrag Gültigkeit vom 14. Juni an verlieh, weil Reiter und Officiere von dieser Zeit ab Ansprüche auf Wartgeld und Ersatz für aufgewandte Kosten machten.

¹⁴⁸⁾ Hotoman an Phil. Strassb., d. 7. Juni, Hs. Fr. In Wahrheit stand die Ankunft jener Hilfstruppen noch ziemlich weit in der Ferne; s. Soldan II p. 50.

¹⁴⁹⁾ Dass Schomberg vor Hotoman abgefertigt worden, theilt Letzterer mit: Hot. an Phil. Strassb., d. 7. Juni (s. Beil. No. V). Dass Bar wiederum vor Schomberg abgereist, ergibt sich daraus, dass er etwa eine Woche früher eintraf: in der Antwort auf Schombergs Werbung, die vom 14. oder 15. Juni datirt (vgl. Anm. 162) sagt Christoph, Condé habe »bey acht Tagen«, Einen vom Adel, Louis de Bar, bei ihm gehabt. (Es ergibt sich hieraus, dass Friedrichs Empfehlungsschreiben für Bar an Christoph bei Kluckh. I p. 306, angeblich vom 9. Juni, in frühere Zeit zu setzen ist, denn nach Obigem muss Bars Aufenthalt bei Christoph etwa auf den 7. Juni, der in Heidelberg noch früher fallen.) Hotoman reiste (nach dem oben citirten Schreiben) am 29. Mai von Orleans ab und traf am 6. Juni in Strassburg ein; von dort wandte er sich am folgenden Tag brieflich an Philipp, Friedrich und Christoph. Am 28. Mai war Ocques wieder in Orleans eingetroffen (Hot. an den hess. Secretär Christ. Har-sack, Strassb. d. 7. Juni. Hs. Fr.), seine Ankunft wird also zwischen die Abfertigung Schombergs und die Hotomans fallen.

¹⁵⁰⁾ Nach dem in voriger Anm. erwähnten Empfehlungsschreiben Kurfürst Friedrichs für Bar hatte derselbe Auftrag von der Königin-Mutter den deutschen Fürsten mitzutheilen, dass sie deren Vermittelung gern sehen würde; beruhte dies auf der Wahrheit, so wäre zu schliessen, dass die Königin, als sie nachmals die angebotene Vermittelung ausschlug, unter dem Zwang des Triumvirats stand (s. p. 71). Christoph in seiner Antwort auf Schombergs Werbung (siehe Anm. 162) erwähnt: vor Schomberg habe auch Bar bereits im Namen Condés um Unterstützung mit Fussvolk und Reiterei sowie drei Monate Sold für dieselben angehalten, und darauf zur Antwort empfangen: obwohl hochbedenklich sei, Kriegsvolk aus dem Reich fremden Nationen zuziehen zu lassen, in Betracht dass Seine fürstl. Gnaden selbst nicht wüssten, wann man desselben bedürftig sein möchte, so wollten Dieselben doch, falls andere Chur- und -Fürsten durch die Finger sähen, gleichfalls Pass und Durchzug gestatten. Dass sie aber dem Prinzen helfen und Beistand thun sollten, wäre seiner f. Gn. hochbedenklich, da etliche Chur- und -Fürsten Unterhandlung angeboten hätten, auch ihre Gesandten allbereits abgereist wären, somit die Unterstützung ihren kur- und fürstlichen Gnaden zu nicht geringem Verweis und zu mehrer Zerrüttung der Sachen gereichen möchte. Wenn der Prinz seine Werbeoffiziere namhaft mache, so wolle er denselben in seinem Land heimliche Bewerbung und Pass gestatten. — Ob Bar noch bei anderen Fürsten gewesen, was er bei denselben geworben und was für Antwort erhalten, erfahren wir nicht. Wie erklärt es sich, dass Bar von dem Auftrag Condé's (der übrigens wohl nicht anzuzweifeln ist) bei Friedrich, wie nach dem oben erwähnten Begleitschreiben scheinen muss, Nichts verlauten liess? Auffällig ist auch, dass eine von Friedrich und dem Landgrafen im Juli den Agenten Condés ertheilte Antwort (s. p. 71 Anm. 171) in einer Aufzählung der hugenottischen Boten, die bisher um Hilfe gebeten, Bar nicht nennt: »mit der Zeit der underhandlung sei durch den von Thon, Hottomann und Schombergk gesucht worden umb hilf dem Prinzen von Conde zu leisten«.

¹⁵¹⁾ Gemeinschaftliche Vollmacht für Schomberg und Hotoman, Orleans d. 29. Mai, Hs. Fr. Dass der Schomberg bei seiner Abreise ertheilte Auftrag mit dem in dieser Vollmacht enthaltenen übereinstimmt, ist sehr wahrscheinlich, denn schon vor ihm hatte Bar ganz denselben Auftrag ausgerichtet, welchen die Vollmacht vom 29. Mai angiebt. (S. Anm. 150.) Nur das Versprechen der Rückerstattung des dreimonatlichen Soldes wird hier nicht erwähnt, doch wird

dasselbe, nachdem bereits durch Dohna Caution für die Rückerstattung des Soldes angeboten worden, auch in Bar's Auftrag nicht gefehlt haben.

¹⁵²) S. Anm. 149. Dr. Heiderich Krug, den Philipp zu der Vermittelungs-gesandtschaft abgeordnet, schreibt am 21. Juni aus Strassburg: Vezines und Hotoman haben viel bei den anwesenden Gesandten um Hilfe und Vorschuss von Geld angehalten; ein Theil derselben hat darüber an die Herren berichtet etc. Hs. Fr.

¹⁵³) Hot. an Phil. Strassb. d. 7. Juni, Beil. No. V. Die Briefe an die anderen Fürsten (s. am Ende des Schreibens) waren gleichlautend.

¹⁵⁴) Wolfg. an Christ. den 12. Juni, s. Kugler II p. 355. Die Ziffer 2100 scheint auf Landgraf Philipps Vorschläge (s. p. 65) zurückzuweisen.

¹⁵⁵) Geht hervor aus Christ. an Friedr. Neustadt am Kocher d. 14. Juni, s. Anm. 162.

¹⁵⁶) Kluckh. I p. 313 Note.

¹⁵⁷) Ueber die Veranlassung s. Ortloff I p. 250—259. Der Zweck war auch von Johann Friedrichs Seite unter Anderem Besprechung der französischen Angelegenheiten.

¹⁵⁸) Friedr. an Phil. Heidelberg d. 16. Juni, Hs. Fr. Demnach hatte er Philipp schon am 15. Juni diese Mittheilung gemacht.

¹⁵⁹) Friedrich an Phil. Heidelb. d. 20. Juni. Hs. Fr. Demnach hatte der Rath in Strassburg sich erboten, gegen Bürgschaft den Hugenotten 30,000 Thaler vorzustrecken.

¹⁶⁰) Vgl. Philipps und Christophs Correspondenz über die Guise's vor dem Ausbruch des Kriegs p. 48. Christ. an Phil. d. 10. April, Kugler II p. 338. — Am 19. März hatte Christoph in Folge der Nachricht von dem Massacre zu Vassy Guise gebeten, eine zufriedenstellende Erklärung über den Vorfall abzugeben, damit er die deutschen Fürsten beruhigen könne (p. 47). Indessen hat Guise das Bedürfniss empfunden, dem Herzog das Gemetzel zu Vassy und seinen bewaffneten Zug an den Hof in unverfänglichem Licht darzustellen; er richtete daher sofort nach seinem Einzug in Paris ein langes Schreiben an Christoph (dd. 17. März Bulletin Bd. 24, p. 212 ff.); ebenso antwortete er ausführlich auf das Schreiben vom 19. März und versprach dabei, bald wieder Rascalon zum Herzog zu senden, um sich und seinen Bruder, den Cardinal, zur Zufriedenheit Christophs zu rechtfertigen. (Paris d. 10. April, Bulletin l. c. p. 501 ff.) Diese Antwort schickte Christoph an Philipp (Stuttgart d. 28. Apr, Hs. Fr.) mit der Bemerkung: Guise wolle sich wegen des Vorfalls zu Vassy schön machen; dennoch bemerke man, dass er sehr erbittert sei: Gott bekehre ihn von solchen Thaten abzustehen. Immerhin hat er die Hoffnung, wie sich aus dem Weiteren ergiebt, noch nicht aufgegeben. Guise's Schreiben vom 17. März war, soweit es das Ereigniss zu Vassy betraf, auch in einem Bericht über dasselbe inserirt worden, den Guise zu seiner Vertheidigung drucken liess. (S. Mém. de Condé Bd. III p. 119 ff.) Dieser kam durch den Gesandten des Hofes Courtelary auch in Christophs Hände (siehe das Schreiben Christophs an Guise, Mém. de Condé p. 372; über das Datum unten). Christoph musste erfahren, dass einige Worte dieses Berichts (il vous peult souvenir, monsieur mon cousin, de ce que nous en disions dernièrement ensemble; s. bulletin l. c. p. 216) ihn in Deutschland in den Verdacht brachten, er habe Guise zu Zabern seine Beistimmung zu der That von Vassy gegeben; Christoph schreibt darauf zwar an Philipp, Stuttgart den 25. Mai: er werde sich des Betrugs halber, den ihm die Guise's gespielt, vor Kur- und -Fürsten wohl zu rechtfertigen wissen: Guise habe versprochen, Rascalon mit Berichten und Erklärungen zu ihm zu schicken; geschehe es, so sei es gut; andernfalls sollen sie erfahren, dass sie nicht mit einem Kinde gehandelt haben (Hs. Fr.); nichts destoweniger drängt er Guise in einem langen Schreiben, Rascalon bald zu schicken, damit er etwas erfahre, was er den Anschuldigungen, die in Deutschland gegen Guise erhoben würden, entgegenstellen könne; zwar lässt er Warnungen vor gewalthätigem Vorgehen gegen die reformirte Religion einfließen und giebt zu erkennen, dass alle Umstände sehr für die Schuld der

Guises sprechen: dennoch lautet der Brief noch fast wie ein Vertrauensvotum. (Ohne Datum publicirt Mém. de Condé III p. 372; nach Hs. Wü. Sammelb. datirt er aus Stuttgart vom 28. Mai; Kugler II p. 341 Note 115 setzt ihn fälschlich auf den 13. Juni, hängt ihm aber eine Nachschrift an, die in der That zu einem Brief an Guise vom 13. Juni (s. unten) gehört. Der Brief vom 28. Mai hat eine andre Nachschrift, welche in dem Mém. de Condé fehlt, des Inhalts: Guise möge dem Herzog sein Schreiben nicht verübeln; er habe geschrieben gemäss dem allgemeinen Gerücht in Deutschland; seine Worte seien dictirt von seinem Interesse für Guise: er wünsche, dass derselbe sich nicht den Zorn Gottes zuziehe). Hierauf empfängt Christoph am 3. Juni durch den Boten, mit dem er sein Schreiben vom 27. Febr. an Navarra geschickt (s. Anm. 64), Briefe Guise's und des Cardinals von Lothringen vom 22. Mai aus Paris (Mém. de Condé III p. 452), welche die Sachlage wiederum vom Standpunkt der officiellen Manifeste darstellen; ein Schreiben Navarras von Paris d. 20. Mai (Hs. Wü. Sammelb. Navarra erklärt sich als lebenslänglicher Schuldner des Herzogs für den frommen Eifer, welchen derselbe in den Verhandlungen zu Zabern bewiesen; hofft, dass derselbe allerlei Geschrei, welches vielleicht verbreitet worden, nicht glaube, und bittet ihn, hierin fortzufahren, wenn seine, N.'s Neider, die gegenwärtigen Unruhen benutzen wollen, ihn zu verleumden: er möge sich darauf verlassen, dass Navarra keinen Fleiss sparen werde, die Religion mit Gottes Gnade zu erhalten) und ein solches von Rascalon aus Paris d. 23. Mai Hs. Fr. (Rascalon versichert, dass des Herzogs Vorschlag zu einem Religionsgespräch [d. h. der guisische Trugvorschlag] dem König, der Königin-Mutter, Navarra und andern Fürsten und Herrn vorgelegt worden sei und dass dieselben befunden haben, durch dieses Mittel könne Ruhe in der ganzen Christenheit hergestellt werden. Theilt mit, die Herren von Guise wünschten sehr, dass Christoph einen zuverlässigen Mann nach Frankreich schicke, um den Stand der Dinge auf beiden Seiten wahrheitsgemäss zu erkunden. Er selbst hofft, bald bei dem Herzog zu sein etc.) Diese vier Schreiben sendet Christoph Stuttg. d. 4. Juni (Hs. Fr.) an Philipp mit der Bemerkung: es sei ein listiges Gesindel; dennoch müsse man den Vorschlag des Cardinals zu einem Religionsgespräch immer noch in Erwägung ziehen, denn Gott könne wohl Gnade geben, dass die Theologen sich verglichen. Man kann dies Gebahren doch wohl nicht anders auffassen, als dass der Herzog, obwohl sehr schwankend geworden, doch noch im Stillen Hoffnung auf die Guise's setzte. Erst die Nachricht von der Bittschrift des Triumvirats vom 4. Mai (s. p. 61. Christoph empfing dieselbe später als jene Briefe, wie er am 13. Juni, in dem unten erwähnten Schreiben Guise mittheilt) machte ihn, wie es scheint, völlig an Guise verzweifeln. Ludwig von Bar, der etwa um den 7. Juni bei ihm war, theilt er mit: obgleich Anfangs die Sachen des Prinzen von Condé halber bei Vielen ein Ansehen gehabt, als ob Privatsachen und Affectiones der von Guise halber mit untergelaufen, und nicht Alles so einfach der Religion wegen geschähe, so sei man doch auf andere Gedanken gekommen, seitdem des Connetable, Marschalls von St. André und Guise's Bedenken, Scriptum und Protestation, wie man es nennen wolle, veröffentlicht worden (vgl. Anm. 147, 162). Hierauf wartet Christoph noch eine Zeit lang (wie er Philipp Stuttg. d. 20. Juni mittheilt; Hs. Fr.) vergeblich auf Rascalon; den 13. Juni endlich kündigt er Guise in einem ziemlich scharfen Schreiben den Glauben auf, während ein gleichzeitiger Brief an den Cardinal von Lothringen, vermuthlich weil derselbe an dem Gemetzel zu Vassy und der Bittschrift vom 4. Mai nicht betheiligt gewesen, immer noch verhältnissmässig milde lautet. An Guise: stellt ihm vor, welche Folgen die Verwirklichung solcher Pläne, wie sie die Bittschrift vom 4. Mai enthält, nach sich ziehen würde. Solche Edicte würden mit keinerlei Grund noch Schein dem König (dessen Herz in der Hand Gottes steht, und der mit dem heiligen Geist zu regieren hat) zugemessen werden können, auch könnte mit keinerlei Schein noch Ansehn dem Wort Gottes solche Schmach und Schande angethan werden. Die politischen Gesichtspunkte der Bittschrift fallen nicht in's Gewicht, denn wo Gott und sein Wort ausgetrieben werden sollen, ist vom politischen Regiment so wie so nichts Gutes zu erwarten, »wie dan E. L. bruder, der Cardinal von Lottringen, in deren an uns ausgangen schreiben auch ganz vernunftig und gottseliglichen

anregung gethan«. Folgen Ermahnungen und ein Zettel, dessen Inhalt Kugler II p. 341 Anm. 115 im Auszug irrthümlich als Nachschrift eines früheren Schreibens (s. oben) mittheilt. — An den Cardinal: Christoph giebt seinem Schmerz über die Bittschrift des Triumvirats Ausdruck und beschwört den Cardinal, Gottes Zorn, die Unmündigkeit des Königs, die furchtbaren Folgen, welche die Christenverfolgung haben müsste, etc. zu bedenken, und Alles aufzubieten, um einen Frieden zu bewirken, bei dem Gottes Wort seinen Lauf behalte. Erst wenn ein solcher Friede hergestellt worden, kann das Religionsgespräch (dessen der Cardinal in seinem Schreiben vom 22. Mai wieder Erwähnung gethan) mit Erfolg angestellt werden, wie denn auch Christoph es alsdann an Eifer für das Werk nicht fehlen lassen will. — Beide Guise's werden gebeten, die Vermittlungsgesandtschaft der Fürsten nach Kräften zu unterstützen. (Beide Schreiben Hs. Fr. und Hs. Wü. Sammelb.) Guise war dreist genug, selbst daraufhin noch ein Schreiben zu seiner Rechtfertigung an Christoph zu richten, in welchem er übrigens unverblümt bekannte, dass er gesonnen sei, bei der katholischen Religion zu bleiben. (Mem. de Condé III p. 562.) Christoph war jetzt freilich von seinem Vertrauen zu den Guise's geheilt. S. Kugler II p. 242—244. Im August kam Rascalon noch einmal mit Briefen an mehrere Fürsten nach Deutschland; s. Kluckhohn I p. 328, 329; Mém. de C. III 526, 528. Christoph liess ihn durch Beauftragte abfertigen; dieselben hielten ihm der Reihe nach ausführlich vor, was zwischen Christoph und den Guise's seit dem Beginn ihrer Correspondenz im vorigen Jahr verhandelt worden, und dass Guise in Allem und Jedem seine Versprechungen gebrochen, seinen Worten zuwidergehandelt habe und dadurch Herzog Christoph unverdienter Weise in Deutschland zu schlechtem Ruf gekommen sei; sie beauftragten Rascalon, Guise im Namen des Herzogs zu berichten: da die Sachen so lägen, möge Guise Christoph nicht verargen, dass er jetzt und so lange er auf seinem Vorhaben beharre, sich mit Jenem weder brieflich noch durch Gesandtschaft einlasse, noch Geschenke von ihm annehme (R. hatte zwei englische Hunde als Geschenk Guise's für Christoph mit), desgleichen, falls er ehrenhalber dazu verursacht würde, die ganze Verhandlung, welche zwischen ihm, Guise und dem Cardinal von Lothringen ergangen, mündlich, schriftlich und im Druck bekannt mache, denn die Ehre sei ihm lieber, als aller Welt Gut. Rascalon gesteht bei dieser Vorhaltung Punkt für Punkt deren Richtigkeit zu und spricht am Ende die Hoffnung aus, der Herzog werde ihm nicht verargen, dass er als gehorsamer Diener Guise's dessen Befehl ausgerichtet (zu Urach den 8. Sept. 1562, Hs. Wü. Relation des Sammelbandes).

¹⁶¹⁾ Kugler II p. 355. Kluckh. I p. 320, Note I.

¹⁶²⁾ Als Schomberg bei Friedrich gewesen, schrieb derselbe an Christoph; dieser antwortet aus Neustadt am Kocher (über das Datum s. unten): wenn Hessen, die beiden Pfalz, Baden und Württemberg allein sich in die Unterstützung Condés einlassen sollten, so möchte ihnen das sehr zum Verweis gerathen, zudem Zerrüttung in den Religionsfrieden bringen. Da nun Friedrich für rathsam achte, dass es vor alle Fürsten der augsburgischen Confession gebracht werde, so möge er sofort an Kursachsen und Brandenburg schreiben, um deren Meinung zu erfahren, ob nicht ein Convent aller Religionsverwandten zu Stande kommen könne, denn so privatim in die Sache hineinzugehen sei bedenklich. Mit diesem Schreiben schickt er die Beantwortung Schombergs: er beharrt darin auf dem Bescheid, den er schon Bar ertheilt. (s. Anm. 150.) Schomberg hat ihm neben seiner Bitte um Unterstützung noch mitgetheilt: wenn die Fürsten und Kurfürsten der augsburgischen Confession die Evangelischen in Frankreich unterstützten, so würden sie sich alle zur augsburgischen Confession bekennen. Hierauf hat Christoph geantwortet: wegen der Verschiedenheit der Confession hätten bisher die Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg und Andere sich mit den französischen Religionsangelegenheiten nicht befassen mögen; wenn aber Condé und Alle, die in Frankreich das Papstthum von sich gethan, sich öffentlich und mit dem Herzen zur augsburgischen Confession bekannten, im Artikel vom Abendmahl eine aufrichtige Erklärung thäten u. s. w., so würden die Kur- und Fürsten seiner Meinung nach bedenken,

wie dem Prinzen und seiner Partei mit Rath und Beistand zu helfen sei, auch der Gegentheil aufhören, sie zu verleumden, als ob sie mit den Deutschen in Glaubenssachen nicht übereinstimmten, und so möchte dem ganzen Werk stattlich geholfen werden. (Da wir nicht hören, dass Schomberg von diesem Punkt auch bei andern Fürsten geredet hätte, scheint es, dass Christoph schon vordem die hugenottische Parteileitung zur Annahme der augsb. Conf. gedrängt, und der Gesandte demgemäss beauftragt war, ihm Hoffnung zu machen. Vgl. State papers 1562 No. 246 [23]). — Nach Copien, die Kurfürst Friedrich von Heidelberg d. 16. Juni (Hs. Fr.) an Philipp sandte, datirt das obige Schreiben Christophs von Neustadt am Kocher d. 14. Juni, die Beantwortung Schombergs vom selben Ort, d. 15. Juni; eins dieser Data muss verschrieben sein, vermuthlich das letztere, da der Zwischenraum von einem Tag wohl nicht genügte, die Briefschaften nach Heidelberg zu bringen.

¹⁶³) Dr. Krug an Philipp, Strassb. d. 21. Juni Hs. Fr.: am 24. Juni werden Christ. u. Wolfg. durch Strassburg nach Reichweier ziehen, Geschäfte halber, welche die Gräfin von Mömpelgard betreffen.

¹⁶⁴) Kugler II p. 355, 356.

¹⁶⁵) Kugler II p. 358 Note 157. Aus dem Anm. 162 citirten Schreiben ergiebt sich, dass die vorgeschlagene Zusammenkunft die französischen Angelegenheiten berathen sollte.

¹⁶⁶) Kugler II p. 356. Christ. an Friedr. Münsingen d. 23. Juli (Hs. Pf.) erklärt betreffs der von Andelot begehrten Kriegshilfe: er weiss sich in nichts Anderes einzulassen, als was er selbst, Wolfgang und Karl von Baden dem Grafen Valentin von Erbach erklärt und schriftlich zugestellt haben.

¹⁶⁷) Schomberg's Werbung, Cassel d. 24. Juni, Hs. Fr.

¹⁶⁸) S. Anm. 173.

¹⁶⁹) Es wäre auch möglich, dass Vezines noch vor der Strassburger Conferenz, um die Unterstützung zu beschleunigen, nach Kurpfalz und von da (vielleicht in Begleitung des Kurfürsten) nach Hessen reiste, denn er hatte damals diese Absicht. (Dr. Krug an Phil. Strassb. d. 21. Juni, Hs. Fr.)

¹⁷⁰) Phil. an Hot. d. 26. Juni. Kassel, (Beil. VII): will sich mit Friedrich über die französischen Angelegenheiten bereden; fürchtet, es werde zu einer öffentlichen Unterstützung nicht kommen.

¹⁷¹) Nach einem Concept: »volget was der pfalzgrävische churfürstliche marschalck dem Vesine und dem von Schonberg angezeigt«. (Hs. Fr.)

¹⁷²) S. p. 67 Anm. 147.

¹⁷³) Vom Anfang des Juli findet sich in der Abth. Sachsen (ernestinische Linie) ein Fascikel, betreffend nachbarliche Irrungen zwischen Philipp und Johann Friedrich (über Holzflösserei auf der Werra, Jagd u. a. m.) und eine Zusammenkunft L. Wilhelms mit Joh. Friedrich zu Eisenach, behufs Ausgleichs derselben. In den betreffenden Acten findet sich Nichts über Besprechungen der französischen Angelegenheit, Landgraf Philipp schreibt aber Friedewald d. 9. Juli an Friedrich: Joh. Friedr. sei, wie er sich gegen L. Wilh. vernehmen lassen, nicht abgeneigt, dem Prinzen von Condé Hilfe zu thun (Hs. Pf. Vgl. Kluckh. I p. 317 Note I); desgleichen L. Wilh. in einem Empfehlungsschreiben an Johann Friedrich für den hugenottischen Agenten Maleville (vgl. p. 77): er habe zu Eisenach von dem Herzog verstanden, derselbe wolle, wenn andere Kur- und Fürsten auch etwas thäten, den Christen in Frankreich 20,000 Floren »geben« (d. h. wohl vorstrecken). Es kann nur die oben erwähnte Zusammenkunft zu Eisenach gemeint sein, denn in den ersten Julitagen, als Philipp mit Friedrich zusammentraf, war dem Landgrafen das Versprechen des Herzogs noch nicht bekannt, sonst hätte er es dem Kurfürsten nicht am 9. Juli schriftlich mittheilen brauchen. Auf dieselbe Weise ergiebt sich, dass Johann Friedrich sich zu Gelnhausen (s. p. 69, 71) noch zu Nichts verpflichtet hatte.

¹⁷⁴) Fr. an Phil. d. 5. Juli, Kluckh. I p. 316. (Dieses Schreiben, welches K. aus einer Copie reproducirt, liegt auch in eigenhändiger Originalschrift vor; es datirt nicht aus Gensheim, sondern aus Bensheim.) Ibid. Note 1.

¹⁷⁵) Häberlin IV p. 615 sequ.

¹⁷⁶) Friedrichs Brief vom 5. Juli; s. Anm. 174. Kluckh. I p. 317 Note 1.

¹⁷⁷) Die Mem. de l. (III p. 500) geben ein undatirtes Schriftstück, welches dort als „ban de l'Empire“ bezeichnet wird, dem Inhalt nach ein Manifest der protestantischen Kurfürsten, Fürsten und Herrn Deutschlands an die deutschen Truppen Rogendorfs. Die state papers, welche (1562 No. 269) einen Auszug geben, setzen es in den Juli. Ein bestimmter Anhalt zur Datirung findet sich nicht. Andeutungen, dass die Fürsten die Truppen Rogendorfs zur Desertion zu bringen suchten, kommen schon früher vor. Heidelb. d. 12. Mai, Hs. Pf. schreibt Friedrich an den Landgrafen: Hans Werner Kalb lasse sich vernehmen, er traute sich wohl, Den von Rogendorf „auf die Haut zu werfen“; darauf beauftragt Philipp seinen lieben Getreuen Hans Werner Kalb, den Befehlen, die ihm der Kurfürst über Rogendorf geben werde, fleissig nachzukommen. (Kassel d. 15. Mai, Hs. Pf.) Hiermit ist das obige Manifest nicht in Verbindung zu bringen, denn aus dem Inhalt desselben ist ersichtlich, dass es den Truppen Rogendorfs, als diese bereits abgezogen waren, nach Frankreich nachgeschickt wurde. Immerhin mag man damals schon versucht haben, die Truppen abspenstig zu machen. Jedenfalls erhoben dieselben bei der Musterung Schwierigkeiten, die Bestallung anzunehmen, weil in derselben ihre Religion nicht ausdrücklich ausgenommen war; sie meuterten zuletzt und es musste ein Bote vom Hof geschickt werden, um ihnen genugzuthun, ehe sie sich auf den Weg begaben. Bei dieser Gelegenheit erwogen Friedrich und Philipp, ob man nicht durch Zahlung des Abzugsgeldes die Truppen zum Auseinanderlaufen bringen solle (state papers 1562 No. 246 (19) und das Anm. 174 Citirte). Ende Juli nun, kurz vor der Vereinigung mit dem guisischen Heer gehen 250 von den Rogendorf'schen Hakenschützen zu Condé nach Orleans über. (state papers 1562 No. 370 (11), 383.) Castelnau bringt diese Desertion offenbar in Bezug zu dem Manifest (t. I p. 116); diese Angabe ist zwar nicht zuverlässig, da in dem ganzen Passus auseinanderliegende Ereignisse vermengt werden: er verlegt den Vorfall in die Zeit der Werbung Andelots, welche weit später stattfand (s. Anm. 206); doch scheint auch der englische Gesandte in Paris das Manifest schon am 8. August vom Hörensagen zu kennen (state papers 1562 No. 425 (14)). Demnach ist das Manifest mit Wahrscheinlichkeit kurz vor diesen Termin zu setzen und sammt jener Desertion auf die Veranstaltung Kurfürst Friedrichs und des Landgrafen zurückzuführen.

¹⁷⁸) Friedrich empfing die Nachricht durch einen Brief des Rheingrafen, dieser von einem Courier, der von der Mutter der Guise's kam. (Der Rheingraf an Friedrich, Thout [? das Wort ist undeutlich] d. 29. Juni.) Friedrich sandte den Brief an Philipp, Heidelb. d. 8. Juli mit der Bemerkung: die Pfaffen breiteten aus, Condé habe sich dem Könige auf Gnade und Ungnade ergeben. Er bittet zugleich den Landgrafen, die werbenden Rittmeister zu benachrichtigen, damit man womöglich das Wartegeld erspare. (Hs. Pf.) Christoph empfing die Friedensnachricht von einem seiner Diener, der am französischen Hof gewesen; diesem hatte Vieilleville, der Gouverneur von Metz, die Anzeige gemacht (Christ. an Phil., Basel d. 14. Juli Hs. Fr.) Anlass und Gelegenheit zur Verbreitung des Gerichts gab die Conferenz zu Beaugenci (s. p. 72).

¹⁷⁹) Seine Unterschrift ist F. de Colligny oder Andelot, nicht d'Andelot oder Dandelot, wie er häufig genannt wird. Die Deutschen nennen ihn „den von Andelot.“

¹⁸⁰) Andelot hatte eine gemeinsame Beglaubigung an alle augsburgischen Confessionsverwandten und einen „offnen Gewalt.“ (Ldgr. Wilh. an Phil., Cassel d. 28. Juli, Hs. Fr.; vgl. Kluckh. I p. 318). Aus einem Duplicat des „Gewalts“ (Beilage des erstcitirten Schreibens) ist die Inhaltsangabe im Text entnommen. Es datirt von Orleans d. 7. Juli und ist ausgestellt von Condé, dem Admiral, de la Rochefoucault, Genlis und Soubise.

¹⁸¹) Kluckhohn I p. 318.

¹⁸²) Friedrich an Philipp d. 19. Juli. Kluckh. I p. 317, 318. Hotoman an Friedrich, Strassb. d. 11. Juli, bei Dareste l. c. p. 37 sequ. Friedr. an Phil. d. 20. Juli, Kluckh. I p. 318.

¹⁸³) S. p. 75.

¹⁸⁴) Kugler II p. 344, 345.

¹⁸⁵) Christ. an Friedr. Münsingen, d. 23. Juli, Hs. Pf., (Antwort auf Friedrichs Schreiben vom 20. bei Kluckh. I p. 318). Kugler II p. 357—359 und Kluckh. I wie bei Kugler citirt. Auch den Kaiser und Maximilian von Böhmen hoffte Christoph noch zur Vermittlung zu bewegen, s. Kugler l. c. p. 359 bis 361. Der bei Kugler p. 357 erwähnte Brief der Rheingrafen (d. d. Sermoize, d. 7. Juli) berichtet den Verlauf der Conferenz zu Beaugenci (s. p. 72; vgl. Soldan II p. 53—57) so, dass die Schuld am Scheitern der Friedensverhandlungen ganz und gar auf die Hugenotten fällt, indem er die Concessionen, welche Katharina denselben in den Verhandlungen gemacht, viel umfangreicher darstellt, als sie in der That waren, so dass es scheint, als hätten die Protestanten sich völlig zufrieden geben können, und behauptet, das Triumvirat hätte in dieselben gewilligt; dennoch lässt der Schreiber durchblicken, dass die Königin in ihren Friedensbestrebungen sehr durch die Haltung der katholischen Partei behindert werde. Seinen eigenen Kriegsdienst stellt er so dar, als habe er seinen Haufen nur für den König geworben und wolle ihn, sobald er gemustert, der Königin zur Disposition stellen, um deren Bestrebungen zu unterstützen. In einer Nachschrift vom 10. Juli bemerkt er, es würde gut sein, wenn man in Deutschland ein Geschrei machte, als wolle man Condé zu Hilfe kommen, oder wenn man in seinem Namen einen Lauf veranstalte: dies würde seine, des Rheingrafen, Bemühungen wesentlich fördern; er glaubt, »die Leute« würden sich leicht schrecken lassen. Hs. Fr. u. Pf.

¹⁸⁶) Phil. an Fr. Carthause Eppenberg, d. 9. Aug. Hs. Pf.; der Landgraf betont namentlich, dass man mit der Hilfe eilen müsse.

¹⁸⁷) Kluckh. I 320.

¹⁸⁸) Ueber die folgenden Unterhandlungen hat schon Rommel (II p. 588) eine kurze Notiz. R.'s Angabe, die französischen Gesandten hätten vor der Unterhandlung mit Landgraf Philipp die Zeit zu Frankfurt beim Kaiser und andern Reichsfürsten mit Reden vergeudet, fällt völlig aus der Chronologie; der Frankfurter Wahltag wurde erst viel später eröffnet. — Eine Antwort L. Philipps aus Rotenburg, d. 26. Juli auf L. Philipps Bericht von der Verhandlung kann nicht wohl vorhanden gewesen sein, da die Verhandlung erst am 28. Juli begann. Aus Rotenburg (im Mscr. »Rodenberg«) vom 26. Juli stammt erst die Instruction für Landgraf Wilhelm, Bing und Rolshausen zur Unterhandlung mit Ocques, Bar und Andelot, sowie mit Ratzenberg und Schachten und zur Vermittlung zwischen diesen und Andelot, nebst einem besonderen Memorial für Landgraf Wilhelm. Ausserdem wurden benutzt: Zwei Berichte Landgraf Wilhelms an seinen Vater, beide d. d. Cassel, d. 28. Juli. Bescheid von acht Officieren, welche melden, dass sie ihre Reiter nicht mehr halten können, d. d. 20. Juli s. l. Schreiben Ratzenbergs und Schachtens (an Landgraf Wilhelm?) welche diesen Bescheid übersenden, Grebenstein, d. 22. Juli. Aufzeichnung über eine resultatlose Verhandlung Landgraf Wilhelms mit Ratzenberg und Schachten vom 27. Juli. (»Reuterbeschwerung«). Sämmtlich Hs. Fr.

¹⁸⁹) Phil. und Rolshausen, Spangenberg, d. 30. Juli, Hs. u. Fr.; R. soll bei der Werbung das Land Hessen nicht von Fussvolk und Reitern entblößen, auch nicht mehr als zehn hessische Adlige mitnehmen, und deren Namen vorher dem Landgrafen angeben: »dann wir uns besorgen müssen, das man uns zusetzen werde.«

¹⁹⁰) Christ. und Fr. an den Landgrafen, d. 9. Aug. (Kluckh. I p. 326): »und nachdem ein anlehen schier einer hilf zu vergleichen sein wil, so ist es besser und auch gegen meniglich viel verantwortlicher, das man sich um die 100 000 fl. allein verbürgen — thue.«

¹⁹¹) Philipp an Landgraf Wilhelm, Meckbach, d. 29. Juli s. Beilagen.

¹⁹²⁾ Abschied L. Wilhelms, Bings und Rolshausens mit Andelot, Kassel, d. 30. Juli. Bericht L. Wilhelms an den Vater vom selben Datum. Hs. Fr.

¹⁹³⁾ Landgraf Philipp an Wilhelm, Spangenberg, d. 30. Juli. Derselbe an Rolshausen, vom selben Datum: schickt ihm eine Zusendung des Herzogs Christoph und Pfalzgrafen Wolfgang, daraus zu entnehmen, dass der König und die Königin in Frankreich wirklich in Gewahrsam seien, damit er vor Gott und der Welt ein um so fröhlicheres Gewissen habe: er möge auch andern ehrlichen Leuten davon Kenntniss geben. (Hs. Fr.) Die erwähnte Zusendung scheint ein Brief des Rheingrafen (der Anm. 185 citirte?) gewesen zu sein, denn in seinen Schreiben an Kf. Aug. und Johann Friedrich (s. nächste Anm.) erwähnt Landgraf Wilhelm: der Rheingraf habe auf ernstliches Befragen dem Herzog Christoph nicht leugnen können, dass der König und die Königin-Mutter nicht freien Willens sondern »custodirt« seien. Vgl. Beil. VIII am Ende.

¹⁹⁴⁾ Schreiben Landgraf Wilhelms an Friedrich, Christoph, Johann Friedrich und August, Cassel, d. 31. Juli. Memoriale für Bar zur Werbung beim Kf. v. Sachsen, für Maleville zur Werbung bei Johann Friedrich, s. d., jedenfalls auch vom 31. Juli. Hs. Fr.

¹⁹⁵⁾ S. Anm. 203.

¹⁹⁶⁾ Fr. an Phil. Heidelb., d. 5. Aug. Hs. Fr.; d. 8., 13., 14. Aug. Hs. Pf. Verhör Andelots durch Landgraf Wilhelm (s. Anm. 200).

¹⁹⁷⁾ Copie s. d. Hs. Fr. Jedenfalls vom 9. Aug. wie das nächste Anm. citirte Gesamtschreiben.

¹⁹⁸⁾ Fried. und Christ. an Phil., d. 9. Aug. s. Kluckh. I p. 324 ff. Das Schreiben datirt von Heidelb., muss aber in Heidenheim entworfen sein, denn aus den Anm. 196 citirten Stücken geht hervor, dass Andelot erst am 13. Aug. wieder in Heidelberg war; seine Reise hatte sich dadurch verzögert, dass er Herzog Christoph nicht in Stuttgart traf.

¹⁹⁹⁾ Concept zu einem gleichlautenden Schreiben Rolshausens an eine Anzahl Adelige; er theilt denselben mit, dass ihm in Eile ein »ehrlicher Handel« bevorstehe, und ladet Diejenigen, welche sich dazu brauchen lassen und eine Anzahl Reiter aufbringen wollen, zu einer freundlichen Besprechung ein. Die Adressaten sind: Otto von Malsburg, Otto von Viermunden, Arndt von Uffeln, Helwig Gilsa, Caspar, Eberhard und Heinrich von Melschede, Hans Stömmel, Milhart Günterrode, Hans von Stockhusen, Johann von Wolmeringhusen, Adam Weis, Meinolf von Beuern. Wer von denselben nachmals wirklich mitgezogen, ist nicht bekannt.

²⁰⁰⁾ Rolshausen an Phil. Wildungen, d. 18. Aug. Hs. Fr. Phil. an Rolshausen und Bing, Immenhausen, d. 19. Aug. Hs. Fr. Phil. an Friedrich, zwei Schreiben vom 18. Aug. aus Immenhausen und Udenhausen. Hs. Pf. Ders. an Christoph, Amelgötz, d. 19. Aug. Hs. Fr. Instruction für Alexander Pflüger und Christ. Harsack, wie sie Andelot befragen und bis zum Eintreffen der pfälzisch-württembergischen Antwort in Haft halten sollen. Information für Philipps Rentschreiber zu Zierenberg, Hans Starck, wie derselbe nach Heidelberg reiten, den Thatbestand ermitteln und nach den verlorenen Schriftstücken suchen soll, Kassel, d. 20. Aug. — Protokoll des Verhörs Andelots durch Landgraf Wilhelm, Cassel, d. 20. Aug. — Bericht, wie »ich« (Bing oder Landgraf Wilhelm?) Andelots Aussagen, erstattet den 19. Aug. zu Wildungen in Gegenwart des Marschalls, dann den 20. Aug. zu Cassel in Gegenwart Pflügers und Harsacks »ungeverlich verstanden.« Sämmtlich Hs. Fr.

²⁰¹⁾ Mit einem Schreiben Friedrichs, Heidelb., d. 21. Aug. Hs. Pf. Sie kamen am 25. Aug. zu Zapfenburg an. Indessen hatte Rolshausen die Werbung, wie aus Acten über dieselbe ersichtlich ist, bereits begonnen.

²⁰²⁾ Der Bericht des Rentschreibers Hans Starck (s. Anm. 200) über seine Recherchen (Hs. Fr. s. d. et l.), die Aussagen von 6 Postbeamten auf der Strecke zwischen Heidelberg und Kassel, welche er mitbrachte (Hs. Fr.), und die Aussagen des »Kellers« zu Darmstadt, welcher mehrmals in Hessen und Heidelberg verhört wurde (passim in der Correspondenz Friedrichs und Philipps,

Hs. Fr. u. Pf.) ergeben nichts Bestimmtes. Die Fürsten stellten schliesslich, wie es scheint, die Recherchen ihrer Resultatlosigkeit halber ein. Im December des Jahres findet sich dann einmal ein andres Pack verlorener Briefe in einem Fass hinterm Stall eines Postbeamten. Philipp sendet darauf an Pfalz und Württemberg Verzeichnisse der seit einiger Zeit an sie abgeschickten Briefe und erbittet solche von den angekommenen; die württembergische Antwort constatirt in der That noch mehrere Verluste. Gelegentlich dieses Falls wird dann die Hoffnung ausgesprochen, dass auch jene Sendung im August nur verschleudert, nicht veruntreut worden. Phil. an Christ. Marburg, d. 10. Dez. Antwort Stuttg., d. 24. Dez. Hs. Wü.)

²⁰³) Verhör Andelots durch Landgraf Wilhelm, s. Anm. 200. Demnach theilte Landgraf Wilhelm Andelot mit, er zweifle sehr, dass sein Vater auf die Zusagen des heidenheimischen Abschieds hin Geld geben werde. Auf die Frage, warum Andelot dem Kurfürsten berichtet, dass der Landgraf allein 50 000 Gulden übernehmen wolle (diese Bestimmung stand nicht in dem Abschied zu Cassel vom 20. Juli, s. p. 76, 77, Anm. 192), antwortet A., dass er dies aus Landgraf Philipps Schreiben vom 29. Juli (s. Beilagen) entnommen, welches ihm nach des Landgrafen Wunsch durch Ludwig von Bar übersetzt worden. Hierüber kam es zu einer heftigen Auseinandersetzung; der Protokollirende notirt das Wort: »Zank«. Gleichwohl findet sich im Anfang jenes Schreibens eine unklare Stelle, aus welcher der Irrthum offenbar hervorgegangen wnr.

²⁰⁴) Friedr. an Phil. Heidelb., d. 21. Aug. Hs. Fr.

²⁰⁵) Christ an Phil. Urach, d. 9. Aug. Hs. Fr.: seine und des Kurfürsten Abgeordnete haben zu Basel um ein Anlehen von 100 000 Gulden angesucht, aber Nichts erhalten, weil die Condischen, sonderlich der von Thun (Dohna) mit ihrem »ungereumbten« Anbringen (jedenfalls bei dem ersten Anleiheversuch im Juli, s. p. 70, 71, 74) die Sache so ruchbar gemacht, dass die Guisischen sofort auch um ein Darlehn eingekommen, und ihnen dadurch der Handel ganz verdorben worden sei.

²⁰⁶) Philipp hatte schon im August ein volles Drittel der ganzen Anleihe erlegt. (Phil. an Christ. Kassel, d. 30. Aug. Hs. Fr.) Christoph hatte sofort nach Abschluss der Verhandlungen mit Andelot zu Heidenheim Wolfgang und Karl von Baden benachrichtigt und gebeten, die Last tragen zu helfen. Die Fürsten zögerten anfänglich, Karl, wie er mittheilt, aus Geldverlegenheit (obwohl er vor Gott und seinem Gewissen bezeugt, dass er es gern sehen würde, wenn die Hugonotten, es wäre gleich heimlich oder öffentlich, unterstützt würden), Wolfgang aus unbekannten Gründen. (Karl an Christ. Pforzheim, d. 16. Aug., Hs. Pf. — Friedr. an Christ. Hirschbühl, d. 24. Aug. bittet den Herzog, nochmals Wolfgang und Karl, trotz der Ablehnung des Letztern, zur baaren Erlegung des Geldes zu mahnen. Hs. Pf.) Inzwischen erboten Christoph und Friedrich sich bei Philipp, zusammen 50 000 Gulden zu erlegen, und baten ihn, im Fall die Anleihe nicht aufkomme, Wolfgang und Karl aber nicht sofort zahlen könnten, das Drittheil der Summe, welches er schon erlegt, bis auf eine Hälfte zu ergänzen. Da er sich consequent weigerte (er führte an, dass er sich bei den »geschwinden Läufen« seines Geldes nicht so ganz entblössen könne, und dass er soeben noch anderweit 15 000 Gulden vorzustrecken habe), so liessen sie es endlich dabei bewenden. Unterdessen (am 9. Sept.) theilte auch Christoph dem Landgrafen mit, dass die Anleihe nicht aufzubringen sei; da nun Andelots Reiter (wie Philipp Christ. am 9. Sept. mit der Bitte, die Zahlung zu beschleunigen, mittheilt) schon Anfang September anzuziehen begannen, musste man, um Musterung und Abmarsch nicht zu verzögern, sich entschliessen, mit Ausnahme der 30 000 Gulden, welche der Rath von Strassburg hergeliehen, wenigstens vorläufig Alles aus eigener Tasche herzugeben. Mitte September erlegten Pfalz und Württemberg 50 000, Karl von Baden, der sich inzwischen entschlossen, 10 000 Gulden. Zur endgiltigen Regelung der Sache beraumte Friedrich (an den Landgrafen, d. 12. Sept.) eine Rättheconferenz zu Heidelberg an. (Friedr. an Phil. ein Schreiben Heidelberg, d. 29. Aug., zwei ebendas., d. 12. Sept. Christ. an Phil. Urach, d. 29. Aug. und 9. Sept., Grafeneck, d. 11. Sept. Phil. an Christ. Cassel, d. 30. Aug., an Friedr. Ziegen-

hain, d. 2. Sept. Sämmtlich Hs. Fr. Kluckh. I p. 338, im Text unten und Note 2.) Man hoffte, Wolfgang werde 15 000 Gulden tragen (des Landgrafen Antheil sollte dann auf 25 000 Gulden herabgesetzt werden, damit er nicht mehr zu leisten hätte, als Pfalz und Württemberg, sodass dann zu 100 000 noch 15 000 Gulden gefehlt hätten); da er aber brieflich erklärte, 10 000 Gulden und nicht mehr erlegen zu wollen, vertheilte man auf der Conferenz zu Heidelberg die Summe endgiltig so, dass Wolfgang und Karl je 10 000, Pfalz, Hessen und Württemberg die übrigen 80 000 Gulden zu gleichen Theilen übernahmen. (Kluckh. I p. 337--339.) Hierbei kamen den letzten Dreien je 10 000 Gulden von der strassburgischen Anleihe zu Gut, sodass schliesslich Jeder von ihnen nur 16 666²/₃ Gulden selbst zu erlegen hatte. Da der Landgraf bereits das Doppelte gezahlt und Kurfürst Friedrich zahlungsunfähig war (die obige Zahlung von 50 000 Gulden im Namen von Pfalz und Württemberg wurde demnach vermuthlich ganz aus der strassburgischen Anleihe und Herzog Christophs Kasse geleistet), blieb Letzterer dem Landgrafen die Summe bis Ostern 1563 schuldig. (Quittung des landgräflichen Schatzmeisters Otto Gleim über 16 666 Gulden 10 Batzen, welche er von Pfalz laut des heidelbergischen Abschieds empfangen, Frankf. am Main, d. 4. April 1563. Hs. Fr.)

²⁰⁷) Phil. an Friedr. Carthause Eppenberg, d. 9. Aug. 1562. Hs. Fr.

²⁰⁸) Phil. an Joh. Fr. Treysa, d. 4. Nov. 1562. Hs. Fr. Dankt ihm, dass er sich gegen Condé und die Seinigen so freundlich und gnädig mit Vorstreckung von Geld erzeigt: Gott wird es lohnen.

²⁰⁹) Phil. an Fr. Romroth, d. 6. Sept. Hs. Fr.

²¹⁰) Landgraf Wilh. an Phil. Torgau, d. 13. Sept. Hs. Corr. m. L. W. »die Anedelotische Handhabung betreffende, darin hab ich uber allen angewandten fleiss nichts mogen erhalten.«

Beilagen.

I.

Philipp an Christoph von Württemberg.

16. December
Rodenberg.*)

Hochgeborner furst, freuntlicher lieber vetter und schwager; wir haben E. L. schreiben underm dato Tubingen den letzten tag Novembris entpfangen, gelesen, bedanken uns jegen E. L. freuntlichen, das sie uns die zeitungen mitgetheilt, und lassen uns gefallen, wie es uns dann gestalten sachen nach vor eine hohe noturft ansiehet, das Vergerius in Franckreich geschickt, und ime uferlegt und bevohlen werde, dem konnig zu Franckreich anzuzeigen was die Bapstlichen und konnig Philipsen legaten des passes halben bei den Graubuntern gesucht und angehalten hette, das von ermeltem konnig zu Franckreich der bundt mit gerurten Grabuntern erneuert, uf das der pass erhalten, und nicht dem Babst und konnig Philipsen zu vorthail kommen muge, mit mehrerm, u. s. w., wie das E. L. ferner bedenken werden; was dann darauf vor uncosten gehen wirdet, wollen wir zu unserm theil willig und gerne erlegen und tragen helfen.

So auch E. lieb bedechten, das gutt sein solte, und es die Churfursten Pfaltz und Sachsen u. s. w. mit einig weren, das die Grabunter durch eine bottschaft, oder in schrieften getrostet, und vermanet wurden, den pass dem Babst und konnig Philipsen der Teutschen Nation zu nachteil nit zu geben, weren wir vor unser person darzu willig.

Da auch ein noturft sein erachtet wurde, weil zu Venedig so schreckliche bucher gedruckt, darin unser ware christliche religion durch Italiam felschlich ausgebreitet wurde, das derohalben an die Venediger zu schreiben sein solte, solches hinfurter bey inen nicht mehr zugestatten, wollen wir das neben den beiden Churfursten Pfaltz, Sachsen und E. L. gerne thun helfen, oder neben gedachten Pfaltzgraven und E. L.

Hirneben mugen wir E. L. auch freuntlich nicht bergen, das uns der Pfaltzgrave Churfurst itzo geschrieben, darvon wir E. L. hirbey vertreulich copien numero 1 zuschicken, und so das gewiss, das konnig Philips zu Hispanien so ein gross geldt, nemblich funfmahl hundert tausent cronen, so hoch hienauf in Teutschlandt gein Nurnberg erlegt, die rittmeister und obristen ihrer alten schulden zu bezahlen, sorgen wir es werde etwas grosses bedeuten und uff ime haben.

So hat uns ein trefflicher vom adel angezeigt, als er zu Munchen gewesen, da hab er von einem vornehmen mann verstanden, was vor

*) Rotenburg a. d. Fulda.

grosse practicken vor sein sollen, von konnig Philipsen und vom Babst diesse religion zu dempfen, und wie er der vom adel so uns diesse anzeige gethan, gesagt, wo Key. Mait iren consens mit zugebe, so wurde es gewisslichen ins werck pracht, und solle er darauf achtung geben, wann mit den obristen und rittmeistern, auch herzog Erichen, welche konnig Philips beurlaubt, durch Lazarum von Schwendi von neuem uf bestellung gehandelt, so wurde die sache recht sein.

Wann nun die dinge gewiss, so solte nicht bose, sondern hoch vonnöten sein, das der Pfaltzgrave Churfurst, E. L. und wir, und wer mehr dazu lusten und gefallen truge, ein bessern verstandt mit einander hetten, also wenn einem under uns an das ledder gesetzt werden wolte, das einer alsdann wuste, was er sich uff den fahl zum andern der huelf halben zugetrösten und zuversehen haben solte; denn darauf ist auch zumerken, das herzog Erich zu Braunschweig, wiewoll er aus Hispanien mit grossem unwillen gezogen, verruckter weil widder ins Nidderlandt geritten, welches dann unsers achtens gewiss auch was grosses uf sich haben wirdet.

Diessem obgemeltem werden E. L. nachzudenken und zubetrachten wissen, was nach gestalt diesser so sorglichen und geschwinden leufte die noturft sein wirdet, und wir habens E. L. uf Ir schreiben anzeigen wollen, u. s. w.

Copie. Abth. Württemberg.

II.

Ghristoph von Württemberg an Philipp.

Unser freundlich dienst u. s. w. Wir haben Eur L. schriftliche widerantwort de dato den 18 tag dis noch laufenden monat, von wegen allerhandt zeitungen, so wir E. L. underm dato den letsten Novembris von Tübingen aus zugesandt, an gestern empfangen, und alles inhaltz gelesen.

31. December
Stuttgart,
praes. 6. Januar
1562 s. l.

Sovil nun erstlichs belangt, das E. L. ir gefallen lassen, das der künig in Franckhreich durch den Vergerium bericht werden solte, was des pass halben bei den Graubündten gesucht worden were u. s. w., da wollen wir E. L. freundlich nit bergen, das wir solches albereit an den künig von Navarra gelangen lassen, der hoffnung die bundtnus werde der enden widerumb erstreckt, und der begert pass dadurch abgestrickt und nit erhalten.

Am andern, so hat uns hievor fur gut angesehen, wie auch noch, das die Graubundten in schriften oder durch bottschaft getrostet, und ermanet wurden, den angezogen und begerten pas in allweg nit zuzugeben u. s. w., wie wir dann solches dem pfaltzgraven Churfursten zugeschrieben, und E. L. aus der copei desselben schreibens vernommen

haben werden. Aber uns ist darauf von ermeltem pfaltzgraven kein antwort einkomen; darumb hetten wir dafür wie auch unser freundlich bit ist, E. L. hette solches bei Pfaltz getriben, und wenn in des pfaltzgraven Churfursten, E. L., herzog Wolffgangs, marggraff Carlins zu Baden, und unserm namen solches beschehe, erachten wir, es solte jetzmaln gnug sein, und das sein, des Churfursten zu Sachsen, L. diser zeit verschont wurde, dieweil S. L. mit frembden sachen sich nit gern beladen thutt.

So dann und zum dritten hetten wir darfur, das in aller Chur und fursten namen unser waren religion den Venedigern der getruckten schand buecher halber, darinnen unser ware religion so felschlich angezogen, etwas dapfers geschrieben wurde; dieweil und aber E. L. Sachsen am nechsten gesessen, so werden E. L. nit allein der enden, sondern auch bei der Churfurstlichen Pfaltz (darumb wir freundlich und vetterlich bitten), deswegen gutte befurderung zuthun wissen.

Am vierdten belangend was der Churfurst pfaltzgraff E. L. von wegen einer grossen soma geltz, so die kun. wurde in Hispanien gehn Nurnberg erlegt haben soll, u. s. w., geschriben, ist uns die copei desselben schreibens nit zukommen; aber wie dem ist nit one, das uns hievor merveltig angelangt, wie sein Kun. wurde ein grosse somma geltz in Teutschland verordnet, doch der meinung derselben provisoner und gleubiger, denen dann Ir kun. würde fur sich selbst und von wegen deren hern vatters kaiser Carls hochloblicher gedechtnus, ein merckliche somma schuldig sein soll, aniest auch abzezalen und ires ausstands zufriden zumachen.

Zum fünften, das E. L. von einem von adel bericht worden, was er zu Munchen von einem furnemen man der babstischen und hispanischen praticken halber verstanden, u. s. w., da haben E. L. nunmer nit ain, sondern mermaln von uns vernomen, was uns derwegen glaubwurdiglich angelangt hatt, und noch anlangen thut, wie dann E. L. abermals inliegend vernemen werden.

Und wiewol wir solches hievor beeden Churfursten Pfaltz und Sachsen, auch sonsten gleichergestalt bericht, so will doch unsers erachtens solchem an etlichen orten wenig glauben geben, sonder in ain zweifel gezogen werden, welches dann vermutlich darumb geschicht, dieweil andere dem gluenden feur noch weit entsessen, so vermainen sie vielleicht, seitenmal wir an der anrichten sitzen, wir thun solches allein von unsertwegen, aber Gott waisst, wie wir es gemainen, und in somma, wie uns die sachen je lenger je mer ansehen, so wurdtsich dieselbig mit dem schreiben nit ausrichten lassen, sonder wurdtsich unvermeidenlich notturft erfordern, das wir die Augspurgischen Confessions verwandten Chur und fursten die rucken zusammen thun, und uns furderlich einhelliglich mit einander vergleichen, was ainer zu dem andern sich in diesem fall zugetrosten hab, dann sonst ausserhalb dessen seien wir sambtlich zerrissen wie ain hasen balk; wann es aber soll temporisieren gelten, und ainer dem andern zusehen, wie es ime zuvor ergeen will, wellen wir mit Gottes hilf woll so lang uns in unsern

bevestigungen uffhalten, (wiewol unsern underthonen mitlerweil ubel geen wurdet) als ain ander; ob aber dadurch dem gemainen werk geholten sein wurdet, das wissen E. L. als der solches erfahren selbst woll. Darumb werden E. L. (wie wir auch freundlich bitten,) bei den Churfursten Pfaltz, Sachsen und Brandenburg die ding woll wissen furderlich dahin zuarbaiten, damit wir allerseitz zu ainem ainhelligen, standhaftigen verstand kommen mogen, wolten wir E. L. u. s. w.

Original. Abth. Württemberg.

III.

Instruction was unser Philipsen von Gots gnaden Landtgraven zu Hessen, Graven zu Catzenelnbogen etsc. rath und lieber getreuer Simonn Binge zu Prussel bey herzogk Christoff zu Wurtenberg ausrichten soll. s. d. et l.

Er soll sich zu ermeltem herzogen verfugen, und Seiner Lieb anzeigen, Sein Lieb wuste sich noch woll zuerinnern, was Sein Lieb underm dato Studtgarten den 12. tag Februarii eines freundlichen verstandts halben, so allein defensiffweisse, und uff den religion und landtfridden, zwischen dem pfaltzgraven Churfursten, pfaltzgrave Wolfgang, Seiner Libten, marggraff Carln zu Baden, uns, und etlichen gutherzigen graven, hern und stedten uffzurichten sein solt, uns geschrieben.

Wiewoll nun wir zu sollichem prusselischen tage andere unsere rethe zuschicken vorgehabt, so haben wir doch dar in zum theil enderungen vorgenommen, weil wir bedenkens getragen, sollichen diesse dinge zuvertrauen, hetten also inen hirzu verordenet.

Und soll demnach Seiner Lieb vermelden, wann von der eynung geredt wirdet, das wir darzu ein sondere neigung und gefallens trugen, und da gleich in solliche einigung am ersten niemandts weiters wolte, so seien wir doch geneigt, uns mit dem pfalzgraven Churfursten und herzog Christoffern zu Wurtenberg allein in einen freundlichen hilflichen verstandt einzulassen und zubegeben. Kont aber herzog Wolfgang pfalzgrave mit darzu vermocht werden, so wers sovil desto besser; es mocht auch Seiner Libten pfaltzgraven Wolfgang solliche einigung am höchsten vonnothen thun, sonderlichen weil das furstenthumb Neuburg also gelegen, das wo sich ein uberzugk zutragen wurde, und Sein Lieb keinen rucken hette, in keinem wegk dasselbig behalten konte. So dann marggraff Carl zu Baden, und etliche stedt, graven und hern, auch unter anderm Nurmberg und Strassburg, in solliche verstendnus bracht und vermocht werden konten, were sovil desto besser, doch muste Strassburg uff ein ertregliche hilf gesetzt, und so hoch nicht, wie zuvor, angeschlagen werden.

So seien wirs auch zufriddn, das die ainigung defensiffweisse, und uff den religion und landfriddn gericht, wie dann S. L. darvon in Seiner Libten schreiben meldet, und in keinem wegk offensive, dann darmit wir nichts zuschaffen haben wollen.

Wann es dann zur tractation dieser handlung keme: hette er Simonn weitem bevelch, was er sich in den articuln, so derwegen mochten furfallen, von unsernt wegen solt eroffnen, u. s. w.

Und uff den fall deucht uns gut, under anderm diesse aynigung dahin zurichten:

Welcher under denen, die in sollicher einigung weren, am ersten uberzogen wurde, das die andern deme die hilf schickten, und sich daheimen in iren vestenungen behelfen und weren, so lang bis Gott gnadt verleihet, das man an einem ort fertig ist, so kann man darnach dem andern beschwerten auch zu hilf kommen, inmassen dann sollichs dergestalt auch im schwobischen bundt (da die bauren uffruhr war), gehalten worden; dann ungeratten sein wolt die hilf zutheilen, und darvon ein stuck hier, das ander dorthin zuschicken.

Wann von hauptleuten geredt wirdet, soll er sagen, das wir herzog Christoffern zu Wurtemberg sehr woll fur einen hauptman leiden wolten; wann aber hienidden in diessen landen sich etwas zutrüge, und herzog Christoff unsern sohn landtgrave Wilhelmen substituiren wolte, so mogen wir solchs auch woll leiden; dann das wir uns vor unser person darzu verpflichten solten, ist uns weil wir ohne underlass das podagra, den stein, und andere krankheiten fuelen, unmuglichen; so aber wir mit unser person etwas darzu thun konten, sonderlich wann die Spanier kemen, und ein grosse gewaldt vorhanden were, wolten wir an alle unser muglichkeit nichts lassen erwinden.

Die anlage betreffende, soll er von unsertwegen macht haben, wann es darzu kompt das darvon geredt wirdet, uns anschlagen zulassen uff acht monat, und iden monat besondern zwanzigk thausent gulden; wo es aber uff funf und zwanzigk tausent gulden kommen, die wir monatlichen erlegen solten, soll er sollichs nicht mehr als uff sechs monat bewilligen, also das uff das erstemahl ein ider einigungsverwanter zwen, oder zum hochsten drey monat uff einmahl erlegte, aber die ubrigen monat solten zu unterschiedlichen zeiten, und danach es die notturft erfordert, erlegt werden.

Also konten allewege mit funfzehn thausent gulden funfzehn thausent pferde woll erhalten werden, wagengeldt, furteilgeldt, und anders mit eingerechnet; solt aber der krieg lenger als die sechs oder acht monat wehren, muste man noch verfliessung der ersten vier oder funf monat zusammenkommen, und also in zeiten berathschlagen, wie sich weiter in die sache zuschicken.

In allewege aber deucht uns gutt sein, das man mit reutern stark und gefast gnung im felde were, dann die reuter das herz im felde ist.

Es soll auch die ganze macht des anschlags nicht umb geringer plackerei willen gebraucht und uffgevordert werden, sondern uff den

fall, da ein furst, grave oder stadt mit heres craft uberzogen wurde; doch wo sich gemeine hendel zutragen, mochte dem beschwerten mit vorschriften, und durch andere zimliche wege zu hilf kommen werden.

Was auch an landen, leuten, gelde, munition, geschutz, und anderm gewonnen, so man zu felde ziehen wirdet, soll pro rato nach dem ein ider, so in der einigung ist, hilfe leistet, getheilt werden.

Es ist auch bevor allen dingen vonnothen, das man mit Franckreich einen neben verstandt habe; dergestalt das der im notfall monatlich funfzig thausent gulden oder cronen erlege und das wir, die in sollicher eynigung weren, Franckreich hinwider, so er uberzogen wurde, drei monat dreythausent pferde underhiltten, den anritt mit eingerechnet, doch das das geldt erlegt und in Franckreichs und nicht unserm der vereinigten namen solliche Pferde beworben wurden.

Also kondt auch mit Engellandt noch gelegenheit gehandelt werden, doch das es moderirt wurde, dermassen das Engellandt im fall der noth diessen vereinigten stenden die helfte, oder zwei drittheil sovil zu hilf thette, als Franckreich, und wir dargegen Engellandt pro rato auch sovil hilf leisteten.

Es bedeucht uns auch gutt sein, das die gebruder herzogen zu Sachsen zu Weimar in diesse verstendnus gebracht wurden; doch sollen die alten sachen nicht gemeint, oder in diesse verstendnus gezogen werden, wie dann auch darauf di bundtnus nicht gescheen soll.

Darnach wann die einigung uffgericht wer, kondt dem Churfursten zu Sachsen angezeigt werden, das er sich in keinem wegk fur solcher vorain besorgen dorfe, und ime darbey angemuttet werden, sich in sollichen freuntlichen verstandt auch zubegeben, dann wir inen gern dar in hetten, weil wir uns zu ime alles gutten versehen thetten.

Das diesse zusammenthuung nicht ein ainigung solt genent werden, wusten wir nicht, wes ursachen halben solchs nicht gescheen solt; dann es hette je die landtsbergische aynigung noch einen solchen namen, und wer das wortlein aynung nit ein verhafter nam.

Copie. Abth. Württemberg.

IV.

Philipp an Christoph, mutatis mutandis an Friedrich.

Unser freundlich dienst etsc. Nachdem wir sehen, das die geistlichen grosse furderung thun denn Papisten in Franckreich das inen leute zuziehen, zum andern, das wir sehen, das das Concilium ein gross ufsehens uf dem handel in Franckreich hat und one zweifel da die Christen in Franckreich solten underdruckt werden, das das Concilium desto härter schliessen, Brachium Seculare anrufen und gegen uns Teutschen mit der that ufs greulichste auch fürnehmen werden,

28. Mai
Allendorf
a. d. Werra.

So hetten wir nicht vor ungut angesehen das den Christen in Franckreich auch huelf geschee, das der Pfaltzgrave Churfurst zwenn, E. L. zwenn, desgleichen wir zwenn ridtmeister verordneten, das ein jeder vierthalb hundert teutscher reuter annehmen und inen zufürete, und das man sollichen ridtmeistern etzliche tausendt gulden vorsetzte, uf das dieselben in Franckreich mochten kommen, und darnach in derer besoldung und bestallung angenohmen wurden; und das dieselbigen, wer sein vorgestreckt gelt under uns dreien wieder wolt haben, uns das bezahlete, dann wir warlich besorgen, solten jene teutschen reuter haben und die evangelischen nit, mochte es inen schwer fallen.

Was nun E. L. bedenken darin ist, wollen sie uns anzeigen, soll an uns etzliche zuverordnen kein mangel sein, auch an vorsetzung etzlichs gelts; und do es E. L. gefallen wurde, so mochte man es eilends die evangelischen in Franckreich wissen lassen, das sie jemandts heraus schickten mit bestallung und gelt, ein und zwanzig hundert pferde anzunehmen.

E. L. freuntlich zu dienen etsc.

Copie, Abth. Frankreich.

V.

Hotoman an Landgraf Philipp.

7. Juni
Strassburg.

Durchleuchtiger hochgeborner furst, gnedigster her, Es haben mich der Prinz vonn Conde, der Admiral und ander fursten des orlienssischen kreigsvolks abgefertigt, und bey gestern zu abent anhero gein Strasburgk kommen. Als ich zu Orlienz abgezogen, welchs der 29. Maii war, seindt die sachen in dissem stande gewesen.

Es wolte der Prinz von Connde den 7. Junii nach mittags von Orlienz abziehen, und sein lager verrucken, nich derhalben das er albereits zum kreige genungsam gefast sey, sondern das er menniglichen zugefallen were, dan iderman ruffet und begert, das er sein kreigsvolk nur eine meile wegs hinaussen fure, alsdann werde idermenniglich zulaufen.

Er hat uff diesse zeit bey sich zum wenigsten funfzehn thaussent zu fuss und funfthaussent pferde; mit geschuz und anderm darzu gerherig ist er nichts gefast. Es seindt aber die evangelischen, (soviel man aus menschlicher vernunft abrechnen kan, und mit verleihung Gottes), den Guisianischen an der zal des kreigsvolks, an dapferkeit, an gelt, auch an begirde zuschlagen weit uberlegen, dann es haben die Guisianischen beynahe nichts von kreigsvolk, als Parissische sacktreger, trosser, keche, hudler und ander lose gesinde, welche zu ehister irer gelegenheit nichts anders im sinne haben oder begeren, dann die stadt Paris zu plundern; darnach werden viel vom hoff sich zu uns begeben deren namen ich in diessem meinem schreiben, der unsicherheit halben, nicht namhaftig machen will; were ich aber bey E. f. g. wollete ich Ire alle geheime dinge sagen.

Weiter hat die konigin heimlich zu unsern fursten ein bottschaft geschickt, und durch die barmherzigkeit Gottes gebeten, das ir baldt hilf geschee, dan unsere feindt hetten sie stranguliren wollen, sie geheissen eine florentiener und gedrauet sie zuerwurgen.

Es haben der herzog von Guise, der Connestable und der marschalk von S. Anndre, uff begeren des Bapsts, und des konigs zu Hispanien, auch zuderselbigen gefallen ein offendtliche declaration des catholischen glaubens zuthun, dem konig und der konigin den 4^{ten} Maii ein supplication ubergeben, das alle fursten, stende, und ander des konigs underthanen sich der confession von den Sorbonisten aus den artikeln der catholischen und romischen kirchen gemacht und gezogen unterschrieben, und welche solchs weigerten sollten des konigreichs verwissen werden. Sollicher supplication, auch des Prinzen von Conde darauf gethaner antwort, im druck verfertigt, bin ich teglich gewertigk, und hat mir der Prinz von Conde bevohlen e. f. g. sollichs zuschicken, damit e. f. g. sehen möge, was gestaltdt mit denen fridde gemacht werden konne, welche in ganz Franckreich nicht einen einigen orth ledig gelassen, da die wahre religion frey gepredigt werden mochte.

Es hat der Bapst den Guisianischen allen monat funfzig taussent chronnen zu bezalen zugesagt, hat auch albereits die erste bezalung erlegt. Die Schweitzer, so papistisch seindt, haben den 22^{ten} Maii uff dem gehaltenen tage zu Solenthurn dem feinde sechs taussend zu fuss zuschicken bewilligt und ist Frolich desselbigen kreigsvolk oberster. Aus Hispania werden auch sechs taussend zu fuss und etzliche reuter geschickt, wilchs dem admiral von hoff, zwenn tage zuvor, ehe ich zu Orlientz abgezogen bin, kundtbar gemacht wirt, haben auch des andern tags, das sollichs also wahr sey, aus einem aufgefangenen schreiben verstanden, darin dem herrn von Burien, gubertorn in Aquitania, bevohlen wardt, demselbigen kreigsvolk entjegen zuziehen. Als sollichs Monluccius, der furnembste kreigsmann under den Papisten, ist er mit etzlichem kreigsvolk nahe an Tholosam verruckt. Da seindt die evangelischen burger zum rathaus gelaufen, und das geschutz zu sich genommen; so haben die papistischen die pforte und thore eingenommen. Es ist aber durch etzlicher leute underhandlung widderumb fridde gemacht worden, und als der fridde gemacht, und die waffen hingelegt, haben die Papisten der alten regel nach, das den ketzern kein glaube gehalten werden solle, die unsern unverwart und ungerustet ubergefallen. Es ist Monluccius widderumb und zuruck gefordert worden, welcher in einem tage ein taussend sechs hundert und funfzig personen erwurgt und auch soviel gefenklich eingezogen hat. Als sollichs die unsern erfahren, seindt sie ganz betrubt worden, und ist der von Andelot in das drittagie feber gefallen.

Es haben die Sorbonisten mit dem Parlament zu Paris ein fridden gemacht und sich mitenander verglichen des artikels halber das der nicht vor ein konig zuhalten sey, wilcher von der romischen kirchen abfelt, sonderlich weil der konig zu Franckreich genant werde der allerchristlichste konig, und ein erstgeborner sohn der romischen kirchen;

ob welcher der Sorbonisten vergleichung und schliessung die papisten durch ganz Franckreich ein grosse zuversicht geschepft haben, also das zu Angerss die unsern, als sie ihre wehre hingelegt, und fridde gemacht, von den Papisten unversehenlich uberfallen, und erwurgt worden seindt. Die vornembsten unter den Papisten ruffen, es lebe unser konig der von Guise. Sie schemmeten sich auch nicht, uff iren helmlein seidene feltzeichen von geller und rotter farbe zufuhren, wilche zwe farben deren von Guise und Lottringen farbe seindt. Die von Pariss sagen offendtlich, man sol die konigin in Italien schicken, und das sie keinen konig haben wollen, er sey denn catholisch; es sey inen aber zu einem konige gegeben von Gott der grosse konig von Guise.

Ich kann auch nicht umbgehen e. f. g. zu berichten, das e. f. g. die dinge von der konigin, darvon ich hiroben meldung gethan, welche in grosse gefahr gewesen, das sie nicht von den Guisischen strangulirt wurde, in des Prinzen von Conde antwort, wilche er neulich zu drucken bevohlen hat, lesen werden, uff das e. f. g. hiran keinen zweifel tragen; es wirdet auch mir in den credenzbriven, so ich in kurzem euer f. g. zuschicken wil, von sollichem under anderm e. f. g. zu berichten bevohlen; ich bezeuge mich vor Got welcher mich alsपाल्द wan ich liege undergehen lasse, das ich selbst vom bischoff von Valenz, als er gehn Orlienz geschickt war, gehort habe, das er diesse worte sagte: es hat mir die konigin gesagt, sie haben mich stranguliren wollen, und drauen mir zum ersten die gorgel abzustecken; also bringt die konigin tag und nacht hin in schreien und weinen und hat nechst got ir hoffnung uff den Prinzen von Conde und den admiral gesetzt.

Vom konig von Navarra darf ich nichts schreiben, denn man hofft er solle palt die tirannen verlassen; mitler zeit wollen wir inen nicht angreifen oder verzurnen, so hat man auch die hoffnung zum Conestabel.

Die konigin von Navarra, die betruebeste under allen weibern, ligt zu Vendome verborgen, kommet zu niemants, ist tag und nacht in bekummernus und bringt die zeit hin mit klagen und weinen. Sie fragte mich vielmals, was ich vor ein hoffnung zu den deutschen fursten hette, ob sie nit versuchen wurden, diss konigreich Franckreich von einer solchen tiranney zuerlosen.

Nachdem sich nun die dinge also erhalten wie obgemelt, als haben die stende zu Orlienz vor gut angesehen von e. f. g. hilf zu begeren, dan wiewol sie ein mehrers, besser und getreuer kreigsvolk haben, als unsere feinde, idoch wil sie bedunken, das der capitain Frolich sechs taussent Schweizer, der von Beuern*) sechs taussent Spaniern, der von Rogendorf drey taussent deutscher pferde, und der Reingraf zwolf fenlein knecht dem feinde zufuren, und das der Papst und die bischofe mit gelt hulf thun, so haben sie beschlossen auch frembter fursten hulf zu begeren, derwegen sie auch den freyherrn von Dohn zu e. f. g. abgefertigt, welcher aber umb der unsicherheit willen nicht mehr dann ein schreiben an den Pfalzgraven Churfursten mit sich gehapt; die andern schreiben, welcher an der zal sechs und zwanzig waren, seindt uff der

*) Burien.

post gein Leon geschickt worden, uff das sie dadannen durch die schweizerische post weiter geschickt wurden; es ist aber der bot nach dem willen Gots welcher alles regiert niddergelegen, wilchs uns nicht wenig bekummert gemacht; dan es hielten viel briefe an die Schweizer, desgleichen an die teutschen fursten, derwegen sie bedacht worden, die briefe in andere wege zurecht zuschicken. Also ist ein junger Deutscher vom Adel, Chunradt von Schomberg, uff die post abgefertigt worden, mit einem credenzbrief an Pfalzgraven Churfursten; die andern brife haben sollen kommen durch Burgund und eintheils durch Schampanien und Lottringen. Der bot so durch Burgund reiten sollen, ist noch nicht ankommen; so hab ich auch allhie von Schonbergk nichts gehort, ich hoffe aber er sey zu Heidelbergk gewesen. Dem aber sey wiehe im wolle, so hab ich diesses in bevehlich:

Es begeren die stende zu Orlienz das e. f. g. durch die barmherzigkeit ihnen zu ehester zeit wolle etzliche reuter zu hulf schicken, und dieselbigen etzliche monath besolden, dergestalt, das e. f. g. alles gelt so hierzu ausgewendet, getreulich widder gegeben werde, darfur sie die stende e. f. g. alle ire gutter, beweglich und unbeweglich, verpfenden; die stende begeren sollichs so heftig und empsig, das sie auch mehr nicht thun konnten; sie verstehen sich auch, es werde der allerchristlichste konig und seine frau mutter die konigin e. f. g. darfur sich dankbarlich erzeigen; wurden aber sie die stende von diessen von Rogendorf und des Reingraven deutschen kreigsvolk unterdruckt, und inen von den evangelischen fursten kein hulf gescheen, so wollen sie protestiren, das sie in irer gerechten und pillichen sachen zu erhaltung der religion, des konigs und des vatterlandts hulflos gelassen worden seien; sovil mich belangt, hab ich sie allewege getrostet und gesagt, sie solten in guter hoffnung sein; es werde e. f. g. inen hulf schicken; dergleichen hab ich auch dem Pfalzgraven und dem herzogen zu Wurttembergk geschrieben.

Ich bitte den almechtigen Got, das er e. f. g. zur errettung und beschirmung der kirchen in Franckreich, des konigs und der frauen konigin erwecken wolle, und so e. f. g. hilfe thun wollen, muss sollichs furderlich gescheen, es sey dan das ir wollet, das euch bald zuerkennen gegeben werde, das die stende schaden erlitten, und des unglucks eintheils in Deutschland, (da es got nicht verhütet,) kommen werde.

Damit Got bevohlen, zu Strassburg den 7^{ten} Junii Anno 1562.

Ich bin vom schreiben mude, dann ich habe auch gleichergestalt dem Pfalzgraven und dem herzogen von Württembergk geschrieben, bitte derwegen undertheniglich, e. f. g. wolle von diessen dingen die fursten zu Sachsen berichten, das sie mich entschuldigt nehmen; sie haben Petrum Clarum abgefertigt, sie wissen aber nicht dass derselbige von ganzem herzen gut Gusianisch ist; so wirdet ime auch der Prinz von Conde nicht glauben; begere das sollichs Ire f. g. erfahren mügen.

E. F. G.

gehorsamer diener
H o t t o m a n n u s D.

Uebersetzung: Abth. Frankreich.

VI.

Hotoman an Landgraf Philipp.

22. Juni,
Strassburg.

Illustrissime princeps, clementissime domine: Intellexi ex literis D. Burgravi Baronis a Dhon, (qui nuper Legatus procerum Aurelianensium apud C. V. fuit,) quam sancte quam pie C. V. parata sit nobis subsidium mittere. Qua de re statim illis proceribus rescripsi: vt eorum animos externis Hispanorum Helvetiorum et Germanorum copiis nonnihil fortasse territos ad meliorem spem excitarem. Volo etiam C. V. gratias immortales agere, quod primus incipias militem nostra causa conscribere. Nam alii principes viciniore semper nobis respondent, se idem facturos quod alii: sed praeterea nihil. Ita quinque septimanae in ista tergiversatione abierunt, cum nemo illorum teruncium adhuc erogarit: tametsi proceres nostri quamvis hypothecam et cautionem illis offerant. Ego certe dolore animi commotus, coactus sum nonnullis scribere, illos idem facere ac si quis domum vicini sui conflagrantem aspiceret, neque subsidium vllum afferet: sed rogatus de ope afferenda, responderet, se idem facturum, quod alii vicini, atque interea domum incendio ardere sineret. Demonstraui etiam pudendum esse, Heluetios (qui pro rusticanis et agrestibus hominibus numerantur) paratos esse tantum subsidii nostris mittere, quantum Papistae Guisianis mitterent: atque hac ratione deterruisse Papistas ab itinere capessendo: Illustrissimos autem Germaniae principes, qui toties reginae et principibus Christianis omnia amicitiae officia promiserunt nulla misericordia tantarum calamitatum commoveri. Nam quotidie ex vrbibus eiiciuntur Christiani, qui vbi in militum insidiatorum manus inciderunt, spoliantur, vexantur, et aut male multati et vulnerati mendicare coguntur, aut in ipso vestigio trucidantur. Praeterea tyranni Gallici quotidie contumeliosissime derident principem Condensem quod aliquid spei in principibus Germanis posuerit: a quibus jam se frustratum videat, et possum sancte hic apud C. V. confirmare, principis Condensis animum nulla re aequae tentatum fuisse. Solet enim optimus princeps dictitare, se non petere a principibus Germanis ut illi dono dent aliquid pecuniae, aut ad stipendium de suo conferant et militibus persolvant: sed vt quauis cautione et hypotheca accepta, non grauentur stipendium vnus aut alterius mensis praenumerare: quod postea ipsis fidelissime reddetur. Quare suppliciter a C. V. peto quaesoque, princeps Illustrissime, vt aliorum principum cunctatione neglecta primus hunc honoris florem decerpas: et ante omnes equitum ac peditum aliquot copias celerrime in fines regni mittas: neque aliorum principum responsionem spectes, qui semper aiunt se expectare quid alii facturi sint. E Saxonia certe, nihil expectare possum: utpote qui nimium procul absint. Quantum ad duces itineris, nos jam prospeximus. Habemus 20 nobiles Lotharingos, qui nobis viam certissimam demonstrabunt: et de commeatu provibebunt. Praeterea Trecenses (id est incolae vrbis quae vocatur Troies en champagne) tantum meas literas expectant: vt urbem suam occupent: vt Germanis praesto esse possint. ibi est magna copia tormentorum, et

pulveris. deinde multa sunt alia mysteria, quae non audeo chartae et atramento committere: poterit C. V. aliquid divinare, de Gallina et pullis. Hoc cum quingentis equitibus tam facile est, quam cum centum millibus. Si C. V. dignetur hoc subsidium statim mittere, volo cruciatus omnes subire, nisi Regina, et nostri proceres de liberis Cel. Vestrae quamoptime et quam liberalissime mereantur. Memini enim, cum Ocquius diceret Amirallio, Nullum habetis meliorem amicum Illustriss. Landgrauio: respondisse illum, Si viuum, comperiet me gratum et memorem: saltem in suis liberis: si ipsius Celsitudini inseruire non possim. Itaque, ne multis C. V. am morer, iterum atque iterum suppliciter a Vobis peto quaesoque, vt omni mora praetermissa, omnium etiam aliorum principum omissa et inexpectata responsione, C. V. statim subsidium nobis mittat. Interea Deum opt. max. orabo, vt Illustrissimam familiam vestram spiritu sancto suo gubernet.

Illustrissime princeps, clementissime domine vale et salve. Argentorati XXII Junii 1562.

Illustrissimae C. V.

obsequentissimus cliens

Hotomannus D.

Original, eigenhändig, Abth. Frankreich.

VII.

Landgraf Philipp an Hotoman.

Unsern gnedigen grus u. s. w. Wir haben euer abermals schreiben, das geben ist Strassburg den 16. Junii entpfangen, gelesen; nun gehet es nicht so schlecht zu, wie ir meynet, und bey euch speculiret, das in einer solchen eyle reuter ufgebracht werden können, als wan es gemalte und geschnitzte reuter weren, wilche auf einmahl aus einem sack geschuttet werden konten, dan ir wisset wohl, wan reuter ufgebracht werden sollen, das alda gelt und bestallung seyn mus.

26. Juni
Cassel.

Es nimpt uns wunder das euer parthey so langsam zur sachen gethan, und sich nit eher nach deutschem krigsfolk beworben hat, weyl sie so zeytlich im April den handel angefangen und gleichwohl bis dahero ganz und gar nichts ausgerichtet und zugesehen haben, das sich die veinde von tag zu tage gesterkt, und nimpt idermann wunder, das eure parthey so lange zeit in armbrust gelegen und ganz und gar nichts ausgerichtet haben, da sie doch im ersten sterker als der veind gewesen; meynen es musse ein simuliren darbey gewest seyn.

Ir wisset, was wir euch alweg gesagt und auch geschriben haben, das Pfaltz und Wurtenberg thun und leysten wurden, das wir auch sovil als ir einer thun wolten; dessen erbietens seint wir auch noch, und sol desfals an uns kein mangel sein; das wir uns aber allein in den handel stecken solten, ist uns ganz bedenklich. Darumb ist von unnothen, inmassen wir euch hiebevorn auch geschriben haben, das ir

deshalben weyter bey uns, sonder bey Pfaltz und Wurtembergk ansuchet und anhaltet; was dieselbigen bewilligen und leysten werden, wollen wir, wie obgerurt, auch sovil thun, als irer eyner.

Wir werden aber itzo balt zum pfaltzgraven Churfursten kommen; wollen wir uns mit S. L. von dissen dingen underreden, und werdet ir alsdann bericht entpfangen, worauf die sache beruhe. Wir besorgen aber, es werde kein offentliche hulf gescheen, sondern dahin gehandelt werden, das euer parthey zu reuter und knechte gute befurderung geschee, und etwo denselbigen etzlich gelt vorgestreckt werden mochte, wilchs wir, sovil das gelt belangt, doch nicht gewis wissen.

Das wir euch u. s. f.

Zettel: Wir verstehen aus eurem schreiben, das ir euch ganz und gar uf menschliche hulf und macht verlasset; nun mus gott vertrauet sein; der ist der rechte helfer; der kan mit wenigem volk vil schlagen; so seit ir auch uf euer seyten so stark, das ir uf einen tag mit euren feinden genugsam schlagen konnet; so musset ir auch andere vorthail suchen und euch deren gebrauchen; wan man sich allein uf menschliche macht wil verlassen, und nicht uf gott, so hat mancher daruber schaden gelitten.

Zettel: Ir wisset woll was fur ein dissention in dem articul des nachtmals ist, da dan Wurtemberg, pfaltzgraf Wolfgang, Sachsen und Sachsen und beynahe alle fursten in Teutschlant, auch der mehrer theyl der stet, der parthey seindt, die man lutherisch nennet; dieweil aber nun die frantzosischen kirchen einer andern opinion seind, ist die ursach, das sich gar schwerlich dieselbigen obgemelten fursten und stende in hulf eynlassen werden.

Es nimbt uns wunder, das Engellant und die christliche orte im Schweitzerlant, als nemlich Bern, Zurich, Basel und die andern, wilche doch in dem articul das nachtmal belangend mit euch enig seint, dem prinzen von Conde seiner parthey nicht hulf thun; datum vt in lris.

Copie, Abth. Frankreich.

VIII.

Landgraf Philipp an Landgraf Wilhelm.

29. Juli
Meckbach.

Freundlicher lieber sohn, wir haben dein und deiner mitverordneten schreiben entpfangen, gelesen, haben auch verstanden, was der von Andeloth mit dir, und du widder mit ime geredt, und wer woll gut, das der von Condi und seine mitverwanten hetten ehir zur sachen gethan, reuter zubestellen; dann die gutten leute wissen

nicht, wie mit den Teutschen zu handeln, ehir man sie uffpringt von der theuten (sic).

Wir haben hiebevör bewilligt, so Pfalz und Wurtenberg ir yder will dreissig dreythausent gulden erlegen, inen den Franzosischen vorzusetzen, das wir dergleichen auch thun wollen; des erpietens seindt wir noch; das wir uns aber solten in solliche handlung allein einlassen, unser geldt also hinweg thun, und nicht erst wissen, was Wurtenberg thun wolte, (dann wir noch keinen brief gesehen, das Wurtenberg gewiss bewilligt geldt zuerlegen) das ist uns beschwerlich; sopaldt aber von Wurtenbergk zuschreibung kompt, das er will funfzig thausesent gulden anleihen, oder den drittentheil der einhundertthausent gulden darleihen, so wollen wir uns mit unserm antheil baldt schliessen.

Sovil von Engellandt bericht ist, horen wir gar gern; das der von Andeloth sich erbeut das den reutern genugsam caution auf dem musterplatz widderfahren solte, wanns erfolgte, so ists ein gar gut ehrlich erpieten.

Wie du schreibest, das Schachts und Ratzenbergs Bericht, der von Andelot gar besturzt und bedretten worden sey, glauben wir warlich woll, und habens auch mit ime, und allen denen im Franckreich ein treues mitleiden; wie ist aber denen dingen zurathen, die unmuglich seindt in sollicher eil zuverrichten; dann der von Andelot will die reuter baldt haben, und ist noch nicht verglichen, wo die erste erlegung des gelts gescheen sol, die Wurtenberg, Pfalz, wir, und andere thun sollen; es ist auch unmuglich, das die reuter so baldt uffzupringen seien.

Sovil angehet Schachtens und Ratzenbergs bericht, dunkt uns gar ein unbestendige anzeige sein; dann erstlich das sie sagen, das sie mit muhe und arbeit es dahin gebracht, das die reuter bis uff den 26. Julii gewartet; wann du nun hettest gelesen den abschiedt und copei der bestallung, die inen zu Marpurg geben ist, dar in stehet, unsers behalts, da sie vor Michaelis nicht wurden uffgefordert, solte inen uffs pferdt 12 gulden gegeben werden; das reimet sich nicht uff den 26ten diesses monats. Uff das ander, das du schreibest, das du an sie begert hast, das mit den reutern uff ein neues zuhandlen were, darauf sie geantwort, dieweil aus voriger mit inen gepflogener handlung nichts geworden, und den reutern uff ir warten nichts gegeben; darzu weit ins jar sey (Randnote: Nota: es sein eitel gelt finanzien.); deshalb wusten sie nichts gewisses zuvertrosten: der artikel ist oben abgelenkt, was inen solte zu wartgeldt gegeben werden, wann sie nicht vor Michaelis gefordert wurden. Das der herbst vor der thur, so horen wir woll, die geizigen rittmeister wollen allein sommerkrieger sein, so doch im herbst, und im winter bis uff weinachten alle dinge gelegener zum kriege seindt; dann da findt man alle ding, korn, haffer, wein und anders in heusern, und man darfs nicht abmehen oder aberndten lassen. Wie die rittmeister sagen, das die artikel der bestellung halber zu Marpurg begriffen, mochten pleiben, ausgenommen, das die reuter entlich uff dem bestehen u. s. w., das uff ein ides tausent pferdt monatlich eintausent gulden

zu vortheilgeldt gegeben werden sollen, und wollen doch die bevehlhaber unverbunden sein, rechenschaft oder bescheidt zugeben, wie das vortheilgeldt ausgetheilt worden sey: o, das ist ein feiner poss, daraus du erlernest, deine dischgenossen, die als mit dir trinken, wie sie so gar uffs gelt verbeicht seindt; in summa, das werden die reuter nicht uffnehmen, sondern wirt sonst uber bort gehen, und werden es die grossen obristen in iren seckel stecken. Da streiten sie ein sach, sovil das anrithgeldt anlangt, die kein streitens werth ist, dann doch zuvor in der bestallung stehet, das inen sollen 12 gulden uffs pferdt gegeben werden zu anrittgeldt bis uff den musterplatz; und denken wir, du wirdest die bestallung, zu Marpurg uffgericht, nicht gelesen haben, sonsten hettestu inen paldt darauf konnen antworten.

Sovil angehet die versicherung des solts, so stehet doch in der bestallung auch, wann sie uff den musterplatz kommen, das inen auch ein monat solts gegeben werden solte, ohne das anrithgeldt. Das glauben wir woll, wann inen schon das anrithgeldt gegeben, das sie vor dem 21. Septembris nicht konnen uff den musterplatz kommen; es were aber one not gewesen, das du uns solliche dinge hettest zugeschickt, was den reutern im kopf ligt; sonst weren wir selbst gein Cassel geritten; so seindt wir auch nicht ein her des krigs, sonder allein ein zuseher und guter furderer; meinten du, der marschalk und Simonn, so in den krigssachen erfahren seindt, solten den von Andeloth und die rittmeister in denen sachen haben handeln lassen und ir mitler gewesen sein, und sie mit einander verglichen haben, wie euere instruction ausweist.

Beschliesslich ist das unser meynung, wie wir dir zuvor bevohlen: wo Wurtenbergk sovil thun wirdet als wir, das ist ein drittheil der hundert thausent gulden, dergleichen Pfalz allein, oder mit hilf herzog Wolffgang Pfalzgraff und des Marggraven von Baden, so soll an uns ain drittheil darzuzulegen, nichts mangeln. Weiter, wo der von Andeloth sich mit den reutern der bestellung, des anrits, anzugs, auch anders notwendigs dinges vergleichen kann, so soll es an deme auch nicht erwinden, das wir den halben theil der drey und dreissigthausent und dreihundert gulden, wann er wil erlegen wollen, doch das die reuter sollich geldt entpfaen, und wir versichert, wo Wurtenberg und Pfalz nicht erlegen wurden, das wir auch wieder bezahlt wurden.

Du und ir solt auch dem von Andeloth sagen, hette es nach unserm kopf gangen, so solten sie lange die reuter gehapt haben, dann wir im Aprill und Maio gern gesehen hetten, das inen weren reuter zugeschickt worden, unser rath gilt aber nicht alwege. Du und ir musset also nicht von der handlung lassen, sonder weiter dem von Andelot sagen (dann wir merken, dass er ein colericus ist), die leut in eil uffzupringen, sei unmuglich; wann die Teutschen so baldt nicht kommen, so konnen sie dannoch gewiss kommen, und werden doch ankommen müssen, noch vor ende des Octobris, und konnen sie die Franzosen ire sach danach richten, als nemblich, das sie sich in vortheil legen, wie keiser Carll auch gethan hat, und konnen der entsetzung

erwarten. Du und ir must auch die obristen Schachten und Ratzenberger herter angreifen und sagen, es sey nicht so weitleuftig, wie sie sagen, es sey im herbst eben so gut kriegen, als im sommer. Sie müssen auch den handel nicht so schlecht ansehen; hilft inen Gott hienein so werden sie nicht allein bezahlt werden, sondern auch an den geistlichen und andern grosse übermässige beut erlangen, und so reich krigsleut werden, als in hundert jaren krigsleut gewest seindt.

Du solt auch dem von Andelot sagen, und den andern Franzosen, das sie in uns so hart dringen, das beschwere uns nicht wenig, so wir doch woll zwanzig mahl Hottomann und andern geschrieben haben, das sie es bei Pfalz und Wurtenberg richtig machten, so solte an uns unsers theils nichts erwinden, und das wir glauben, das wie das sprichwort lauth, das man ein willig pferdt und einen willigen esel am her testen treibt, also geschicht uns auch. Sie solten es bey den andern vorhin richtig machen, so hetten sie es bey uns gewiss; so ligen sie allein uff uns.

Das du und ir schreibet, das wir, der pfalzgrave Churfurst, pfalzgraff Wolffgang, Wurtenbergk und Baden, auch herzog Johans Friderich solten zu hauf kommen, da wurde lange zeit hinlaufen, und wurde noch viel lenger werden, ehir man die reuter konte uffbringen.

Das alles haben wir dir und euch uff euer langes zu antwort nicht verhalten wollen. Wollet sollichts und diessen ganzen brief deme von Andeloth lesen und transferiren lassen. Datum Meckbach am 29. Julii 1562.

Philips etsc.

1. zettel. Post scripta haben wir dein schreiben, so geben ist Cassel den 28. Julii entpfangen, gelesen, und wissen nicht wo zu es nutz das der von Andeloth diesser zeit zu uns komme, und sonderlich, so du inen diesser dinge berichtest, so wir dir und den andern in diessem langen brief schreiben, daraus wirdet er unser gemuth überflussig verstehen; will er aber was nutzlichs zu der christlichen sachen thun, so reite er zu Pfaltz und Wurtenberg, und mache bey denselbigen die sach richtig, das sie ir geldt uff zeit und platz erlegen, desgleichen wollen wir auch thun. Er schicke hienein zum Churfursten der andern Frantzosen einen, dergleichen herzog Johans Friderichen zu Sachsen und bitte sie auch umb geldt oder aber, wo es ime zuthun muglich, und ehir die reuter anritten, selbst zum Churfursten von Sachsen reite, glauben wir, uff unser schreiben und bericht, so der Reingraff gegen herzog Christoffel zu Wurtenberg sich hat vernemen lassen, sich der Churfurst zu Sachsen nicht weigern wurde, und komme darnach zu uns, wann er den reutern das anrithgeldt will geben lassen, so soll an uns kein mangel sein; so kanns was nutzen, itzo aber ists nirgends vor nutz, sonder verlengert die zeit. Diesses wollest inen auch gar lesen lassen. Signatum ut in literis.

2. zettel. Man ist eben nicht an Schachten und Ratzenberg gebunden; es seindt noch viel ehrliche und treffliche leute in Teutschlandt, die auch reuter bewerben können: es hat Wurtenberg rittmeister, Albrecht von Rosenberg und andere. Desgleichen hat Pfaltz auch treffliche leute; man handle mit denen, ob die ehir können uffkommen; wir wollen sie eben so tréulich fordern als die uns verwant seindt. Item, wiewoll wirs ganz ungerne thun, so wolten wir doch unserm hoffmarschalk in diesser christlichen sachen ein halb jar erlauben, die zweithausent pferde und zweithausent hackenschutzen uffzubringen, so er das vermeint zuwegen zupringen. Signatum ut in literis.

Diessen zettel sollet ir den von Andeloth auch lesen lassen, und wir stellen ime heim, ob er mit andern Teutschen handeln wolle, ob die ehir reuter uffbringen können.

Copie. Abth. Frankreich.

Vita.

Natus sum Arthurus Heidenhain Vratislaviensis anno MDCCCLXII postriedie idus Februarias patre Rudolpho Petro Henrico, professore ordinario et publico artis physiologorum, adhuc superstite, matre Fanny e gente Volkmann, quae me puero matura morte sublata est. Fidem profiteor evangelicam. Eruditionis principiis imbutus sum Vratislaviae in gymnasio Sanctarum Mariae et Magdalенаe, unde superato quinto ordine discipulorum transii in gymnasium Sancti Johannis, ipsum quoque Vratislaviense. Consecutus maturitatem ineunte hieme anni MDCCCLXXIX ad universitatem Viadrinam me contuli, ubi, cum haesitarem inter physicorum et historicorum studia, primo quidem semestri utrorumque scholis interfui; ubi vero animum induxi cognoscere res historicas, jam non nisi historicos, juris peritos, philosophos secutus sum, et quidem usque ad hiemem anni MDCCCLXXX Vratislaviae, tum per annum Argentorati, tum per hiemem insequentem Gotingae, porro iterum Vratislaviae, denique aestate anni MDCCCLXXXIII Marpurgi studiis incubui. Marpurgi cum in archiviiis regiis inter chartas quae ibi manent invenissem quae ad conscribendam commentationem et praestandum specimen eruditionis historicae idonea viderentur, Vratislaviam redii, ubi jam non adscriptus civium academicorum numero et omissa frequentatione institutionum publicarum — nisi quod quibusdam scholis philosophicis etiamtum operam dedi — privatis tantum studiis tempus navavi et hunc libellum perficere enixus sum. Qua re peracta a. d. V id. Mart. hujus anni examen rigorosum subii.

Professores et docentes, quorum institutione usus sum, fuerunt hi quos enumero:

Vratislaviae: *Caro, Dilthey, Dorn, Dove, B. Erdmann, O. Gierke, O. E. Meyer, Niese, Partsch, von Richter, Roepell;*

Argentorati: *Baumgarten, Kluge, Merkel, Scheffer-Boichorst, Schmoller, Sohm;*

Gotingae: *Bernheim, Hartmann, Volquardsen, Weiland;*

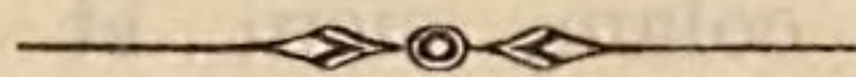
Marpurgi: *Lenz, Varrentrapp,*

quos grato semper animo colam, sicut et eorum, qui mortui sunt, illustrium virorum *Laas, C. Neumann, Pauli*, gratam semper retinebo memoriam.

Restat ut insigni viro professori *Maximiliano Lenz*, qui experientia atque consiliis suis cunctationem meam excitaverit ad suscipiendum hoc opus, et doctissimis atque illustribus viris doctoribus *Könnecke*, consiliario in rebus archiviorum, *Reimer, Jrmer, Winter, Friedensburg*, qui summa cum benevolentia me adjuverint in colligendis chartis documentisque quibus mihi opus erat, gratias agam quam maximas: quas ex animi mei sententia offero.

Thesen.

1. Es ist nicht mit Bestimmtheit zu verneinen, dass Karl der Grosse dem Papst im Jahr 774 Landschenkungen für die römische Kirche versprochen habe, welche nachmals nicht realisirt wurden.
2. Die Anschauungen Luthers über das Verhältniss zwischen Obrigkeit und Unterthanen waren vor und nach dem Bauernkrieg dieselben.
3. Der Beschluss zu dem Gemetzel der Bartholomäusnacht ist erst unmittelbar vor der Ausführung gefasst worden.
4. Landgraf Philipp von Hessen war der geistige Urheber der deutsch-protestantischen Unionsbestrebungen.
5. Der Theilnahme an historisch-kritischen Uebungen muss eindringende Lectüre darstellender Werke und kritischer Schriften vorangehen.
6. Das historische Denken hat den menschlichen Willen innerhalb der durch natürliche und allgemein menschliche Nothwendigkeiten bestimmten Grenzen, soweit dieselben aus dem jedesmal vorliegenden Material mit Sicherheit zu erkennen sind, als frei zu behandeln.





Heidenhain, Arthur,

<Die Unionspolitik Landgraf Philipps des Grossmüthigen von Hessen und die
Unterstützung der Hugenotten im ersten Religionskrieg

Breslau 1886

Germ.g. 186 i

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11608838-2